

Tagesordnung öffentlicher Teil

Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Digitalisierung

Sitzung: Donnerstag, 03.07.2025, 15:00 Uhr

Raum, Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
5. Eröffnung des öffentlichen Teils
6. Mitteilungen
7. 25-26074 Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Feststellung des Jahresabschlusses 2024 und Billigung des Konzernabschlusses 2024
8. 25-26075 Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Jahresabschluss 2024 - Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates
9. Anfragen

Braunschweig, den 26. Juni 2025

<i>Betreff:</i> Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH Feststellung des Jahresabschlusses 2024 und Billigung des Konzernabschlusses 2024

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat VII 20 Fachbereich Finanzen	<i>Datum:</i> 30.06.2025
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung)	03.07.2025	Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen,

1. den Jahresabschluss 2024 mit einer Bilanzsumme von 896.937.612,56 € sowie einem Jahresfehlbetrag von 6.499.279,59 € (nach Verlustübernahme i. H. v. 69.770.000,00 €) festzustellen und
2. den Jahresfehlbetrag 2024 i. H. v. 6.499.279,59 € auf neue Rechnung vorzutragen sowie
3. den Konzernabschluss 2024 mit einer Konzernbilanzsumme von 901.616.545,25 € sowie einem Konzernfehlbetrag von 5.561.826,60 € zu billigen.

Sachverhalt:

Der Jahresabschluss ist gem. § 17 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH (skbs) von der Geschäftsführung aufzustellen. Die Feststellung des Abschlusses obliegt gem. § 15 Ziffer 12 des Gesellschaftsvertrages der Gesellschafterversammlung. Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung des skbs herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (FPDA).

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft wird sich mit dem Jahresabschluss 2024 in der vorgelegten Fassung in seiner Sitzung am 2. Juli 2025 befassen. Über das Ergebnis wird mündlich berichtet.

Im Wirtschaftsplan 2024 war ursprünglich ein Jahresfehlbetrag von 53.514.648,00 € prognostiziert worden. Tatsächlich schließt die Gewinn- und Verlustrechnung 2024 das Geschäftsjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 6.499.279,59 € ab. Dieses Ergebnis konnte allerdings nur unter Berücksichtigung von Verlustausgleichszahlungen der Stadt Braunschweig i. H. v. 69.770.000,00 € erreicht werden (siehe untenstehende Tabelle Ziffer 2a).

Im Haushaltsplan 2024 der Stadt ist auf der Grundlage der Mittelfristplanung des Wirtschaftsplanes 2023 des skbs ein Zuschuss von 21.754.000,00 € veranschlagt worden. Im Rahmen von überplanmäßigen Aufwendungen sowie aus anderen Deckungsmitteln wurden weitere Mittel i. H. v. 31.770.000,00 € und 16.400.000,00 € zur Verfügung gestellt (siehe hierzu DS 24-24262 und 25-25700), die insgesamt in voller Höhe von 69.924.000,00 € an das skbs geflossen sind. Aus buchungstechnischen Gründen konnte davon ein Betrag von 154.000,00 € nicht mehr dem Jahr 2024 zugeordnet werden, sodass er als periodenfremder Ertrag in das Ergebnis 2025 einfließen wird. Des Weiteren wird mit Blick auf die Bestandssicherung des skbs derzeit geprüft, ob das Eigenkapital in Höhe des nicht ausgeglichenen Fehlbetrags von 6.345.279,59 € mit einer Kapitalzuführung gestärkt werden kann (siehe hierzu ebenfalls DS 25-25700).

In den Geschäftsjahren 2020 bis 2023 hatte das skbs bereits Verlustausgleichszahlungen i. H. v. insgesamt 112.599.000,00 € seitens seiner Gesellschafterin erhalten. Damit steigen die bislang gezahlten Verlustausgleiche auf insgesamt 182.523.000,00 €.

Um intensiv gegenzusteuern, ist über die Jahre 2019 bis 2023 das Ergebnisverbesserungsprogramm skbs.performance entwickelt und umgesetzt worden, das in der Folge auch im Betrachtungsjahr 2024 zu wiederkehrenden Einsparpotenzialen geführt hat. Ferner sind im Jahr 2024 zwei Gutachten erstellt worden, seitens des skbs zur Medizinstrategie 2028, seitens der Gesellschafterin zur wirtschaftlichen und strategischen Entwicklung. Die Ergebnisse sind dem Rat der Stadt Braunschweig vorgestellt worden, die Umsetzung erfolgt (siehe DS 24-24703).

Die Vergleichszahlen für die Geschäftsjahre 2023 bis 2025 stellen sich wie folgt dar (Rundungsdifferenzen darstellungsbedingt möglich):

	Mio. €	Ist 2023	Plan 2024	Ist 2024	Plan 2025
1a	Umsatzerlöse (GuV-Pos. 1 – 4)	364,5	396,6	399,6	441,1
1b	Umsatzerlöse § 277 HGB (GuV-Pos. 4a)	14,5	19,1	17,3	18,6
	%-Vergleich zum Vorjahr/Plan	–	+8,8/–	+9,6/+0,8	+10,4/+11,2
2	Betriebliche Erträge (GuV-Pos. 5 – 8)	75,5	22,3	89,0	21,4
2a	davon städt. Verlustausgleich	49,9	0,0	69,8	0,0
3	Gesamtleistung (Summe 1a – 2)	454,5	438,3	505,9	481,1
4	Materialaufwand	119,3	128,4	130,8	133,2
5	Personalaufwand	257,5	288,1	283,4	321,7
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	64,2	64,2	72,9	76,5
7	EBITDA (3 - 6)	13,5	-42,5	18,9	-50,3
8	Erträge u. Aufwendungen KHG u. KHBV (Saldo)	7,9	11,6	8,2	11,6
9	Abschreibungen	16,0	17,0	18,9	23,1
10	Betriebsergebnis/EBIT (7 - 9)	5,4	-47,9	8,2	-61,8
11	Zins-/Finanzergebnis	-5,8	-9,3	-12,1	-15,2

12	Steuern v. Einkommen u. v. Ertrag	-1,3	-1,3	-2,6	-1,3
13	Ergebnis nach Steuern (10 - 12)	-1,7	-58,5	-6,5	-78,2
14	Sonstige Steuern	0,0	0,0	0,0	0,0
15	Jahresergebnis/EAT (13 - 14)	-1,7	-58,5	-6,5	0,0
16	Restrukturierungsbeitrag	0,0	5,0	0,0	0,0
17	Jahresergebnis/EAT (15 - 16)	-1,7	-53,5	-6,5	-78,2
18	EAT vor Verlust- ausgleich	-51,6	-53,5	-76,3	-78,2

Obwohl die Fallzahlen im Jahr 2024 wieder gestiegen sind, liegen die Gründe für das Gesamtergebnis insgesamt weiterhin u. a. im operativen Bereich. Wesentlich zu der Ergebnisverschlechterung gegenüber dem Planwert um 22,8 Mio. € (vor Verlustausgleich) haben sowohl die Anstiege bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen als auch bei den investitionsbedingten Kosten beigetragen. Mit dem erfolgten Umzug aus der Holwedestraße konnte im Berichtsjahr noch kein Einspareffekt erzielt werden; vielmehr sind zunächst höhere Kosten durch den Umzug, erforderliche Neuanschaffungen sowie weiterlaufende Fixkosten entstanden. Die Synergieeffekte werden in den Folgejahren ab 2026 erwartet. Neben diesen Sondereffekten der Braunschweiger Situation deckt der Landesbasisfallwert die tatsächlich entstandenen Sach- und Personalkosten weiterhin nicht.

Die Umsatzerlöse liegen leicht über dem Planwert. Die Anzahl der stationären Fälle konnte im Vergleich zum Vorjahr von 46.664 auf 47.242 gesteigert werden, ebenso das stationäre Leistungsniveau, das für das Jahr 2024 einen vollstationären Case-Mix von 50.212 erreicht (Vorjahreswert 49.522). Der Case-Mix-Planwert 2024 von 55.545 wurde hingegen nicht erreicht.

Die Umsatzerlöse nach § 277 HGB beinhalten im Wesentlichen die Erträge der Apotheke aus der Belieferung von Fremdhäusern sowie Personal- und Sachgestellungen an verbundene Unternehmen.

In den betrieblichen Erträgen sind neben dem städtischen Verlustausgleich von rd. 69,8 Mio. € Versicherungsleistungen enthalten.

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um 11,5 Mio. € gestiegen, zum Plan um 2,4 Mio. €. Korrespondierend zu den gestiegenen Fallzahlen sind auch die Aufwendungen bei dem medizinischen Bedarf höher ausgefallen.

Der Personalaufwand bleibt 4,7 Mio. € unter Plan, ist aber im Vergleich zum Vorjahr um 25,9 Mio. € gestiegen, bedingt durch Tarifsteigerungen und den Anstieg der Vollkräfte um 273 auf 3.383.

Ausschlaggebend für den Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 8,7 Mio. € gegenüber dem Planwert und dem Vorjahr sind insbesondere die Aufwendungen für Instandhaltungen (+4,3 Mio. €), Wartungskosten (+3,0 Mio. €) sowie Miet- und Pachtzahlungen (+2,9 Mio. €).

Die Abschreibungen sind im Vergleich zum Vorjahr in Folge der Inbetriebnahme des Neubaus Ost und der Radiologie um 2,9 Mio. € gestiegen.

Im Übrigen liegt der Saldo im investiven Bereich, Erträge und Aufwendungen nach KHG und KHBV, auf Vorjahresniveau.

In dem Zins- und Finanzergebnis sind Zinsaufwendungen von rd. 8,4 Mio. € (Vorjahr rd. 4,4 Mio. €) für mittel- und langfristige Darlehen mit einem Restwert von rd. 384,9 Mio. € (Vorjahr rd. 224,9 Mio. €) sowie Zinsaufwendungen von rd. 3,9 Mio. € (Vorjahr 1,5 Mio. €) für die Inanspruchnahme des städtischen Cash-Pools enthalten.

Die Steuern beziehen sich auf die wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe. Die Erhöhung ergibt sich aus einer im Rahmen einer Betriebsprüfung für die Jahre 2015 bis 2019 festgestellten Nachforderung.

Die Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 120,0 Mio. € (+15,4 %) gestiegen und auf die Investitionen im Zusammenhang mit dem Zwei-Standorte-Konzept bzw. der Zentralklinik zurückzuführen (siehe insbesondere die Sachanlagen: +151,4 Mio. € bzw. +27,8 %). Daraus resultiert eine Anlageintensität von 78,6 %. Der Anstieg der Passivposten resultiert wie im Vorjahr nahezu ausschließlich aus einem Zuwachs der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter bzw. dem Krankenhausträger (+114,1 Mio. € bzw. +33,6 %). Diese Position ist geprägt durch Kreditaufnahmen im Rahmen der Experimentierklausel und die Inanspruchnahme des städtischen Cash-Pools. Das Eigenkapital ist um den nach dem Verlustausgleich der Stadt Braunschweig verbleibenden Jahresfehlbetrag von 6,5 Mio. € auf 67,5 Mio. € gesunken. In der Folge und durch den Anstieg der Bilanzsumme hat sich die bilanzielle Eigenkapitalquote zum Ende des Geschäftsjahres von 9,5 auf 7,5 % reduziert (wirtschaftliche Eigenkapitalquote unter Einbeziehung der Sonderposten: 37,2 %). Das Anlagevermögen ist zu 9,6 % durch Eigenkapital gedeckt; der Deckungsgrad unter Berücksichtigung des langfristigen Fremdkapitals liegt bei 108,1 %.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern zeigen die Kreditaufnahmen im Rahmen der Experimentierklausel in Höhe von rd. 360,9 Mio. € (Vorjahr rd. 190,6 Mio. €) sowie die Inanspruchnahme des städtischen Cash-Pools zum Bilanzstichtag in Höhe von rd. 89,6 Mio. € (Vorjahr rd. 147,6 Mio. €). Im Jahr 2024 sind neue Kreditaufnahmen im Rahmen der Experimentierklausel 2023 und 2024 in Höhe von rd. 176,5 Mio. € erfolgt, die Kreditermächtigung 2023 ist damit ausgeschöpft, aus der Kreditermächtigung 2024 steht noch ein Betrag in Höhe von rd. 14,0 Mio. € zur Verfügung.

Die Prüfung durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner GmbH, Nürnberg, hat zu keinen Einwendungen geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde uneingeschränkt erteilt.

Tochtergesellschaften, Konzernabschluss

Die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH verfügt über fünf Tochtergesellschaften, an denen sie jeweils zu 100 % beteiligt ist: Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH, Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH, Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH, Bistro Klinikum Braunschweig GmbH sowie skbs.digital GmbH jeweils 100 % der Gesellschaftsanteile. Darüber hinaus ist die skbs.digital GmbH alleinige Gesellschafterin der Babybauch GmbH.

Mit Ausnahme der Bistro Klinikum Braunschweig GmbH haben alle Tochtergesellschaften Jahresüberschüsse erwirtschaftet. Sowohl die Jahresüberschüsse als auch der Jahresfehlbetrag sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH:	21.284,54 €
Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH:	53.206,86 €
Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH:	849.105,93 €
Bistro Klinikum Braunschweig GmbH:	-5.265,82 €
skbs.digital GmbH:	16.354,74 €
Babybauch GmbH:	510,35 €

Das Jahresergebnis der Textilservice GmbH konnte gegenüber dem Plan (-27,0 T€) bzw. dem Vorjahr (-33,8 T€) erneut verbessert werden und zeigt sich nun wieder positiv, begründet durch einen höheren Leistungsumfang gegenüber der Gesellschafterin skbs.

Die Bistro GmbH führt nach dem Betriebsübergang auf die Klinikdienste GmbH kein operatives Geschäft mehr; durch den Bestand als Mantel-GmbH ist ein Jahresabschluss weiterhin erforderlich.

Die wirtschaftliche Situation der Tochtergesellschaften ist insgesamt unauffällig.

Die Jahresabschlüsse der (Enkel-)Tochtergesellschaften sind ebenfalls von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner GmbH, Nürnberg, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Aufsichtsrat der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH wird sich in seiner Sitzung am 2. Juli 2025 auch mit diesen Jahresabschlüssen befassen. Es ist vorgesehen, die Geschäftsführung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH per Beschluss zu beauftragen, den Jahresabschlüssen und Ergebnisverwendungen in den jeweiligen Gesellschafterversammlungen zuzustimmen.

Der Konzernabschluss ist aufgrund der Größenverhältnisse der Tochtergesellschaften entscheidend von der Muttergesellschaft geprägt. Die Konzernbilanzsumme beträgt 901.616.545,25 € (Vorjahr: 779.994.672,11 €); der Konzernjahresfehlbetrag beläuft sich auf 5.561.826,60 € (Vorjahr: 796.540,27 €). Die Babybauch GmbH wurde in Ausübung des Wahlrechts gemäß § 296 Abs. 2 Satz 1 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen, da sie für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung ist.

Auch für den Konzernabschluss wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk durch die Rödl & Partner GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erteilt.

Ist 2024 [T€]		Klinikum	Klinikdienste	Textilservice	MVZ	Bistro	skbs.digital	Konzern
01	Umsatzerlöse	399.630	29.989	3.963	13.938.527	0	3.569	413.314
01a	Umsatzerlöse § 277 HGB	17.344	0	0	0	0	0	24.266
02	Betriebliche Erträge	19.185	167	0	68.201	0	68	89.310
02a	Erträge u. Aufwendungen nach KHG u. KHBV (Saldo)	8.225	0	0	0	0	0	8.225
03	Materialaufwand	130.803	6.960	1.496	1.984.134	0	321	112.934
04	Personalaufwand	283.397	22.271	2.084	8.772.139	0	2.342	318.866
05	Abschreibungen	18.874	226	0	557.419	0	8	19.666
06	Sonst. betriebliche Aufwendungen	72.876	692	331	1.645.162	5	940	74.318
07	Betriebsergebnis	-61.567	7	52	1.047.874	-5	26	9.331
08	Zins-/Finanzergebnis	-12.097	8	1	-198.768	0	-3	-12.287
09	Steuern von Einkommen und Ertrag	2.572	-12	0	0	0	7	2.567

10	Ergebnis nach Steuern	-76.236	27	53	849.106	-5	16	-5.522
11	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0	0
12	Sonst. Steuern	34	6	0	0	0	0	40
13	Jahresergebnis (Summe 10 – 12)	-76.269	21	53	849.106	-5	16	-5.562

Als Anlagen sind jeweils der Lagebericht (soweit gesetzlich vorgeschrieben) sowie die Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, des Konzerns und der einzelnen Tochtergesellschaften beigefügt.

Hübner

Anlage/n:

Bilanzen

Gewinn- und Verlustrechnungen

Lageberichte (soweit gesetzlich vorgeschrieben)

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, Braunschweig
Bilanz zum 31. Dezember 2024

AKTIVA	31.12.2024		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Software	3.954.953,94		5.931.370,97
2. Geleistete Anzahlungen	<u>1.910.823,75</u>		<u>2.029.572,81</u>
		5.865.777,69	7.960.943,78
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	376.478.854,19		114.609.417,48
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	273.316,19		273.316,19
3. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	57.999,18		57.999,18
4. Technische Anlagen	2.925.733,62		3.565.748,18
5. Einrichtungen und Ausstattung	30.685.488,53		22.523.107,71
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>284.869.039,72</u>		<u>402.873.425,36</u>
		695.290.431,43	543.903.014,10
III. Finanzanlagen			
Anteile an verbundenen Unternehmen		<u>572.324,56</u>	<u>572.324,56</u>
		701.728.533,68	552.436.282,44
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10.118.765,34		9.595.571,84
2. Unfertige Leistungen	<u>2.425.500,80</u>		<u>2.068.320,08</u>
		12.544.266,14	11.663.891,92
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	50.121.056,24		43.842.357,51
2. Forderungen an Gesellschafter bzw. den Krankenhausträger	26.568.379,79		35.100.887,33
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht - davon nach BPfIV/KHEntgG: EUR 57.593.187,27 (Vj.: EUR 55.840.286,77)	79.444.729,27		94.735.407,45
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.410.224,57		2.755.697,46
5. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>7.303.796,26</u>		<u>7.788.542,89</u>
		164.848.186,13	184.222.892,64
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		<u>4.580.116,21</u>	<u>15.549.101,31</u>
		181.972.568,48	211.435.885,87
C. AUSGLEICHSPOSTEN NACH DEM KHG			
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung		11.828.933,88	11.828.933,88
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		1.407.576,52	1.170.696,06
		896.937.612,56	776.871.798,25

PASSIVA	31.12.2024		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL			
1. Gezeichnetes Kapital	18.450.000,00		18.450.000,00
2. Kapitalrücklage	65.582.547,87		65.582.547,87
3. Gewinnrücklagen	28.502.444,67		28.502.444,67
4. Verlustvortrag	(38.503.254,01)		(36.770.641,78)
5. Jahresfehlbetrag	<u>(6.499.279,59)</u>		<u>(1.732.612,23)</u>
		67.532.458,94	74.031.738,53
B. SONDERPOSTEN AUS ZUWENDUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS			
I. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG		265.758.979,55	246.277.513,49
II. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter		<u>247.610,16</u>	<u>333.554,50</u>
		266.006.589,71	246.611.067,99
C. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	132.075,00		136.369,00
2. Steuerrückstellungen	3.825.572,06		1.799.080,00
3. Sonstige Rückstellungen	<u>22.982.420,31</u>		<u>22.892.653,90</u>
		26.940.067,37	24.828.102,90
D. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.487.986,86		31.808.766,14
2. Erhaltene Anzahlungen	26.752,35		14.700,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	16.324.444,81		17.700.083,34
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter bzw. dem Krankenhausträger	453.477.552,23		339.385.390,54
- Cash-Pool Verbindlichkeit: EUR 89.587.046,34 (Vj.: EUR 147.583.373,69)			
5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	13.892.806,43		20.930.295,42
- davon nach BPflV/KHEntgG: EUR 2.195.982,24 (Vj.: EUR 3.613.460,06)			
6. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.447.175,16		3.764.022,34
7. Sonstige Verbindlichkeiten	18.786.170,45		16.972.855,74
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 361.366,14 (Vj.: EUR 502.374,32)			
- davon aus Steuern: EUR 4.306.442,09 (Vj.: EUR 4.010.179,61)			
		536.442.888,29	430.576.113,52
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		15.608,25	824.775,31
		896.937.612,56	776.871.798,25

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, Braunschweig
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	2024	Vorjahr
	EUR	EUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	361.812.181,88	325.157.934,51
2. Erlöse aus Wahlleistungen	6.828.070,36	6.989.912,92
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	23.424.109,86	22.007.906,59
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	7.565.343,78	10.336.808,11
4a. Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB, soweit nicht in den Nummern 1 bis 4 enthalten	17.343.937,22	14.543.505,16
5. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	357.180,72	(1.808.378,18)
6. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.167.093,19	1.118.505,98
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 11 enthalten	6.320.014,73	16.687.132,07
8. Sonstige betriebliche Erträge	81.111.021,97	59.458.432,28
- davon Ertragszuschuss Gesellschafter: EUR 69.770.000,00 (Vj.: EUR 49.883.000,00)		
9. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	(231.414.211,69)	(209.753.698,29)
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	(51.982.612,00)	(47.706.732,87)
- davon für Altersversorgung: EUR 11.114.930,10 (Vj.: EUR 10.035.401,02)		
	(283.396.823,69)	(257.460.431,16)
10. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	(91.991.628,61)	(83.891.997,74)
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	(38.811.697,87)	(35.369.252,50)
	(130.803.326,48)	(119.261.250,24)
Zwischenergebnis = Übertrag	91.728.803,54	77.770.078,04

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, Braunschweig
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

Übertrag	91.728.803,54	77.770.078,04
11. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	26.032.209,06	41.662.254,50
- davon Fördermittel nach dem KHG: EUR 26.032.209,06 (Vj.: EUR 41.662.254,50)		
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	10.195.916,36	9.513.173,64
13. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	0,00	14.572,80
14. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	(27.690.828,45)	(43.056.759,44)
15. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	(312.100,28)	(267.895,42)
16. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(18.874.329,45)	(15.989.770,56)
17. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>(72.876.411,08)</u>	<u>(64.195.543,93)</u>
Zwischenergebnis	8.203.259,70	5.450.109,63
18. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	247.891,07	69.409,73
- davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 9.540,27 (Vj.: EUR 35.248,79)		
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(12.345.062,68)	(5.918.464,29)
- davon an Gesellschafter: EUR 11.959.743,22 (Vj.: EUR 5.690.614,42)		
- davon aus Aufzinsung: EUR 14.655,00 (Vj.: EUR 29.766,00)		
20. Steuern	(2.605.367,68)	(1.333.667,30)
- davon vom Einkommen und vom Ertrag: EUR 2.571.830,01 (Vj.: EUR 1.301.570,42)		
21. Jahresfehlbetrag	<u>(6.499.279,59)</u>	<u>(1.732.612,23)</u>

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, Braunschweig

LAGEBERICHT UND KONZERNLAGEBERICHT

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2024

Vorbemerkung

Bei dem Lagebericht handelt es sich um eine Zusammensetzung von Lagebericht und Konzernlagebericht nach § 315 Abs. 5 i. V. m. § 298 Abs. 2 HGB. Die Angaben im zusammengefassten Konzernlagebericht beziehen sich – soweit nicht ausdrücklich anders dargestellt – sowohl auf das Mutterunternehmen als das den Konzern maßgeblich prägende Unternehmen, als auch auf den Konzern, da die Tochterunternehmen aus Konzernsicht insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

1 Darstellung des Geschäftsverlaufs

1.1 Allgemeiner Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Im Geschäftsjahr 2024 hat sich die wirtschaftliche Situation der deutschen Krankenhäuser sowie auch der niedersächsischen Krankenhäuser weiter verschärft.

Nach einer Umfrage der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft (NKG) aus Oktober 2024, können 88% der befragten Krankenhäuser die steigenden Sach- und Personalkosten nicht aus den regelmäßigen Erlösen der Patientenversorgung decken. Rund 87% der Krankenhäuser gehen für das Geschäftsjahr 2024 von einem nicht positiven Jahresergebnis aus, dabei sehen sich 9 von 10 niedersächsischen Krankenhäuser in ihrer Existenz bedroht. Aufgrund einer bundesweiten Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI, Mai – August 2024) wirken die gestiegenen Personal- und Sachkosten sowie auch die unzulänglichen Investitionsförderungen weiterhin belastend. Zudem geben lt. einer DKI-Umfrage von 2024 88% der befragten Krankenhäuser an, dass sich die nach wie vor anhaltenden Preissteigerungen sehr stark bzw. eher stark auf die Liquiditätssituation auswirken.

Die COVID-19-Pandemie wirkt weiterhin auf den Krankenhausmarkt nach. Neben den ausgelaufenen positiven Sondereffekten (z.B. der Corona-Rettungsschirm, die Energiehilfen) wirken sich die ausstehenden Pflegebudgets, anhaltenden, nicht gegenfinanzierten Kostensteigerungen sowie die nachhaltig gesunkenen stationären Patientenzahlen weiterhin belastend aus.

Diese wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen im Krankenhausmarkt der letzten Jahre spiegeln sich auch in der weiterhin hohen Anzahl an Insolvenzfällen deutscher Kliniken (Anzahl 23 in 2024) wider und zeigen die dringende Notwendigkeit einer effektiven Krankenhausreform inkl. einer Übergangsfinanzierung bis zu ihrem Wirksamwerden.

Wie bereits in den Vorjahren wirkte sich die seit Jahren bestehende Schere zwischen der Tarif- und der Budgetentwicklung belastend auf die Ergebnissituation aus. Die erfolgte Erhöhung des

Landesbasisfallwerts (also die Vergütung für einen Casemixpunkt von 3.995,38 € auf 4.206,94 € um 211,56 € oder ca. 5,30 % in Niedersachsen) ist nicht ausreichend, um die tatsächlichen Kostensteigerungen der Personal- und Sachkosten hinreichend zu decken

Der Krankenstand des Jahres 2024 bewegt sich anhaltend auf hohem Niveau. Dies hat die Leistungserbringung entsprechend beeinflusst, daher wurde zur Kompensation zum Teil auch auf Arbeitnehmerüberlassungen zurückgegriffen.

Im Berichtsjahr verfügte das Klinikum Braunschweig über 1.475 stationäre sowie 24 teilstationäre Planbetten und nahm damit weiterhin die Aufgabe eines Maximalversorgers für stationäre Krankenhausleistungen wahr. In 2024 wurden 50.512 vollstationäre Casemixpunkte aus der Behandlung von 47.242 DRG-Fällen erbracht. Damit konnten sowohl die stationären Fallzahlen als auch die Casemixpunkte gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Darüber hinaus zeigen sich bei den Erlösen aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses und den anderen Erträgen im Vorjahresvergleich teils deutlich positive Entwicklungen.

Zur Kompensation der beschriebenen zusätzlichen Belastungen hat die Alleingesellschafterin des Mutterunternehmens einen Ertragszuschuss in Höhe von 69,8 Mio. € gewährt. Diese Form von Zuschuss findet auch bei anderen Krankenhäusern in Niedersachsen Anwendung und ist damit marktüblich.

Die Muttergesellschaft weist für 2024 ein negatives Jahresergebnis von -6.499.279,59 € aus und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um ca. -4,8 Mio. € verschlechtert. Das Ergebnis vor ergebniswirksamen Abschreibungen, Steuern und Zinsaufwendungen (EBITDA) beträgt +18,9 Mio. € und konnte gegenüber dem Vorjahr um 5,3 Mio. € verbessert werden. Vorbehaltlich der Beschlussfassung des Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung soll der Verlust auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Das Jahresergebnis des Mutterunternehmens (-6,5 Mio. €) wird auch durch Sondereffekte beeinflusst. Zusätzliche Belastungen ergaben sich aus der nachwirkenden COVID-19-Pandemie und weiterhin durch die Folgen des Ukraine-Krieges. Die für 2024 gegenüber dem Vorjahr geplante Leistungssteigerung konnte in Summe nicht vollständig erreicht werden. In den Bereichen Entgelte aus BPfIV/ PEPP- und Pflegebudget liegen die Erlöse nahezu auf Planniveau. Zusätzlich wurden weitere Erlöse aus Vorjahren, z.B. Corona-Ausgleiche sowie Ausgleichs für Liquidität und Kinderzuschläge, berücksichtigt. Im Wesentlichen belasten die überplanmäßigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen das Ergebnis.

Für die im Zusammenhang des Ukraine-Krieges gestiegenen Energiekosten wurden im Rahmen der Maßnahmen der öffentlichen Entlastung die möglichen krankenhausindividuellen Erstattungen durch das Land Niedersachsen in 2024 abschließend beantragt, alle Auszahlungen sind erfolgt.

Die infolge der Corona-Pandemie (seit 2020) deutlich gesunkene Anzahl stationärer Behandlungsfälle bewegt sich anhaltend auf dem Niveau der Vorjahre. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die DRG-Fälle (stationär und teil-stationär) positiv entwickelt (+618 Fälle). Kennzeichnend für 2024 ist nach wie vor auch die angespannte Situation in der Pflege (Fehlen von Fachkräften), die das Klinikum wie alle anderen Häuser in Deutschland betrifft.

Die Budgetverhandlungen sind aufgrund der Corona-Pandemie nachhaltig in Verzug geraten. Für den Bereich der Somatik war der Verhandlungsbeginn für das Pflegebudget 2023 im November 2024, eine vorläufige Einigung für das Pflegebudget 2023 konnte in 2024 nicht erzielt werden. Trotz

Berücksichtigung bei den bisher vereinbarten Pflegebudgets bestehen aufgrund der Ausgleichssystematik weiterhin Restforderungen aus den Jahren 2020 bis 2022. Diese sind in den Folgejahren noch auszugleichen. Gleiches gilt für die Psychatriebudgets von 2020 bis 2023. Die weiteren Budgetbestandteile der Somatik 2023 befinden sich noch in Verhandlung. Dennoch konnten unter Berücksichtigung der Ausgleichsansprüche in den bisher vereinbarten Pflegebudgets die bilanzierten Forderungen gegenüber den Kostenträgern in 2024 auf 25,7 Mio. € abgesenkt werden.

Das Jahr 2024 ist bisher noch nicht verhandelt worden, von daher werden die stationären Pflegeaufwendungen weiterhin nicht angemessen refinanziert.

Für die ausstehenden COVID-19-Mindererlösausgleiche zur Vorhaltung von Kapazitäten für die Behandlung von COVID-19-Patienten aus den Jahren 2021 und 2022 konnte Ende 2024 eine Vereinbarung getroffen werden. Der Liquiditätszufluss ist in 2025 vorgesehen.

Außergewöhnliche Rechtstreitigkeiten gegenüber dem Klinikum sind nicht zu beobachten, lediglich die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (Dezember 2024) zu den Überstundenzuschlägen für Teilzeitkräfte ist hier zu nennen. Die auch im vergangenen Jahr von einigen Krankenkassen erhobenen Beanstandungsverfahren für stationäre Leistungsabrechnungen konnten zum Großteil durch Einigung auf Einzelfallebene abgeschlossen werden. In den letzten beiden Jahren verzeichnet das skbs deutlich weniger Klageverfahren, da durch das MDK-Reformgesetz das Prozessverfahren bei (Abrechnungs-) Streitigkeiten zunächst durch die Kostenträger begonnen werden muss. Für bestehende und neu hinzugekommene Klageverfahren wurde eine entsprechende Risikobewertung getroffen.

Die Baumaßnahmen für den 1. Bauabschnitt am Standort Celler Straße für das Zwei-Standorte-Konzept des Klinikums wurden bereits in 2016 abgeschlossen. Wesentliche Meilensteine in der Celler Straße waren die Fertigstellung des Anbaus für die Erweiterung und Sanierung der Medizinischen Klinik III sowie die Eröffnung der neuen Frauenklinik mit Kinderintensivstation und OP-Zentrum und auch der anschließende Umbau des ehemaligen Gebäudes der Frauenklinik zur Nutzung durch die Geriatrische Klinik. Im Rahmen dieser Baumaßnahme konnte in 2016 auch die Erweiterung und Sanierung der Klinik für Radioonkologie und Strahlentherapie nach 10-jähriger Bauzeit abgeschlossen werden. Daneben wurden im Rahmen des 1. Bauabschnitts am Standort Salzdahlumer Straße, neben der Einrichtung einer Zentralsterilisation und eines neuen Hubschrauberlandeplatzes auch eine neue Zentrale Notaufnahme und eine neue Intensivstation für die Klinik für Herz-, Thorax- und Gefäßchirurgie in Betrieb genommen.

Im Herbst 2020 konnte das neu errichtete Regiegebäude am Standort Salzdahlumer Straße in Betrieb genommen werden. Untergebracht sind hier die Medizinische Klinik VII (Pneumologie und Beatmungsmedizin) sowie die Klinik für Kinder- und Jugendmedizin.

Mit dem Ziel der Fortführung der Baumaßnahmen zur Realisierung der Zwei-Standorte-Planung wurden seit 2016 diverse Gespräche mit den zuständigen Behörden geführt und die Fortschreibung des Förderantrags beantragt.

Für die Investitionsmaßnahme „Betriebsstellenzusammenführung 3 auf 2 Standorte, 2. und 3. BA“ betragen gemäß Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums vom 29. Juni 2023 die voraussichtlichen förderungsfähigen Kosten nach §9.1 KHG ca. 263 Mio. €. Im Verlauf des Projekts konnte bereits eine Fördermittelerhöhung auf 299,1 Mio. € erreicht werden.

Einschließlich des jüngsten Förderbescheids vom 22. November 2024 wurden Fördermittel in Höhe von 199,9 Mio. € bewilligt.

Durch ein Starkregenereignis im Juni 2023 kam es zu wesentlichen Wasserschäden an Bestandsgebäuden und Neubauten. Der Wasserschaden führte zu Betriebsunterbrechungen, teils erheblichen Reparaturarbeiten und nicht realisierten Effizienzen des Zwei-Standorte-Konzepts. Die geplante Inbetriebnahme des „Gebäudeteils Ost“ verzögert sich dadurch von Dezember 2023 auf Dezember 2024. Seit Dezember 2024 verfügt das skbs von daher über die beiden Standorte Salzdahlumer Straße und Celler Straße.

Die Förderquote der Baumaßnahme Zwei-Standorte-Konzept erweist sich mit 37,2% (299,1 Mio. € von 803,2 Mio. €) trotz der oben beschriebenen erreichten Erhöhung als vergleichsweise gering, insbesondere auch im Vergleich zu anderen großen Investitionsprojekten in Niedersachsen (z.B. Klinikum Georgsheil mit 56% Förderquote bzw. auch deutschlandweit 56% Förderquote bei öffentlichen Krankenhäusern, vgl. RWI Krankenhaus Rating Report 2024). Bleibt die Höhe der Förderquote bestehen, folgt daraus ein höherer Fremdfinanzierungsbedarf, welcher sich in einer erheblichen Ergebnis- und Liquiditätsbelastung (durch Zinsen und Abschreibungen bzw. Tilgung) niederschlägt. Um die Förderquote anzuheben, sind weitere Beantragungen derzeit in Ausarbeitung befindlich.

Das Klinikum wurde 2018 erfolgreich nach DIN ISO 9001:2015 zertifiziert. Das Überwachungsaudit im Dezember 2024 konnte als Audit vor Ort erfolgreich abgeschlossen werden. Der Geltungsbereich der Zertifizierung wurde um die Medizinischen Versorgungszentren Salzdahlumer Straße und Celler Straße erweitert. Die Re-Zertifizierung ist durch ein neues Auditorenteam und von einer neuen Zertifizierungsstelle durchgeführt worden.

Neben dem Überwachungsaudit haben verschiedene zusätzliche fachspezifische (Re-)Zertifizierungen in 2024 stattgefunden, u. a. erfolgten: Erstzertifizierung Gütesiegel „Ausgezeichnet“ für Kinder im Sozialpädiatrischen Zentrum, Rezertifizierung Apotheke, Rezertifizierung Vorhofflimmerzentrum, Rezertifizierung Gütesiegel „Ausgezeichnet“ für Kinder in der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin.

Im Bereich des Cancer Center Braunschweig (CCB) haben eine Erstzertifizierung und zahlreiche Rezertifizierungen stattgefunden.

In 2023/2024 ist eine Patientenbefragung vor Einführung des digitalen Patientenportals von September bis einschließlich Januar 2024 erfolgt. Ebenfalls ist in 2024 eine Mitarbeiterbefragung vor Zusammenlegung der Standorte S1 und S2 in drei Teilen durchgeführt worden. Beide Befragungen wurden durch einen externen Partner begleitet und ausgewertet.

Im Bereich des Klinischen Risikomanagements sind 40 CIRS-Meldungen getätigt worden, zu welchen insgesamt 30 unterschiedliche Maßnahmen abgeleitet worden sind.

Eine weitere wichtige Säule innerhalb der Stabsstelle QM ist die Dokumentation innerhalb der gesetzlichen Qualitätssicherung sowie die Koordination, das Monitoring und die Überwachung der verschiedenen Leistungsmodule. Bezogen auf die Ergebnisse 2023 kam es in 7 Modulen zu einem Stellungnahme Verfahren, im Jahr 2022 waren es 5.

Innerhalb des Lob- und Beschwerdemanagements gab es im Berichtsjahr 2024 insgesamt 1.175 Vorgänge. Im Vergleich mit 2023 ist die Anzahl der Vorgänge angestiegen.

Außerdem kann auch auf die Mitarbeit des skbs in der Allianz kommunaler Großkrankenhäuser (AKG) hingewiesen werden. Auch die Kennzahlen im Benchmarking dieses Arbeitskreises, dem 28 Akutkrankenhäuser (Stand Ende 2024) mit in der Regel mehr als 1.000 Planbetten angehören, zeigen für das Klinikum zufriedenstellende Ergebnisse.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), der Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und den ergänzenden Vorschriften des GmbHG aufgestellt. Dies schließt die Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein.

Die Gesellschafterin wird über verschiedene Gremien-Sitzungen und Reports regelmäßig über die aktuelle Entwicklung der Gesellschaft in Kenntnis gesetzt. Dies erfolgte in 2024 im Rahmen von sechs Aufsichtsratssitzungen, vier Quartalsberichten sowie monatlicher Berichterstattungen (z.B. durch Versand des Aufsichtsrats-Einseiters).

1.2. Entwicklung der Tochterunternehmen

In den Konzernabschluss der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH wurden im Berichtsjahr wieder die Tochtergesellschaften: Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH, Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH, Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH (MVZ) sowie die Bistro Klinikum Braunschweig GmbH und die skbs.digital GmbH einbezogen. Die Babybauch GmbH wird aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung nach § 296 Abs. 2 HGB nicht im Konzernabschluss dargestellt.

Die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH weist mit ca. 21.300 € (2023: ca. -177.900 €) gegenüber dem Vorjahr ein deutlich verbessertes, positives Jahresergebnis aus. Mit dem Ziel einer energiewirtschaftlichen Optimierung innerhalb des Konzerns Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH wurde die Klinikdienste GmbH ab 01.03.2021 als Energieeinkaufsgesellschaft in den Beschaffungsprozess eingebunden. Mit dem Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH wurde eine Dreiseitigkeitsvereinbarung abgeschlossen. Der Geschäftsbetrieb aller Bistros und Kioske der Bistro Klinikum Braunschweig GmbH wurde zum 29.08.2023 wieder in die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH zurückgeführt (Ausgliederung 2014). Dieser Bereich hatte während der Corona-Krise in den letzten Jahren Verluste generiert, konnte sich aber im Laufe des Jahres 2023 stabilisieren (Wiederöffnung aller Verkaufsstellen im Frühjahr 2023). Weitere Maßnahmen zu einer positiven Entwicklung wurden in 2024 eingeleitet.

Die Bistro Klinikum Braunschweig GmbH weist zum Ende des Geschäftsjahres 2024 ein negatives Jahresergebnis von ca. -5.300 € (2023: ca. 278.500 €) aus. Es fand keine Geschäftstätigkeit in 2024 statt. Das Ergebnis ist im Wesentlichen auf die Rückstellung für die Gebühren der Jahresabschlussprüfung zurückzuführen.

Die Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH weist ein positives Jahresergebnis von ca. 849.100 € (2023: ca. 855.900€) auf. Der Umsatz konnte gegenüber dem Vorjahr deutlich um ca. 42 % gesteigert werden, die Kosten haben sich dementsprechend entwickelt.

Die Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH weist ein positives Jahresergebnis von ca. 53.200 € (2023: ca. -33.800 €) aus. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Umsatzsteigerung erzielt worden, die Personalkosten und sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich nicht quotal in gleichem Maße erhöht.

Die skbs.digital GmbH weist einen Überschuss von ca. 16.400 € (2023: ca. 16.100 €) aus. Das Ergebnis entspricht der Wirtschaftsplanung. Die Babybauch GmbH ist seit dem 25.08.2022 eine 100 prozentige Tochter der skbs.digital GmbH. Sie wird aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung nach § 296 Abs. 2 HGB nicht im Konzernabschluss dargestellt.

1.3. Umweltschutz/Arbeitnehmerbelange

Gesundheit und Sicherheit sind im Klinikum sehr präasente Themen. Das Institut für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit verfolgt das übergeordnete Ziel, die Gesundheit und die körperliche Unversehrtheit aller Beschäftigten im skbs dauerhaft zu erhalten. Neben umfassenden arbeitsmedizinischen ganzheitlichen Vorsorgen und sicherheitstechnischen Leistungen gibt es für unsere Beschäftigten eine Vielzahl an Maßnahmen und Angeboten im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements und der Sozialberatung. Fokusthemen der Sozialberatung sind Konflikte im Team, Resilienz Stärkung und psychische Gesundheit.

Im skbs spielen neben dem Arbeitsschutz auch die Hygienevorschriften eine besondere Rolle. Die hygienischen Kernmaßnahmen sind im hauseigenen Hygienekonzept beschrieben. Im Klinikum gibt es regelmäßige Begehungen durch das Team der Arbeitssicherheit und die hauseigene Hygieneabteilung.

Für Mitarbeiter des skbs stehen ganzheitliche Präventionsangebote und Vorsorgen zur Verfügung (z.B. Darmkrebsscreening). Schwerpunktmäßig unterstützt das gesamte Institut intensiv das Betriebliche Wiedereingliederungsmanagement, insbesondere bei den Themen Ergonomie, Führungskräftecoaching, Konfliktmanagement am Arbeitsplatz, Generationenkonflikt, Wiedereingliederung nach Krankheit, Prävention am Arbeitsplatz und Rehabilitation.

Die Arbeitsmedizin konnte einige Verträge zur Betreuung externer Unternehmen dazugewinnen. Unter anderem auch Kooperationsverträge mit dem Gemeinde-Unfallversicherungsverband (GuV) und der Feuerwehr Hannover.

Im beruflichen Alltag stoßen die Beschäftigten des skbs immer wieder auf Patienten und Angehörige, die aus unterschiedlichen Gründen ein aggressives oder gewalttätiges Verhalten zeigen. Das Deeskalations-Management konnte über die Stadtgrenzen hinaus mit seiner Expertise unterstützen und führt inzwischen auch Trainings für externe Unternehmen durch.

Der Umweltschutz ist im Klinikum Braunschweig gleichrangig mit anderen Unternehmenszielen. Regelmäßig werden die Mitarbeitenden über die umweltrelevanten Auswirkungen zu beispielsweise Abfällen bei ihren Tätigkeiten durch Schulungen und mit Hilfe des Dokumentenmanagementsystems informiert. Im Klinikum gibt es regelmäßige Begehungen auf den Abfallsammelplätzen und Stationen/ Funktionsbereichen durch das Team des Umweltschutzes.

1.4 Leistungsindikation der Muttergesellschaft

Für den Jahresabschluss ergeben sich folgende wesentliche Größen und finanzielle Leistungsindikatoren:

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2024 896,9 Mio. € (Vorjahr: 776,9 Mio. €), Anlagevermögen ist in Höhe von 701,7 Mio. € (Vorjahr 552,4 Mio. €) ausgewiesen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 7,5 % (Vorjahr: 9,5 %) und unter Einbezug der Sonderposten 37,2 % (Vorjahr:

41,3 %). Das Anlagevermögen ist zu 47,5 % (Vorjahr: 58,0 %) durch Eigenkapital und Fördermittel sowie vollständig durch Eigenkapital, Fördermittel und langfristige Fremdmittel finanziert

Die Gesellschaft weist ein negatives Jahresergebnis von ca. -6,5 Mio. € (Vorjahr: -1,7 Mio. €) aus.

Der Umsatz des Geschäftsjahres beträgt 417,0 Mio. € (Vorjahr: 379,0 Mio. €).

Daraus ergibt sich eine Umsatzrentabilität von -1,6 % (Vorjahr: -0,5 %). Die Personalaufwandsquote beträgt 68,0 % (Vorjahr: 67,9 %). Die Materialaufwandsquote liegt bei 31,4 % (Vorjahr: 31,5 %), jeweils bezogen auf die Betriebsleistung.

1.5 Ertragslage der Muttergesellschaft

Der Abschluss der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH weist ein negatives Jahresergebnis von -6.499.279,59 € aus. Im Vorjahr betrug der Jahresfehlbetrag -1.732.612,23 €. Damit liegt das Ergebnis um ca. 4,8 Mio. € unter dem des Vorjahres.

Der Ertragszuschuss der Alleingesellschafterin (69,8 Mio.€) hat das Ergebnis positiv beeinflusst.

Bei den Erlösen aus stationären Krankenhausleistungen ergibt sich eine Steigerung um ca. 36,7 Mio. € oder 11,3 % auf 361,8 Mio. €. Bei den DRG-Leistungen ergibt sich gegenüber dem Vorjahr ein Leistungszuwachs um 618 stationäre DRG-Fälle. Weiterhin sind hier periodenfremde Erlöse i.H. 16,5 Mio. € enthalten. Die periodenfremden Erlöse resultieren im Wesentlichen aus der Nachberechnung von Corona Ausgleichen in Höhe von 7,3 Mio. €, von der Berechnung von Liquiditätsausgleichen bis 2023 in Höhe von 5,6 Mio. € und des Pflegeerlöses bis 2023 in Höhe von 1,2 Mio. €.

Dennoch sind dieser Zuwachs und der erhöhte Landesbasisfallwert nicht ausreichend, um die zunehmende Kosten- und Erlösschere zu kompensieren.

Die bilanzierten Forderungen für die Pflegebudgets 2020 bis 2024 haben sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 15,6 Mio. € vermindert.

Für das Jahr 2024 konnte das Pflegebudget bisher noch nicht verhandelt werden, von daher sind die stationären Pflegeaufwendungen weiterhin nicht angemessen refinanziert.

Die einzelnen Erlöspositionen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar: Die Erlöse aus Wahlleistungen sind um ca. 0,2 Mio. € gesunken und die Erlöse aus ambulanten Leistungen haben sich um ca. 1,4 Mio. € erhöht. Diese lassen sich vorrangig durch den Anstieg der Zytostatika (+1,6 Mio. €) erklären. Die Erlöse aus den Nutzungsentgelten der Ärzte haben sich gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Mio. € auf 7,6 Mio. € vermindert. Die sonstigen Umsatzerlöse haben sich um ca. 2,8 Mio. € auf 17,3 Mio. € erhöht. Die Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand haben sich um ca. 10,4 Mio. € auf 6,3 Mio. € vermindert. Dies ist maßgeblich auf das Auslaufen des Finanzausgleichs gem. § 26f KHG zurückzuführen. Die anderen sonstigen betrieblichen Erträge sind um 21,7 Mio. € auf 81,1 Mio. € gestiegen. Diese beinhalten auch den Ertragszuschuss der Alleingesellschafterin i.H.v. ca. 69,8 Mio. € (Vj. 49,9 Mio. €) in 2024, die kaufmännisch vorsichtige Auflösung von Rückstellungen auf 1,1 Mio. € (Vj. 2,6 Mio. €) sowie Erstattung von Versicherungen i.H.v. 7,4 Mio. €.

Die Position Bestandsveränderung durch unfertige Leistungen ist im Vergleich zum Vorjahr um ca. 2,2 Mio. € gestiegen. Dieser Anstieg ergibt sich maßgeblich durch höhere Erlöse aus Überliegern im Vergleich zum Vorjahr. Die übrigen Erlöspositionen zeigen unwesentliche Veränderungen im Vorjahresvergleich.

Insgesamt sind die betrieblichen Erträge mit einem Volumen von rund 505,9 Mio. € um 51,4 Mio. € oder 11,3 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Ursächlich sind hierfür maßgeblich die gestiegenen Erlöse aus Krankenhausleistungen (+ 37,9 Mio. €), der Ertragszuschuss der Alleingesellschafterin (+19,9 Mio. €) in 2024, die realisierten wirtschaftlichen Erfolge aus der Fortführung des skbs.performance Programms und die Erstattung von Versicherungen (+ 2,5 Mio. €).

Mit ca. 283,4 Mio. € stellt der Personalaufwand die größte Aufwandsposition dar. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg um ca. 25,9 Mio. € oder 10,1 % zu verzeichnen. Die Zahl der Vollkräfte hat sich zum Jahresende um ca. 246 auf ca. 3.745 (aktiv und passiv) erhöht, dabei ist die Anzahl der aktiven Vollkräfte um ca. 273 auf ca. 3.383 gestiegen. Der festzustellende Personalkostenanstieg ist primär auf Tarifeinflüsse und die steigende Anzahl der aktiven Vollkräfte zurückzuführen.

Der Umsatz je (aktiver) Vollkraft hat bei gestiegenem Umsatz und steigender Beschäftigung von ca. 121.900 € auf ca. 123.300 € im Berichtsjahr zugenommen. Die Kennziffer Casemixpunkte je Vollkraft ist von ca. 15,9 im Vorjahr auf 14,9 in 2024 gesunken. Die Kennziffer Casemixpunkte je Vollkraft Ärztlicher Dienst (Pflegekraft) ist von 94,97 (42,22) in 2023 auf 94,34 (41,16) in 2024 gesunken. Die Personalaufwandsquote bezogen auf den Umsatz beträgt 68,0 % und ist im Vergleich zum Vorjahr leicht um ca. 0,1 % gestiegen.

Die Materialaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 11,5 Mio. € oder 9,7 % gestiegen und weisen nun ein Volumen von rund 130,8 Mio. € auf.

Die Kostenentwicklung beim medizinischen Bedarf bewegt sich im stationären Bereich parallel zur Leistungsentwicklung. Hier bringt insbesondere die aufgrund der Medizinstrategie gewollte Verschiebung hin zu schwereren „Maximalversorger-DRG“ einen höheren Sachkosteneinsatz und damit einen höheren Aufwand im Bereich Medizinischer Sachbedarf mit sich.

Im ambulanten Bereich macht sich die dynamische Entwicklung im Bereich der ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung (ASV) mit einem gestiegenen Verbrauch bemerkbar. Diesem Verbrauch stehen hier aber direkte auskömmliche Sachkostenerlöse gegenüber.

Weiterhin ist eine Kostensteigerung aufgrund des Umzugs des Standorts Holwedestraße zu verzeichnen. Die Kosten für den Einsatz von pflegerischem Fremdpersonal konnten reduziert werden.

Die Aufwendungen für Wasser und Energie sind im Berichtsjahr geringfügig um ca. 0,2 Mio. € oder 1,6 % auf ca. 10,5 Mio. € gesunken. Dabei sind Strom um 0,2 Mio. € und Wasser/Abwasser um 0,3 Mio. € gestiegen. Fernwärme ist um 0,4 Mio. €, Gas um 0,2 Mio. € und Öl um 0,1 Mio. € gefallen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um ca. 8,7 Mio. € oder 13,5 % auf 72,9 Mio. € gestiegen. Diese Überschreitung wurde maßgeblich durch die Bereiche IT-Wartung, (+ 2,9 Mio. € vs. Vj.), IT-Dienstleistungen (+ 1,0 Mio. € vs. Vj.), Instandhaltung (+ 4,2 Mio. € vs. Vj.), Mieten (+ 0,7 Mio. € vs. Vj.) und Mieten für Gebrauchsgüter (+ 2,2 Mio. € vs. Vj.) verursacht. Die periodenfremden Aufwendungen sind auf ca. 6,1 Mio. € gegenüber 5,3 Mio. € im Vorjahr gestiegen. Maßgeblich handelt es sich um Korrekturen von Ausgangsrechnungen sowie nachträglich erhaltene Eingangsrechnungen.

Das Ergebnis vor ergebniswirksamen Abschreibungen, Steuern und Zinsaufwendungen (EBITDA) beträgt +18,9 Mio. € gegenüber +13,6 Mio. € im Vorjahr.

Die Abschreibungen betragen ca. 18,9 Mio. € und sind zum Vorjahr um 2,9 Mio. € gestiegen. Diese Steigerung resultiert im Wesentlichen aus der Inbetriebnahme des Neubaus OST und der Radiologie (inkl. MRT Modul-Container). Aufgrund der Auflösung von Sonderposten werden davon lediglich 8,7

Mio. € ergebniswirksam (im Vorjahr: 6,5 Mio. €). Belastungen im Umfang von ca. 0,3 Mio. € ergaben sich aus der Nutzung geförderter Anlagegüter für ambulante Zwecke. Die zutreffende Ermittlung der Abschreibung wurde in den vergangenen Geschäftsjahren und auch für das abgelaufene Geschäftsjahr 2024 durch den Wirtschaftsprüfer im Rahmen des Jahresabschlusses geprüft und bestätigt. Die Abschreibungen erfolgen unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Die Abschreibungen werden pro rata temporis ermittelt.

Im vergangenen Jahr wurde das Jahresergebnis in Millionenhöhe durch Finanzierungs- und Abschreibungsaufwendungen aus dem Immobilienbereich belastet (Summe Zins- und Abschreibungsbelastung 2024 i.H.v. 21,0 Mio. € zu 12,4 Mio. € in 2023), wie bereits im vergangenen Jahr auch aus der Trennungsrechnung 2023 hervorging. Ebenso wird für 2024 im Nachgang eine Trennungsrechnung aufgestellt, welche die Belastungen des abgelaufenen Jahres feststellt. Es muss festgestellt werden, dass das skbs durch die im bundesweiten Durchschnitt öffentlicher Träger (56%, vgl. RWI Krankenhaus Rating Report 2024) aber auch landesweiten Durchschnitt (45%, vgl. RWI Krankenhaus Rating Report 2024) deutlich geringere Förderquote (nur 37,2%) in Millionenhöhe belastet ist. Bei Annahme einer bundesweiten Förderquote von 56% wäre das Jahresergebnis 2024 des skbs um mehrere Millionen Euro besser ausgefallen, insbesondere durch geringere Abschreibungs- und Zinsbelastungen.

Zinserträge sind auch im Berichtsjahr nur in zu vernachlässigender Höhe angefallen. Die Zinsaufwendungen betragen insgesamt ca. 12,3 Mio. € (Vorjahr: 5,9 Mio. €). Diese sind auf Zinsen für Bank- und Gesellschafterdarlehen zurückzuführen. Die höheren Zinsaufwendungen entsprechen der höheren Verschuldung. Diese sind einerseits durch die wachsenden Kreditaufnahmen für das Zwei-Standorte-Konzept und andererseits durch Liquiditätskredite für vorrangig strukturelle Belastungen im operativen Bereich bedingt. Auch das wieder gestiegene Zinsniveau wirkt sich verstärkend aus. Auch hier muss festgestellt werden, dass das skbs durch die oben genannte niedrige Förderquote von 37,2% gegenüber dem bundesweiten Durchschnitt öffentlicher Krankenhäuser (56%) eine deutlich erhöhte Zinsaufwandsquote ausweist und das Ergebnis hierdurch massiv in Millionenhöhe belastet ist. Bei Annahme einer bundesweiten Förderquote von 56% wäre das Jahresergebnis 2024 des skbs um mehrere Millionen € besser ausgefallen, insbesondere durch die geringere Zinsbelastung.

Der Steueraufwand liegt mit ca. 2,6 Mio. € deutlich über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aufgrund einer Nachzahlung der Besteuerung der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe durch die Betriebsprüfung der Jahre 2015 bis 2019. Dies resultiert hauptsächlich aus einer Nachberechnung aus Erlösen aus Chefarzt-Ambulanzen.

Insgesamt spiegelt sich die wirtschaftliche Entwicklung auch in den Rentabilitätskennzahlen wider. Die Umsatzrentabilität beträgt ca. -1,6 % (Vorjahr ca. -0,5 %). Die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität liegt bei rund 9,6 % gegenüber ca. -2,3 % im Vorjahr.

Der Vergleich mit dem Wirtschaftsplan 2024 zeigt beim Umsatz eine Unterschreitung um ca. 0,2 Mio. €. Hierin sind weitere Erlöse aus Vorjahren berücksichtigt, z.B. Corona-Ausgleiche sowie Ausgleiche für Liquidität und Kinderzuschläge. Die Summe der betrieblichen Erlöse und Erträge liegt insgesamt um ca. 66,1 Mio. € über der Planung für 2024.

Bei den Personalaufwendungen wird die Planung um ca. 4,7 Mio. € unterschritten, was u.a. auf den Einsatz von Arbeitnehmerüberlassung im Bereich des Pflegedienstes zurückzuführen ist. Die Kosten dafür sind nicht im Personalaufwand, sondern im Wirtschaftsbedarf enthalten. Die Materialaufwendungen überschreiten die Planung um ca. 2,3 Mio. €. Hier konnten in einigen Bereichen durch strukturierte Paketeinkäufe erhebliche Einsparungen generiert werden.

Aufwandserhöhend wirkten sich hingegen ungeplante Preissteigerungen, insbesondere bei Produkten mit geopolitisch bedingten Lieferschwierigkeiten aus. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wird die Planung um ca. 8,6 Mio. € überschritten. Die Entwicklung der hierin enthaltenen Konten „IT Wartung“ und „IT-Dienstleistungen“ spiegelt die Folgen der immer stärker zunehmenden Digitalisierung im Klinikum wider. Diese gestaltet sich, auch aufgrund gestiegener gesetzlicher Vorgaben, in den Bereichen IT-Sicherheit, Personal und Patientenmanagement dynamischer als geplant. Die erhebliche Aufwandssteigerung des durch die IT-Hersteller erzwungenen Wechsels auf Cloudanwendungen ist in der allgemeinen Fallwertsteigerung (LBFW) nicht berücksichtigt. Im Wirtschaftsplan für 2024 war ein Jahresergebnis von -53,5 Mio. € angestrebt. In diesem Ergebnis war ein pauschaler Restrukturierungsbeitrag i.H.v. 5,0 Mio. € enthalten, das Wirtschaftsplanergebnis vor Restrukturierungsbeitrag betrug -58,5 Mio. €. Zum Zeitpunkt der Planung wurden Annahmen getroffen, da entsprechende Rechtsprechung oder Veränderungswerte erst unterjährig in 2024 final festgelegt wurden. Aufgrund des Ertragszuschusses der Gesellschafterin i.H.v. 69,8 Mio. € wurde ein Ergebnis von -6,5 Mio. € erzielt.

1.6 Finanzlage der Muttergesellschaft

Die Finanzlage des Klinikums kann auch im Berichtsjahr als gesichert bezeichnet werden. Unter den liquiden Mitteln werden zum 31. Dezember 2024 ca. 4,6 Mio. € ausgewiesen, die allerdings nicht in vollem Umfang zur freien Verfügung der Gesellschaft stehen.

Aufgrund des mit der Stadt Braunschweig aktualisierten Rahmenvertrags und 18. Ergänzungsvertrags über die Bereitstellung von kurzfristigen Finanzierungsmitteln beläuft sich die operative Linie auf 30 Mio. € bis zum 30.04.2026. Der Cashpool-Vertrag wird nach Liquiditätsbedarf fortlaufend monatlich neu mit der Trägerin verhandelt. Weiterhin steht zur Finanzierung der strukturellen Belastungen eine strukturelle Linie (z.B. Vorfinanzierung des Pflegebudgets) i.H.v. 50 Mio. € aktuell bis zum 30.04.2026 zur Verfügung.

Zur Finanzierung der lfd. Baumaßnahmen hat die Gesellschafterin langfristige Darlehen mit einem Restbestand zum 31. Dezember 2024 von ca. 370,0 Mio. € gewährt, hinzu kommt ein Bankdarlehen mit einem Restbestand von ca. 30,5 Mio. €. Weiterhin besteht aufgrund des o.g. Rahmenvertrags mit der aktuellen 18. Ergänzung eine investive Linie zur Zwischenfinanzierung i.H.v. 65 Mio. € bis zum 30.04.2026.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind mit ca. 50,1 Mio. € im Vorjahresvergleich um ca. 6,3 Mio. € gestiegen. Der Forderungsanstieg ist u.a. auf erhöhte Forderungen gegenüber Kassen und Sonstigen (+3,5 Mio. €) zurückzuführen. Die zutreffende Ermittlung der Forderungen wurde in den vergangenen Geschäftsjahren und auch für das abgelaufene Geschäftsjahr 2024 durch den Wirtschaftsprüfer im Rahmen des Jahresabschlusses geprüft und bestätigt. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert unter Abzug von Wertberichtigungen angesetzt.

1.7 Vermögenslage der Muttergesellschaft

Die Bilanzsumme des Klinikums ist in 2024 um ca. 120,1 Mio. € auf 896,9 Mio. € gestiegen. Die Veränderung lässt sich im Wesentlichen durch die im Berichtsjahr getätigten Investitionen in die Anlagen im Bau von 155,7 Mio. € erklären. Davon gehören 0,1 Mio. € nicht auf das Zwei-Standorte-Konzept. Die Abschreibungen von ca. 18,9 Mio. € wirken gegenläufig. Insgesamt erklärt sich der

Anstieg der Bilanzsumme vorwiegend aus der Zunahme des Anlagevermögens (+149,3 Mio. €), diesem steht die Abnahme des Umlaufvermögens (-29,5 Mio. €) entgegen.

Das Vorratsvermögen ist gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Mio. € gestiegen.

Die zum 31. Dezember 2024 ausgewiesene Position Forderungen an den Krankenhausträger (26,6 Mio. €) weist im Wesentlichen den von der Stadt Braunschweig beschlossenen Ertragszuschuss sowie die Cashpool-Vereinbarung über Fördermittel aus.

Hinsichtlich der Veränderungen der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und der Flüssigen Mittel wird auf die Ausführungen zur Finanzlage verwiesen. Hinzuweisen ist auch auf den Rückgang der Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht um ca. 15,3 Mio. € auf ca. 79,4 Mio. €, der sich vorrangig aus dem Rückgang der Forderungen nach § 9 Abs. 1 KHG i.H.v. ca. -15,1 Mio. € ergibt. Die Forderungen aus dem Pflegebudget (ca. -15,6 Mio. €) haben sich reduziert und die sonstigen Forderungen nach dem KHG (ca. +17,4 Mio. €) erhöht. Die sonstigen Vermögensgegenstände weisen einen Rückgang von ca. 0,5 Mio. € aus, dieser ergibt sich u.a. im Bereich der Forderungen der Ausbildungszuschläge i.H.v. ca. -0,4 Mio. €.

Insgesamt weist das Klinikum Eigenkapital im Umfang von 67,5 Mio. € aufgrund des Jahresergebnisses von -6.499.279,59 € aus. Die bilanzielle Eigenkapitalquote bezogen auf die Bilanzsumme ist im Vorjahresvergleich von 9,5 % auf 7,5 % gesunken. Der Rückgang ergibt sich aus dem Anstieg der Bilanzsumme. Zu bemerken ist, dass Gewinne seit Bestehen der Gesellschaft dem Eigenkapital zugeführt werden. So betragen die Gewinnrücklagen ca. 28,5 Mio. €. Diese sind durch den Verlustvortrag vollständig aufgebraucht.

Das Anlagevermögen ist zu ca. 47,5 % durch Eigenkapital und Fördermittel (Sonderposten) sowie vollständig durch Eigenkapital, Fördermittel (Sonderposten) und langfristige Fremdmittel finanziert.

Für erkennbare Risiken wurde wie in den Vorjahren durch den Wirtschaftsprüfer testiert Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag gebildet. Die zutreffende Ermittlung der Rückstellungshöhe wurde auch für das abgelaufene Geschäftsjahr 2024 durch den Wirtschaftsprüfer im Rahmen des Jahresabschlusses geprüft. Die Rückstellungen betragen insgesamt ca. 26,9 Mio. € und sind im Vorjahresvergleich um ca. 2,1 Mio. € gestiegen. Die Veränderung erklärt sich vorrangig durch die Veränderung der Rückstellung für die Steuernachzahlung (ca. +2,0 Mio. €), durch Rückstellungen aus nicht genommenem Urlaub (ca. +1,0 Mio. €), für MDK-Risiken (ca. -0,4 Mio. €), Rückstellungen für Mehrarbeitsstunden (ca. +0,5 Mio. €) und für Altersteilzeit (ca. -0,8 Mio. €).

1.8 Investitionen

Das Anlagevermögen des Klinikums weist Zugänge im Umfang von ca. 168,2 Mio. € auf. Hiervon entfallen ca. 155,7 Mio. € auf Baumaßnahmen, insbesondere Baumaßnahmen am Standort Salzdahlumer Straße.

Die Anschaffungskosten für das bewegliche Anlagevermögen, insbesondere für die Beschaffung medizinischer Geräte, betrugen ca. 14,7 Mio. €. Des Weiteren wurde für den Bereich IT immaterielles Anlagevermögen im Umfang von ca. 1,1 Mio. € beschafft.

Das Gesamtbudget des Zwei-Standorte-Konzepts beläuft sich auf 803,2 Mio. €. Davon ist per Ende 2024 ein Betrag von 585,7 Mio. € erfasst worden.

Das Zwei-Standorte-Konzept stellt für das Klinikum das größte Investitionsvorhaben der vergangenen Jahre dar. Der erste Spatenstich fand 2006 am Standort Celler Straße statt. Im Jahr 2016 wurden dort die letzten Arbeiten des 1. Bauabschnitts abgeschlossen. Finanziert wurde dieser 1. Bauabschnitt durch das Land Niedersachsen mit einem Festbetrag in Höhe von 43 Mio. €. Das Klinikum Braunschweig steuerte Eigenmittel in Höhe von rund 41,5 Mio. € bei. Der Finanzierungsbedarf konnte durch Refinanzierungsmittel aus Vorjahren bereitgestellt werden.

Mit dem 2. Bauabschnitt wurde 2014 begonnen. Hier standen primär Baumaßnahmen am Standort Salzdahlumer Straße und die Zusammenlegung der Kliniken auf 2 Standorte im Vordergrund. Die Baumaßnahmen wurden mit dem Bezug des Neubau Ost erfolgreich umgesetzt.

Daneben wurden in 2024 pauschale Fördermittel des Landes Niedersachsen nach § 9 Abs. 3 KHG in Höhe von ca. 6,0 Mio. € für (Wieder-)Beschaffungen von kurzfristigen Anlagegütern sowie kleine bauliche Maßnahmen zur Verfügung gestellt.

1.9 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns

Die Ausführungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Mutterunternehmens gelten entsprechend auch für den Konzern, da die Tochterunternehmen aus Konzernsicht insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

Unterschiede ergeben sich insbesondere aus der Anwendung der Rechnungslegungsvorschriften der KHBV im Einzelabschluss des Mutterunternehmens und der HGB-Vorschriften für den Konzernabschluss. Anders als im Einzelabschluss des Mutterunternehmens wird in dem nach HGB aufgestellten Konzernabschluss der Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung nach KHBV in Höhe von 11,8 Mio. € (Vorjahr: 11,8 Mio. €) mit dem Eigenkapital verrechnet.

Für den Konzernabschluss ergeben sich somit folgende wesentliche Größen und finanzielle Leistungsindikatoren:

Der Konzern weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -5,6 Mio. € (Vorjahr: - 0,8 Mio. €) aus.

Die Konzernbilanzsumme zum Stichtag beträgt 901,6 Mio. € (Vorjahr: 780,0 Mio. €), das Anlagevermögen wird in Höhe von 711,2 Mio. € (Vorjahr: 562,6 Mio. €) ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote beträgt 7,2 % (Vorjahr: 9,0 %).

Das Anlagevermögen ist zu 46,5 % durch Eigenkapital und Fördermittel und in voller Höhe durch Eigenkapital, Fördermittel und langfristige Fremdmittel finanziert.

Der Konzernumsatz des Geschäftsjahres beträgt 437,6 Mio. € (Vorjahr: 395,0 Mio. €). Daraus ergibt sich eine Umsatzrentabilität des Konzerns von -1,3 % (Vorjahr: -0,2 %). Die Personalaufwandsquote beträgt 72,9 % (Vorjahr: 72,6 %). Die Materialaufwandsquote liegt bei 25,8 %, gegenüber 26,7 % im Vorjahr.

Hinsichtlich der Entwicklung und Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Vorjahresvergleich gelten die Ausführungen zum Mutterunternehmen entsprechend.

2 Chancen- und Risikobericht

Die bestehenden Chancen und Risiken für den Konzern ergeben sich im Wesentlichen aus den Chancen und Risiken der Muttergesellschaft.

Auf Basis der aktuellen Rahmenbedingungen im gesundheitspolitischen Bereich (das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) ist am 12.12.2024 Inkrafttreten) wurde unter zu Hilfenahme der Leistungsgruppen aus NRW in 2024 eine Medizinstrategie für die kommenden Jahre entwickelt. Dabei wurde das Leistungsangebot detailliert betrachtet und auf das Zielbild eines Level 3 Versorgers hin optimiert.

Diese Medizinstrategie wurde durch einen externen Berater begutachtet. Der Aufsichtsrat hat die Medizinstrategie des skbs zustimmend zur Kenntnis genommen und sie wurde von der Gesellschafterversammlung beschlossen.

Bis zur Umsetzung der Krankenhausreform (voraussichtlich frühestens 2029) besteht in dieser Konvergenzphase eine fortdauernde finanzielle Unterdeckung des Klinikums. Diese wurde im Rahmen einer Mehrjahresplanung beziffert und im Rat der Stadt Braunschweig verabschiedet.

Damit wurden die prognostizierten Jahresergebnisse im Rahmen der Haushaltsplanung der Stadt Braunschweig berücksichtigt.

Die Umsetzung der Medizinstrategie wird durch ein neues Ergebnis-Verbesserungs-Programm flankiert. Die Maßnahmen und der Stand der Umsetzung der Medizinstrategie soll durch einen externen Berater bewertet und dem Aufsichtsrat regelmäßig vorgestellt werden.

Den gravierenden Auswirkungen der auch in 2024 nachwirkenden COVID-19-Pandemie (u.a. Verhandlungsstau mit verzögertem Zufluss der Refinanzierung des Pflegebudget) und den Auswirkungen des Ukraine-Krieges (Preis-/ Zinssteigerungen, Unterbrechung von Lieferketten, Lieferverzügen, etc.) wurden durch unterschiedliche Maßnahmen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage gegengesteuert. Diese Aktivitäten werden in 2025 kontinuierlich fortgeführt und erweitert.

Nach wie vor kommt der Entwicklung des stationären Budgets des Klinikums im Leistungsbereich des KHEntgG, die maßgeblich vom Landesbasisfallwert abhängt, besondere Bedeutung zu. Der Landesbasisfallwert ist in 2024 von 3.995,38 € auf 4.206,94 € um 211,56 € oder um ca. 5,30 % gestiegen. Hieraus ergeben sich keine neuen finanziellen Spielräume.

Da seit Jahren Kostensteigerungen, insbesondere durch tarifliche Veränderungen im Personalbereich, nicht über entsprechende Anhebungen der Vergütungen ausgeglichen werden konnten, hatte sich bereits in der Vergangenheit eine sogenannte „Tarif-Erlösschere“ aufgebaut. Durch die Anhebung des Landesbasisfallwertes in 2020 um ca. 3,8 %, in 2021 um ca. 2,1 %, in 2022 um ca. 2,3 %, in 2023 um ca. 4,4 % und 2024 um ca. 5,3 % konnte der bestehenden Unterfinanzierung nur unzureichend entgegengewirkt werden.

Die für 2024 gegenüber dem Vorjahr geplante Leistungssteigerung konnte in Summe nicht vollständig erreicht werden. In den Bereichen Entgelte aus BPfIV/ PEPP- und Pflegebudget liegen die Erlöse nahezu auf Planniveau. Bei den DRG-Erlösen konnte aufgrund der bereits beschriebenen Rahmenbedingungen das geplante Ergebnis nicht realisiert werden. Auch in 2025 ist davon auszugehen, dass die Rahmenbedingungen weiterhin keine Ergebnisverbesserung durch Leistungssteigerungen zulassen. Die Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen ändern sich aufgrund der Neuerungen im Zuge der Krankenhausfinanzierung und weitergehenden Ambulantisierung maßgeblich. Die aktive Auseinandersetzung mit den neuen Gegebenheiten und Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen sind bedeutend für die Zukunft des Klinikums.

Bedeutsam für die wirtschaftliche Lage des Mutterunternehmens und des Konzerns sind die zum Teil noch ausstehende Pflegeerlöse seit 2020. Das Jahr 2024 ist bislang noch nicht verhandelt worden, von daher werden die stationären Pflegeaufwendungen weiterhin nicht angemessen refinanziert. Für die vereinbarten Pflegebudgets 2020 bis 2022 bestehen weiterhin Restforderungen. Die Budgetverhandlung im Bereich der Somatik für das Jahr 2023 sind in Verhandlung, eine vorläufige Vereinbarung ist Anfang 2025 getroffen worden. Das Jahr 2024 ist bislang noch nicht verhandelt worden. Aus der fehlenden Refinanzierung der stationären Pflegeaufwendungen ergibt sich ein erheblicher zusätzlicher Liquiditätsbedarf, der vorfinanziert werden muss.

Aufgrund des Ukraine-Krieges haben sich nicht nur Lieferengpässe von benötigten Gütern ergeben, die daraus resultierenden Preis- und Zinsanstiege haben das Kostengefüge nachhaltig erhöht. Nicht nur das steigende Preisniveau, sondern auch die Erhöhung des Zinsniveaus belasten die Kostenseite. Dies stellt insbesondere vor dem Hintergrund des hohen Investitionsvolumens für das Zwei-Standorte-Konzepts ein Risiko dar, da die Investitionen nur unzureichend mit Fördermitteln gegenfinanziert sind. Diese Kosten sind in der Landesbasisfallwertentwicklung nicht berücksichtigt und belasten damit direkt das Ergebnis.

Aus diesen Gründen müssen die Kosten fortlaufend weiter reduziert werden, um die wirtschaftliche Situation in 2025 und den Folgejahren zu verbessern. Ein in 2019 bis 2023 durchgeführtes skbs.performance Programm hat einen Ergebniseffekt in zweistelliger Millionenhöhe erzielt. Die aus dem Programm erzielten Effekte wirken auch nachhaltig positiv in den Folgejahren fort. In diesem Zusammenhang wurde das Projektmanagement im Klinikum grundlegend angepasst. Die Restrukturierungen befinden sich weiterhin in Umsetzung, aktuell wurde der Projektprozess neu aufgesetzt. Durch den internen Know-how-Aufbau werden Beratungsleistungen weiter reduziert, beispielsweise durch den personellen Aufbau im Bereich des Projektmanagements, der Finanzplanung und der IT-Betreuung.

Risiken ergeben sich grundsätzlich aus der weiteren Entwicklung der Personal- und Sachkosten, die nicht auskömmlich gegenfinanziert werden, ebenso aus der Erfüllung des Versorgungsauftrages als Maximalversorger, den operativen Problemen aufgrund der andauernden umfangreichen baulichen Tätigkeiten sowie den in Umbruch befindlichen weitreichenden Strukturänderungen für den Gesundheitsbereich, deren Auswirkungen noch nicht final absehbar sind.

Der für 2024 geplante Umzug des Standorts in der Holwedestraße in die neue Zentralklinik an der Salzdahlumer Straße ist im Dezember 2024 erfolgreich umgesetzt worden. Aufgrund des Umzugsdatums werden Kosteneinsparungen und Synergien frühestens im Jahr 2026 sichtbar. Es ist zu berücksichtigen, dass durch die Aufgabe noch Folgekosten in 2025 (z.B. Kosten für das Auf- und Abräumen) entstehen werden. Außerdem müssen die Gebäude und Grundstücke bis zur Veräußerung bewirtschaftet (Heizung, Sicherheitskontrollen, Straßenreinigung, Grundsteuer usw.) werden, was weitere laufende Kosten mit sich bringt.

Die Stellenbesetzung, insbesondere im Bereich der Pflege, hat sich im Jahr 2024 weiter positiv entwickelt. Mittlerweile werden konstant über 100 Bewerbungen pro Monat generiert. Die Marktsituation für die Gewinnung von Pflegekräften gestaltet sich – sowohl regional als auch überregional – für einen Maximalversorger weiterhin vorteilhaft. Herausfordernder stellt sich hingegen die Situation im ärztlichen Bereich dar, insbesondere ab Facharztniveau. Ein zentrales Risiko für alle Kernzielgruppen – sowohl in der Pflege als auch in dem ärztlichen Dienst und der Verwaltung – bleibt der demographische Wandel. Dieser wirkt sich sowohl durch den Abgang erfahrener Fachkräfte als auch durch die erschwerte Gewinnung neuer Mitarbeitender negativ auf die

Personalverfügbarkeit aus. Zur Risikominimierung wurde ein gezieltes Projekt initiiert, das strategische und operative Maßnahmen zur Personalgewinnung definiert und implementiert.

Über das bereits in 2019 neu eingerichtete und in 2024 aktualisierte Mitarbeiterportal „myskbs“ erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kontinuierlich und ohne Zeitverzug aktuelle Informationen zu unterschiedlichsten aktuellen Themen. Den Mitarbeitenden stehen zudem stets aktuelle Handlungsrichtlinien zur Verfügung. Über das hauseigene Bildungszentrum steht ein breitgefächertes Fortbildungsprogramm zur Verfügung. Pflichtschulungen können zeitlich unabhängig von allen Mitarbeitenden über ein E-Learning-Portal absolviert werden.

Im Personalmanagementsystem „Workday“, das in 2023 eingeführt wurde, finden sich zahlreiche digitale Prozesse rund um das Personalwesen. Das System wird stetig ausgebaut mit dem Ziel, als primäres Personalmanagementsystem sämtliche Personalvorgänge in einem digitalen System abzubilden. Diese Maßnahmen dienen der Mitarbeiterbindung und fortlaufenden Prozessverbesserung.

Im Zuge der Durchführung der weiteren Baumaßnahme des 2. BA am Standort Salzdahlumer Straße hat sich bereits in 2016 herausgestellt, dass die etwa 10 Jahre alte Bauplanung nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen des Klinikums entspricht. So haben sich organisatorische, konzeptionelle und wirtschaftliche Mängel ergeben, die eine neue Konzeption erforderlich machte. Da die notwendigen Planungsänderungen nicht im laufenden Betrieb erfolgen konnten, wurde in 2016 eine Unterbrechung der Baumaßnahme beschlossen, um die noch verbleibenden Möglichkeiten für eine konzeptionelle Aktualisierung zu nutzen. Ein grundsätzliches Konzept für eine zukunftsorientierte Planung wurde aufgestellt und mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Bereits im Jahr 2019 konnte mit der Fortführung der Baumaßnahmen begonnen werden.

In Bezug auf die Errichtung einer Hochgarage am Standort Salzdahlumer Straße wurden in 2020 ein Bau- und Betriebsvertrag, ein Erbbaurechtsvertrag mit einer Laufzeit von 40 Jahren und ein Bewirtschaftungsvertrag über die bereits vorhandenen Parkflächen des Klinikums geschlossen. In 2021 wurde die Hochgarage fertiggestellt.

Mit dem Ziel der Fortführung der Baumaßnahmen zur Realisierung der Zwei-Standorte-Planung wurden seit 2016 diverse Gespräche mit den zuständigen Behörden geführt und die Fortschreibung des Förderantrags beantragt.

Für die Investitionsmaßnahme „Betriebsstellenzusammenführung 3 auf 2 Standorte, 2. und 3. BA“ betragen gemäß Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums vom 29. Juni 2023 die voraussichtlichen förderungsfähigen Kosten nach §9.1 KHG ca. 263,0 Mio. €. Im Verlauf des Projekts konnte bereits eine Fördermittelerhöhung auf 299,1 Mio. € erreicht werden. Einschließlich des jüngsten Förderbescheids vom 22. November 2024 wurden Fördermittel in Höhe von 199,9 Mio. € bewilligt.

Das mit Abstand größte und bereits eingetretene Risiko bei der Durchführung der Bauprojekte ergibt sich durch eintretende Zeitverzögerungen in einzelnen Bauabschnitten. Teilweise können spezielle Leistungen nicht wie vorgesehen beauftragt werden, da keine und nur zu unzureichende entsprechenden Angebote fristgerecht für die gestellten Ausschreibungen eingehen. Das Gegensteuern, um dennoch das Ziel zu erreichen, erfordert einen stetig wachsenden zeitlichen und finanziellen Aufwand. Nach derzeitigem Stand ist eine Trendwende nicht erkennbar.

Risiken in Bezug auf Finanzinstrumente sowie Preisänderungs- und Ausfallrisiken sind aufgrund der im Wesentlichen in öffentlicher Trägerschaft stehenden Kostenträger und der ausschließlichen Fakturierung in Euro überschaubar.

Um Zinsänderungen bei der Finanzierung des Zwei-Standorte-Konzepts optimal zu gestalten, besteht ein regelmäßiger Austausch in einem städtischen Arbeitskreis „AG-Treasury“. Kreditaufnahmen des Klinikums liefen bisher über die Stadt Braunschweig im Rahmen der Experimentierklausel. Ab dem Jahr 2025 hat der niedersächsische Landtag eine Änderung des niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) beschlossen. Dabei wurde die Konzernfinanzierung (bisher: Experimentierklausel) dauerhaft im NKomVG verankert. Nach der neuen Regelung sind sowohl Aufnahmen von Investitions- als auch Liquiditätskrediten möglich, diese setzen aber einen Ratsbeschluss voraus. Auch in 2025 und den Folgejahren ist die Aufnahme weiterer langfristiger Investitionsdarlehen gemäß den investiven Ausgaben notwendig.

Zur Deckung des entstehenden Liquiditätsbedarfs im operativen, strukturellen und investiven Bereich besteht mit der Stadt Braunschweig als Träger des Klinikums eine Cashpool-Vereinbarung. Mit Wirkung ab dem 01. April 2023 besteht ein aktualisierter Rahmenvertrag mit derzeit achtzehn Änderungsverträgen und einer Laufzeit bis zum 30. April 2026. Weitere Beantragungen für Verlängerungen sind mit jeweils monatlicher Beantragung über den 30.04.2026 hinaus vorgesehen.

3 Prognosebericht

In den letzten Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für die deutschen Krankenhäuser entscheidend gewandelt. Durch die Pandemie ist eine grundlegende Veränderung des Gesundheitswesens erfolgt. Die deutlich gesunkenen stationären Fallzahlen im deutschen Gesundheitswesen werden aller Voraussicht nach nicht mehr umkehrbar sein. Der Krieg in Europa hat zu einem deutlichen Kostenanstieg in vielen Bereichen geführt, hier ist vor allem auch der Baubereich betroffen. Eine deutlich gestiegene Inflation hat langfristige Kostensteigerungen zur Folge, was insbesondere auch Materialaufwendungen betrifft. Maßgebliche Tarifsteigerungen belasten die Personalaufwendungen als größten Kostenblock eines Krankenhauses nachhaltig, die Steigerungen werden nur erheblich verzögert und teilweise unzureichend refinanziert. Das gestiegene Zinsniveau wird sich daher auch in den Folgejahren nachhaltig auf das Ergebnis auswirken.

Die Krankenhausreform ist gemäß Beschluss des Bundesrats vom 22.11.2024 mit der endgültigen Verabschiedung des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) zum 01.01.2025 in Kraft getreten. Dies stellt den Startschuss für einen weitreichenden Umbau der stationären Versorgung dar. Die genauen strukturellen und wirtschaftlichen Effekte der geplanten Reform sind weiterhin unklar. Die Krankenhausreform, die sich für das skbs als Maximalversorger als finanziell vorteilhaft erweisen sollte, wird sich aufgrund langer Übergangsfristen dennoch erst in einigen Jahren vollumfänglich bemerkbar machen. Die strukturelle Unterfinanzierung bleibt bis dahin bestehen und führt in den nächsten Jahren weiterhin zu erheblichen Belastungen.

Eine Umfrage der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft in 2024 hat ergeben, dass weiterhin mehr als die Hälfte (56 Prozent) der Krankenhäuser in Niedersachsen ihre wirtschaftliche Existenz bis zum Wirksamwerden der geplanten Krankenhausreform als gefährdet ansehen.

Die Gewinnung von Fachpersonal insbesondere im pflegerischen Bereich ist eine andauernde Herausforderung. Zusätzlich verschärft durch geänderte Personalstrukturvorgaben des Gesetzgebers, die einen höheren Personalbedarf bedingen.

Mögliche Auswirkungen der aktuellen geopolitischen Entwicklungen auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind nicht absehbar.

Die Wirtschaftsplanung geht für das Klinikum für das Jahr 2025 von einem negativen Jahresergebnis von -78,3 Mio. € aus. Durch den laufenden Fortschritt im Rahmen der Baumaßnahmen des Zwei-Standorte-Konzepts steigt die Belastung des Jahresergebnis aus dem Immobilienbereich (wie bereits in der Vergangenheit durch die Trennungsrechnung festgestellt) im laufenden Jahr weiter, da Zinsaufwendungen und Abschreibungen entsprechend weiterwachsen. Im vergangenen Jahr wurde ein Handbuch für die Trennungsrechnung erstellt, um die Methodik noch weiter zu präzisieren. Hierbei wurde ein strukturierter Prozess implementiert, der in Abstimmung mit der Stadt Braunschweig entwickelt und im Aufsichtsrat dargestellt und beschlossen wurde. Mit dem Jahresabschluss 2025 wird diese Methodik erstmalig zur Anwendung kommen. Das Klinikum erhält für 2025 bereits eine monatliche ratierte finanzielle Unterstützung der Alleingesellschafterin.

Der Wirtschaftsplan 2025 unterstellt für das Klinikum einen Umsatz von ca. 459,7 Mio. €, der um ca. 42,8 Mio. € über dem in 2024 erreichten Umsatz liegt. Unter Einbeziehung des Pflegebudgets (ab 2020 neue Refinanzierungslogik) liegt der Erlösplanung ein Leistungsbudget von 54.815 voll- und teilstationären Casemixpunkten zugrunde. Dieser Wert unterschreitet die Planung des Vorjahres um ca. 1.200 Casemixpunkte und berücksichtigt die aktuelle Markt- und Leistungsentwicklung.

Die für 2025 geplante Personalaufwandsquote bezogen auf den Umsatz liegt bei 70,0 %. Dies entspricht in Bezug auf die Ist-Personalkosten 2024 einer Steigerung von 11,9%. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in der Planung für 2025 aufgrund der seinerzeit laufenden Tarifverhandlungen von einer Personalkostensteigerung von 10 % im Ärztlichen Dienst (Marburger Bund) und den nicht ärztlichen Dienst (TVÖD-VKA) von 5% ausgegangen wurde. Zum Zeitpunkt der Planung lagen noch keine geeinten Tarifsteigerungen vor, sodass von Annahmen auszugehen war. Die Einigung des Marburger Bundes und der VKA liegen innerhalb der vorgenommenen Planung. Im Rahmen der Tarifverhandlungen TVÖD liegt aktuell noch kein Ergebnis vor, da hier die Schlichtung eingeleitet wurde.

Die Materialaufwandsquote beträgt 31,4 % und liegt damit 4,7 % höher als der Istwert 2024.

Die Planung für 2025 unterstellt ein Ergebnis vor ergebniswirksamen Abschreibungen, Steuern und Zinsen (EBITDA) von ca. -50,3 Mio. €. Dieser Wert liegt um ca. 69,2 Mio. € unter dem im Berichtsjahr erreichten Ansatz. Zu berücksichtigen ist hier der Ertragszuschuss der Gesellschafterin i.H.v. 69,8 Mio. € für das Jahr 2024.

Die Wirtschaftsplanung 2025 für den Konzern weist aufgrund der weiterhin sehr herausfordernden und schwierigen Rahmenbedingungen sowie der hohen Belastungen des skbs durch Abschreibungs- und Zinsaufwendungen ein negatives Jahresergebnis von ca. -77,9 Mio. € aus. Für alle Tochterunternehmen werden positive Jahresergebnisse geplant. Hier werden moderate Umsatzanstiege eingeplant, die die entsprechenden Kostenentwicklungen ausgleichen und zu stabilen Ergebnissen führen sollen.

Die Wirtschaftsplanung für das Klinikum berücksichtigt die wesentlichen zum Planungszeitpunkt im Herbst des vergangenen Jahres erwarteten Veränderungen. Auch die bis zur Aufstellung des Wirtschaftsplanes für 2025 bekannten ordnungspolitischen Vorgaben für das Planjahr wurden berücksichtigt. Hinsichtlich des Landesbasisfallwertes wurde für das Geschäftsjahr ein Betrag von 4.522,46 € planerisch berücksichtigt. Dabei wurde nach der aktuellen Informationslage zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanung (September 2024) unterstellt, dass über das KHVG eine vollständige Refinanzierung der Tariflohnsteigerungen über die Anpassung des Landesbasisfallwertes in Anwendung des vollen Orientierungswertes umgesetzt wird. Der vorläufige Landesbasisfallwert beläuft sich für 2024 auf 4.386,27 €. Eine Verhandlung über die zu berücksichtigenden Tarifeffekte 2025 kann erst nach Abschluss der Verhandlungen zwischen verdi

und dem VKA erfolgen. Danach kann die Abstimmung zwischen der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft und den niedersächsischen Krankenkassen erfolgen, um den Abschluss in den LBFW für Niedersachsen zu überführen. Es wird von einem Zufluss der bis zur Neubestimmung entstandenen Differenz über einen anteilig erhöhten Landesbasisfallwert für die Restlaufzeit in 2025 ausgegangen. Erfahrungen zur Umsetzung liegen aufgrund der erstmaligen Anwendung in 2025 jedoch nicht vor. Unabhängig davon bleibt jedoch erneut festzuhalten, dass die Kliniken wieder in eine Vorfinanzierung der Tarifsteigerungen gezwungen werden.

Die von Bund und Ländern geplante Krankenhausreform ist in ihrer genauen Ausgestaltung weiterhin ungewiss und bietet den Krankenhäusern weiterhin keine finale Planungssicherheit. Die in 2024 vom skbs entwickelte Medizinstrategie bietet auf Basis der bisher vorliegenden Informationen die Grundlage, um dem Versorgungsauftrag bestmöglich und wirtschaftlich optimiert nachzukommen.

Die aktuell vorliegenden Daten zur wirtschaftlichen Lage zeigen für 2025 hinsichtlich der Leistungs-, Ertrags- und Aufwandsentwicklung im Vergleich zur Planung bisher keine unerwarteten Abweichungen. Jedoch ist anzumerken, dass aufgrund der noch nicht vorhersehbaren politischen Veränderungen auf Bundesebene im weiteren Jahresverlauf entsprechende Abweichungen zu den zugrundeliegenden Annahmen entstehen können.

Der Medizinische Sachbedarf als größte Position des Materialaufwands entwickelt sich in den ersten Monaten 2025 planmäßig zum Niveau der Leistungserbringung. Die im Rahmen der Medizinstrategie verstärkte Umsteuerung hin zu schwereren erlösstärkeren DRG verursachen zwangsläufig höhere Sachkosten. Weiterhin werden durch die strukturierten Einkaufsaktivitäten zusätzliche Einsparungen realisiert.

Durch die Auflassung des Standortes Holwedestraße im Dezember 2024 sowie durch die zeitgleich durchgeführten Umsiedlungen am Standort Salzdahlumer Straße und durch die Inbetriebnahme des Gebäudeteil Ost (erster Teil der neuen Zentralklinik) erbringt das skbs seine Leistungen nun an zwei Standorten: Dem Standort Salzdahlumer Straße und dem Standort Celler Straße. Der mit dieser Übersiedlung einhergehende Change Prozess wird mindestens das gesamte Jahr 2025 andauern. In Folge wird davon ausgegangen, dass sich wesentliche Effizienzgewinne, Leistungserhöhungen und Kostensenkungen realisieren lassen.

Für 2025 wird für die Baumaßnahmen im Rahmen des Zwei-Standorte-Konzepts ein Fremdfinanzierungsbedarf von rd. 90 Mio. € erwartet. Die kalkulierten Gesamtkosten für das Zwei-Standorte-Konzept mit ergänzenden Infrastrukturmaßnahmen und Changemanagement-Projekten belaufen sich nach aktuellem Stand auf ca. 803 Mio. €.

Zur Finanzierung der Baumaßnahmen sollen weitere Gesellschafter- bzw. Finanzmarktdarlehen aufgenommen werden.

Unabhängig davon wird darauf hingewiesen, dass die tatsächliche Entwicklung von unseren Erwartungen abweichen kann.

Der Niedersächsische Krankenhausplan weist seit dem 1. Januar 2017 für das Klinikum Braunschweig 1.475 vollstationäre und 24 teilstationäre Betten aus.

Aufgrund der hohen und langwierigen Verzögerung der Budgetverhandlungen und ausstehenden Refinanzierungen der Pflegebudgets seit 2020 ist davon auszugehen, dass auch längerfristig von

einem erheblich zusätzlichen Liquiditätsbedarf auszugehen ist, auch wenn die gesetzliche Regelung (KHPfIEG) ab dem Vereinbarungszeitraum 2026 vorsieht, dass dann jeweils bis zum 31. Juli des laufenden Jahres eine Vereinbarung vorliegen soll.

Die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH befindet sich weiterhin in einer angespannten Liquiditätslage. Diese resultiert insbesondere aus den Nachwirkungen der Corona-Pandemie, Kostensteigerungen bedingt durch den Ukraine-Krieg und einer Deckungslücke der Personal- und Sachkosten durch das Budget des Klinikums. Mit der Corona-Pandemie erfolgte ein anhaltender Rückgang der stationären Behandlungsfälle. Zudem wirken sich der Fachkräftemangel im Pflegebereich als auch Personalausfälle sowie die nicht refinanzierten Aufwendungen (Zinsen und Abschreibungen) für das Zwei-Standorte-Konzept belastend auf das Klinikum aus.

Das Klinikum Braunschweig ist als Teil des Konzerns der Stadt Braunschweig in deren Liquiditätsverbund (Cashpool) einbezogen. Gemäß der Neufassung des Vertrags über die gemeinsame Geldanlage und die gegenseitige Bereitstellung von kurzfristigen Finanzierungsmitteln (nachfolgend Cashpool-Vertrag) vom 22. März 2023 beträgt der Höchstbetrag des zugunsten der Cashpooleinheit bereitzustellenden Liquiditätskredits für das operative Geschäft 1 Mio. €, der mit der 1. Ergänzungsvereinbarung ebenfalls vom 22. März 2023 auf 125 Mio. € erhöht wurde. Zwischenzeitlich stand eine Gesamthöhe von 160 Mio. € zur Verfügung. Mit der 18. Ergänzungsvereinbarung zum Cashpool-Vertrag vom 30. April 2025 wurde der Höchstbetrag bis zum 30. April 2026 auf 145 Mio. € abgesenkt. Dieser unterteilt sich in eine strukturelle Linie in Höhe von bis zu 50 Mio. € zur Zwischenfinanzierung struktureller Defizite (Vorfinanzierung Pflegebudget, Corona-Mehrkostenausgleich und -Mindererlösausgleich), eine operative Linie in Höhe von bis zu 30 Mio. € zur Überbrückung betriebsbedingter Liquiditätsengpässe und eine investive Linie in Höhe von bis zu 65 Mio. € zur Zwischenfinanzierung von Investitionsmaßnahmen. Die Cashpool-Ergänzungsverträge werden monatlich beantragt und verlängert, um die Liquidität jeweils für die folgenden zwölf Monate zu sichern.

Für den im Wirtschaftsplan 2024 ausgewiesenen Verlust erfolgte in 2024 eine Auszahlung als Verlustausgleich i.H.v. rd. 53,4 Mio. €, die teils als ratierliche monatliche Zahlungen sowie durch eine Einmalzahlung im September 2024 erfolgt ist. Mit der Ergebnisprognose Q3/2024 hat das Klinikum einen zusätzlichen Verlust i.H.v. rd. 16,4 Mio. € ausgewiesen. Die Stadt Braunschweig wird diesen Verlust vorbehaltlich der Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit durch den städtischen Haushalt übernehmen. Für den im Jahresabschluss 2024 verbleibenden Verlust i.H.v. rd. 6,5 Mio. € soll gemäß dem Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig ein weiterer Ausgleich erfolgen.

Hinsichtlich des im Wirtschaftsplan 2025 ausgewiesenen Verlustes in Höhe von EUR 78,6 Mio. sind im Haushaltsplan 2025/2026 der Stadt Braunschweig Verlustausgleichszahlungen in Höhe von EUR 78,3 Mio. veranschlagt, die dem Klinikum seit Januar 2025 ratierlich in Höhe von EUR 6,5 Mio. pro Monat ausgezahlt werden. Darüber hinausgehende Verlustausgleiche bedürfen eines entsprechenden Ratsbeschlusses. Das Land Niedersachsen hat als zuständige Kommunalaufsicht den Doppelhaushalt der Stadt Braunschweig für die Jahre 2025 und 2026 ohne Auflagen genehmigt.

Die Zahlungsfähigkeit des Klinikums und folglich die Fortführung der Unternehmenstätigkeit sind abhängig von der finanziellen Unterstützung der Alleingesellschafterin Stadt Braunschweig. Durch die finanzielle Unterstützung der Stadt ist die Liquidität des Klinikums nach der zugrundeliegenden Planung für den Prognosezeitraum sichergestellt.

Sofern es zu Abweichungen hinsichtlich der Planungsannahmen mit negativen Auswirkungen auf die Zahlungsfähigkeit kommt und ergänzende Finanzierungsvereinbarungen nicht getroffen werden, wäre der Bestand der Gesellschaft gefährdet.

Diese Ereignisse und Gegebenheiten zeigen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und die ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt.

Braunschweig, 30.05.2025



Dr. med. Andreas Goepfert
Geschäftsführer

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, Braunschweig

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2024

AKTIVA

	31.12.2024		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Software	3.956.952,94		5.931.370,97
2. Geschäfts- oder Firmenwert	9.263.756,00		9.748.444,00
3. Geleistete Anzahlungen	1.910.823,75		2.029.572,81
		15.131.532,69	17.709.387,78
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	376.478.854,19		114.609.417,48
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	273.316,19		273.316,19
3. Grundstücke ohne Bauten	57.999,18		57.999,18
4. Technische Anlagen	3.049.443,62		3.717.468,18
5. Einrichtungen und Ausstattungen	31.365.313,53		23.314.563,71
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	284.869.039,72		402.873.425,36
		696.093.966,43	544.846.190,10
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00		25.000,00
2. Beteiligungen	500,00		500,00
		25.500,00	25.500,00
		711.250.999,12	562.581.077,88
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10.161.146,35		9.628.883,71
2. Unfertige Leistungen	2.425.500,80		2.068.320,08
3. Waren	34.908,84		34.680,46
		12.621.555,99	11.731.884,25
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	52.962.603,67		45.933.106,91
2. Forderungen an Gesellschafter	26.568.379,79		35.100.887,34
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht - davon nach BPflV/KHEntgG: EUR 57.593.187,27 (Vj.: EUR 55.840.286,77)	79.444.729,27		94.735.407,45
4. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00		12.098,73
5. Sonstige Vermögensgegenstände	11.346.523,09		11.459.195,66
		170.322.235,82	187.240.696,09
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten			
		6.002.719,68	17.246.557,37
		188.946.511,49	216.219.137,71
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
Andere Abgrenzungsposten		1.419.034,64	1.194.456,52
		901.616.545,25	779.994.672,11

PASSIVA		
	31.12.2024	Vorjahr
	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL		
1. Gezeichnetes Kapital	18.450.000,00	18.450.000,00
2. Kapitalrücklagen	54.152.266,40	54.152.266,40
3. Gewinnrücklagen	30.619.550,40	30.619.550,40
4. Konzernbilanzverlust	(38.276.300,80)	(32.714.474,20)
- davon Verlustvortrag: EUR -32.714.474,20		
(Vj.: EUR -31.917.933,93)		
	64.945.516,00	70.507.342,60
B. SONDERPOSTEN AUS ZUWENDUNGEN ZUR FINANZIERUNG DES SACHANLAGEVERMÖGENS		
1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	265.758.979,55	246.277.513,49
2. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	247.610,16	333.554,50
	266.006.589,71	246.611.067,99
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Rückstellungen für Pensionen	132.075,00	136.369,00
2. Steuerrückstellungen	4.026.307,92	1.998.123,47
3. Sonstige Rückstellungen	24.439.994,45	24.233.212,02
	28.598.377,37	26.367.704,49
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	30.487.986,86	31.808.766,14
2. Erhaltene Anzahlungen	26.752,35	14.700,00
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	17.654.586,21	18.505.415,21
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	453.477.552,23	339.385.390,54
5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	13.892.806,43	20.930.295,42
- davon nach BpflV/KHEntgG: EUR 2.195.982,24		
(Vj.: EUR 3.613.460,06)		
6. Sonstige Verbindlichkeiten	26.510.769,84	25.039.214,41
- davon aus Steuern: EUR 4.715.163,02		
(Vj.: EUR 4.280.135,19)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 437.083,10		
(Vj.: EUR 563.785,08)		
	542.050.453,92	435.683.781,72
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	15.608,25	824.775,31
	901.616.545,25	779.994.672,11

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	2024		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	361.812.181,88		325.157.934,51
2. Erlöse aus Wahlleistungen	6.828.070,36		6.989.912,92
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	37.083.469,91		31.566.235,99
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	7.590.393,47		10.415.712,34
4a. Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB, soweit nicht in den Nummern 1 bis 4 enthalten	24.265.680,62		20.848.262,97
5. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen/ unfertigen Leistungen	357.180,72		(1.808.378,18)
6. Andere aktivierte Eigenleistungen	1.167.093,19		1.549.186,14
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 11	6.339.994,04		17.874.376,38
8. sonstige betriebliche Erträge - davon Ertragszuschuss Gesellschafter: EUR 69.770.000,00 (Vj.: EUR 49.883.000,00)	81.445.403,26		60.161.800,67
		526.889.467,45	472.755.043,74
9. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	(261.232.869,83)		(234.529.342,35)
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, - davon für Altersversorgung EUR 11.168.113,91 (Vj.: EUR 10.082.022,90)	(57.633.560,56)		(52.392.273,82)
		(318.866.430,39)	(286.921.616,17)
10. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	(93.504.904,40)		(86.616.867,13)
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	(19.429.007,05)		(18.669.543,19)
		(112.933.911,45)	(105.286.410,32)
Zwischenergebnis		95.089.125,61	80.547.017,25
11. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen - davon Fördermittel nach dem KHG EUR 26.032.209,06 (Vj.: EUR 41.662.254,50)	26.032.209,06		41.662.254,50
12. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	10.195.916,36		9.513.173,64
13. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	0,00		14.572,80
14. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	(27.690.828,45)		(43.056.759,44)
15. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	(312.100,28)		(267.895,42)
		8.225.196,69	7.865.346,08
16. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(19.665.876,55)		(16.413.884,49)
17. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(74.317.727,74)		(65.425.888,06)
		(93.983.604,29)	(81.839.772,55)
Zwischenergebnis		9.330.718,01	6.572.590,78
18. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	386.830,32		69.259,42
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon aus Aufzinsung von Rückstellungen: EUR 14.655,00 (Vj.: EUR 29.766,00)	(12.673.361,60)		(5.981.163,76)
		(12.286.531,28)	(5.911.904,34)
20. Steuern - davon vom Einkommen und vom Ertrag EUR 2.566.504,99 (Vj.: EUR 1.421.713,83)		(2.606.013,33)	(1.457.226,71)
21. Konzernjahresfehlbetrag		(5.561.826,60)	(796.540,27)
22. Konzernverlustvortrag		(32.714.474,20)	(31.917.933,93)
23. Einstellung/Entnahme in die Gewinnrücklagen		0,00	0,00
24. Konzernbilanzverlust		(38.276.300,80)	(32.714.474,20)

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH, Braunschweig

LAGEBERICHT UND KONZERNLAGEBERICHT

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2024

Vorbemerkung

Bei dem Lagebericht handelt es sich um eine Zusammensetzung von Lagebericht und Konzernlagebericht nach § 315 Abs. 5 i. V. m. § 298 Abs. 2 HGB. Die Angaben im zusammengefassten Konzernlagebericht beziehen sich – soweit nicht ausdrücklich anders dargestellt – sowohl auf das Mutterunternehmen als auch auf den Konzern maßgeblich prägende Unternehmen, als auch auf den Konzern, da die Tochterunternehmen aus Konzernsicht insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

1 Darstellung des Geschäftsverlaufs

1.1 Allgemeiner Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Im Geschäftsjahr 2024 hat sich die wirtschaftliche Situation der deutschen Krankenhäuser sowie auch der niedersächsischen Krankenhäuser weiter verschärft.

Nach einer Umfrage der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft (NKG) aus Oktober 2024, können 88% der befragten Krankenhäuser die steigenden Sach- und Personalkosten nicht aus den regelmäßigen Erlösen der Patientenversorgung decken. Rund 87% der Krankenhäuser gehen für das Geschäftsjahr 2024 von einem nicht positiven Jahresergebnis aus, dabei sehen sich 9 von 10 niedersächsischen Krankenhäuser in ihrer Existenz bedroht. Aufgrund einer bundesweiten Umfrage des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI, Mai – August 2024) wirken die gestiegenen Personal- und Sachkosten sowie auch die unzulänglichen Investitionsförderungen weiterhin belastend. Zudem geben lt. einer DKI-Umfrage von 2024 88% der befragten Krankenhäuser an, dass sich die nach wie vor anhaltenden Preissteigerungen sehr stark bzw. eher stark auf die Liquiditätssituation auswirken.

Die COVID-19-Pandemie wirkt weiterhin auf den Krankenhausmarkt nach. Neben den ausgelaufenen positiven Sondereffekten (z.B. der Corona-Rettungsschirm, die Energiehilfen) wirken sich die ausstehenden Pflegebudgets, anhaltenden, nicht gegenfinanzierten Kostensteigerungen sowie die nachhaltig gesunkenen stationären Patientenzahlen weiterhin belastend aus.

Diese wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen im Krankenhausmarkt der letzten Jahre spiegeln sich auch in der weiterhin hohen Anzahl an Insolvenzfällen deutscher Kliniken (Anzahl 23 in 2024) wider und zeigen die dringende Notwendigkeit einer effektiven Krankenhausreform inkl. einer Übergangsfinanzierung bis zu ihrem Wirksamwerden.

Wie bereits in den Vorjahren wirkte sich die seit Jahren bestehende Schere zwischen der Tarif- und der Budgetentwicklung belastend auf die Ergebnissituation aus. Die erfolgte Erhöhung des

Landesbasisfallwerts (also die Vergütung für einen Casemixpunkt von 3.995,38 € auf 4.206,94 € um 211,56 € oder ca. 5,30 % in Niedersachsen) ist nicht ausreichend, um die tatsächlichen Kostensteigerungen der Personal- und Sachkosten hinreichend zu decken

Der Krankenstand des Jahres 2024 bewegt sich anhaltend auf hohem Niveau. Dies hat die Leistungserbringung entsprechend beeinflusst, daher wurde zur Kompensation zum Teil auch auf Arbeitnehmerüberlassungen zurückgegriffen.

Im Berichtsjahr verfügte das Klinikum Braunschweig über 1.475 stationäre sowie 24 teilstationäre Planbetten und nahm damit weiterhin die Aufgabe eines Maximalversorgers für stationäre Krankenhausleistungen wahr. In 2024 wurden 50.512 vollstationäre Casemixpunkte aus der Behandlung von 47.242 DRG-Fällen erbracht. Damit konnten sowohl die stationären Fallzahlen als auch die Casemixpunkte gegenüber dem Vorjahr leicht gesteigert werden. Darüber hinaus zeigen sich bei den Erlösen aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses und den anderen Erträgen im Vorjahresvergleich teils deutlich positive Entwicklungen.

Zur Kompensation der beschriebenen zusätzlichen Belastungen hat die Alleingesellschafterin des Mutterunternehmens einen Ertragszuschuss in Höhe von 69,8 Mio. € gewährt. Diese Form von Zuschuss findet auch bei anderen Krankenhäusern in Niedersachsen Anwendung und ist damit marktüblich.

Die Muttergesellschaft weist für 2024 ein negatives Jahresergebnis von -6.499.279,59 € aus und hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um ca. -4,8 Mio. € verschlechtert. Das Ergebnis vor ergebniswirksamen Abschreibungen, Steuern und Zinsaufwendungen (EBITDA) beträgt +18,9 Mio. € und konnte gegenüber dem Vorjahr um 5,3 Mio. € verbessert werden. Vorbehaltlich der Beschlussfassung des Aufsichtsrats und der Gesellschafterversammlung soll der Verlust auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Das Jahresergebnis des Mutterunternehmens (-6,5 Mio. €) wird auch durch Sondereffekte beeinflusst. Zusätzliche Belastungen ergaben sich aus der nachwirkenden COVID-19-Pandemie und weiterhin durch die Folgen des Ukraine-Krieges. Die für 2024 gegenüber dem Vorjahr geplante Leistungssteigerung konnte in Summe nicht vollständig erreicht werden. In den Bereichen Entgelte aus BPfIV/ PEPP- und Pflegebudget liegen die Erlöse nahezu auf Planniveau. Zusätzlich wurden weitere Erlöse aus Vorjahren, z.B. Corona-Ausgleiche sowie Ausgleichs für Liquidität und Kinderzuschläge, berücksichtigt. Im Wesentlichen belasten die überplanmäßigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen das Ergebnis.

Für die im Zusammenhang des Ukraine-Krieges gestiegenen Energiekosten wurden im Rahmen der Maßnahmen der öffentlichen Entlastung die möglichen krankenhausindividuellen Erstattungen durch das Land Niedersachsen in 2024 abschließend beantragt, alle Auszahlungen sind erfolgt.

Die infolge der Corona-Pandemie (seit 2020) deutlich gesunkene Anzahl stationärer Behandlungsfälle bewegt sich anhaltend auf dem Niveau der Vorjahre. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die DRG-Fälle (stationär und teil-stationär) positiv entwickelt (+618 Fälle). Kennzeichnend für 2024 ist nach wie vor auch die angespannte Situation in der Pflege (Fehlen von Fachkräften), die das Klinikum wie alle anderen Häuser in Deutschland betrifft.

Die Budgetverhandlungen sind aufgrund der Corona-Pandemie nachhaltig in Verzug geraten. Für den Bereich der Somatik war der Verhandlungsbeginn für das Pflegebudget 2023 im November 2024, eine vorläufige Einigung für das Pflegebudget 2023 konnte in 2024 nicht erzielt werden. Trotz

Berücksichtigung bei den bisher vereinbarten Pflegebudgets bestehen aufgrund der Ausgleichssystematik weiterhin Restforderungen aus den Jahren 2020 bis 2022. Diese sind in den Folgejahren noch auszugleichen. Gleiches gilt für die Psychatriebudgets von 2020 bis 2023. Die weiteren Budgetbestandteile der Somatik 2023 befinden sich noch in Verhandlung. Dennoch konnten unter Berücksichtigung der Ausgleichsansprüche in den bisher vereinbarten Pflegebudgets die bilanzierten Forderungen gegenüber den Kostenträgern in 2024 auf 25,7 Mio. € abgesenkt werden.

Das Jahr 2024 ist bisher noch nicht verhandelt worden, von daher werden die stationären Pflegeaufwendungen weiterhin nicht angemessen refinanziert.

Für die ausstehenden COVID-19-Mindererlösausgleiche zur Vorhaltung von Kapazitäten für die Behandlung von COVID-19-Patienten aus den Jahren 2021 und 2022 konnte Ende 2024 eine Vereinbarung getroffen werden. Der Liquiditätszufluss ist in 2025 vorgesehen.

Außergewöhnliche Rechtstreitigkeiten gegenüber dem Klinikum sind nicht zu beobachten, lediglich die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (Dezember 2024) zu den Überstundenzuschlägen für Teilzeitkräfte ist hier zu nennen. Die auch im vergangenen Jahr von einigen Krankenkassen erhobenen Beanstandungsverfahren für stationäre Leistungsabrechnungen konnten zum Großteil durch Einigung auf Einzelfallebene abgeschlossen werden. In den letzten beiden Jahren verzeichnet das skbs deutlich weniger Klageverfahren, da durch das MDK-Reformgesetz das Prozessverfahren bei (Abrechnungs-) Streitigkeiten zunächst durch die Kostenträger begonnen werden muss. Für bestehende und neu hinzugekommene Klageverfahren wurde eine entsprechende Risikobewertung getroffen.

Die Baumaßnahmen für den 1. Bauabschnitt am Standort Celler Straße für das Zwei-Standorte-Konzept des Klinikums wurden bereits in 2016 abgeschlossen. Wesentliche Meilensteine in der Celler Straße waren die Fertigstellung des Anbaus für die Erweiterung und Sanierung der Medizinischen Klinik III sowie die Eröffnung der neuen Frauenklinik mit Kinderintensivstation und OP-Zentrum und auch der anschließende Umbau des ehemaligen Gebäudes der Frauenklinik zur Nutzung durch die Geriatrische Klinik. Im Rahmen dieser Baumaßnahme konnte in 2016 auch die Erweiterung und Sanierung der Klinik für Radioonkologie und Strahlentherapie nach 10-jähriger Bauzeit abgeschlossen werden. Daneben wurden im Rahmen des 1. Bauabschnitts am Standort Salzdahlumer Straße, neben der Einrichtung einer Zentralsterilisation und eines neuen Hubschrauberlandeplatzes auch eine neue Zentrale Notaufnahme und eine neue Intensivstation für die Klinik für Herz-, Thorax- und Gefäßchirurgie in Betrieb genommen.

Im Herbst 2020 konnte das neu errichtete Regiegebäude am Standort Salzdahlumer Straße in Betrieb genommen werden. Untergebracht sind hier die Medizinische Klinik VII (Pneumologie und Beatmungsmedizin) sowie die Klinik für Kinder- und Jugendmedizin.

Mit dem Ziel der Fortführung der Baumaßnahmen zur Realisierung der Zwei-Standorte-Planung wurden seit 2016 diverse Gespräche mit den zuständigen Behörden geführt und die Fortschreibung des Förderantrags beantragt.

Für die Investitionsmaßnahme „Betriebsstellenzusammenführung 3 auf 2 Standorte, 2. und 3. BA“ betragen gemäß Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums vom 29. Juni 2023 die voraussichtlichen förderungsfähigen Kosten nach §9.1 KHG ca. 263 Mio. €. Im Verlauf des Projekts konnte bereits eine Fördermittelerhöhung auf 299,1 Mio. € erreicht werden.

Einschließlich des jüngsten Förderbescheids vom 22. November 2024 wurden Fördermittel in Höhe von 199,9 Mio. € bewilligt.

Durch ein Starkregenereignis im Juni 2023 kam es zu wesentlichen Wasserschäden an Bestandsgebäuden und Neubauten. Der Wasserschaden führte zu Betriebsunterbrechungen, teils erheblichen Reparaturarbeiten und nicht realisierten Effizienzen des Zwei-Standorte-Konzepts. Die geplante Inbetriebnahme des „Gebäudeteils Ost“ verzögert sich dadurch von Dezember 2023 auf Dezember 2024. Seit Dezember 2024 verfügt das skbs von daher über die beiden Standorte Salzdahlumer Straße und Celler Straße.

Die Förderquote der Baumaßnahme Zwei-Standorte-Konzept erweist sich mit 37,2% (299,1 Mio. € von 803,2 Mio. €) trotz der oben beschriebenen erreichten Erhöhung als vergleichsweise gering, insbesondere auch im Vergleich zu anderen großen Investitionsprojekten in Niedersachsen (z.B. Klinikum Georgsheil mit 56% Förderquote bzw. auch deutschlandweit 56% Förderquote bei öffentlichen Krankenhäusern, vgl. RWI Krankenhaus Rating Report 2024). Bleibt die Höhe der Förderquote bestehen, folgt daraus ein höherer Fremdfinanzierungsbedarf, welcher sich in einer erheblichen Ergebnis- und Liquiditätsbelastung (durch Zinsen und Abschreibungen bzw. Tilgung) niederschlägt. Um die Förderquote anzuheben, sind weitere Beantragungen derzeit in Ausarbeitung befindlich.

Das Klinikum wurde 2018 erfolgreich nach DIN ISO 9001:2015 zertifiziert. Das Überwachungsaudit im Dezember 2024 konnte als Audit vor Ort erfolgreich abgeschlossen werden. Der Geltungsbereich der Zertifizierung wurde um die Medizinischen Versorgungszentren Salzdahlumer Straße und Celler Straße erweitert. Die Re-Zertifizierung ist durch ein neues Auditorenteam und von einer neuen Zertifizierungsstelle durchgeführt worden.

Neben dem Überwachungsaudit haben verschiedene zusätzliche fachspezifische (Re-)Zertifizierungen in 2024 stattgefunden, u. a. erfolgten: Erstzertifizierung Gütesiegel „Ausgezeichnet“ für Kinder im Sozialpädiatrischen Zentrum, Rezertifizierung Apotheke, Rezertifizierung Vorhofflimmerzentrum, Rezertifizierung Gütesiegel „Ausgezeichnet“ für Kinder in der Klinik für Kinder- und Jugendmedizin.

Im Bereich des Cancer Center Braunschweig (CCB) haben eine Erstzertifizierung und zahlreiche Rezertifizierungen stattgefunden.

In 2023/2024 ist eine Patientenbefragung vor Einführung des digitalen Patientenportals von September bis einschließlich Januar 2024 erfolgt. Ebenfalls ist in 2024 eine Mitarbeiterbefragung vor Zusammenlegung der Standorte S1 und S2 in drei Teilen durchgeführt worden. Beide Befragungen wurden durch einen externen Partner begleitet und ausgewertet.

Im Bereich des Klinischen Risikomanagements sind 40 CIRS-Meldungen getätigt worden, zu welchen insgesamt 30 unterschiedliche Maßnahmen abgeleitet worden sind.

Eine weitere wichtige Säule innerhalb der Stabsstelle QM ist die Dokumentation innerhalb der gesetzlichen Qualitätssicherung sowie die Koordination, das Monitoring und die Überwachung der verschiedenen Leistungsmodule. Bezogen auf die Ergebnisse 2023 kam es in 7 Modulen zu einem Stellungnahme Verfahren, im Jahr 2022 waren es 5.

Innerhalb des Lob- und Beschwerdemanagements gab es im Berichtsjahr 2024 insgesamt 1.175 Vorgänge. Im Vergleich mit 2023 ist die Anzahl der Vorgänge angestiegen.

Außerdem kann auch auf die Mitarbeit des skbs in der Allianz kommunaler Großkrankenhäuser (AKG) hingewiesen werden. Auch die Kennzahlen im Benchmarking dieses Arbeitskreises, dem 28 Akutkrankenhäuser (Stand Ende 2024) mit in der Regel mehr als 1.000 Planbetten angehören, zeigen für das Klinikum zufriedenstellende Ergebnisse.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), der Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und den ergänzenden Vorschriften des GmbHG aufgestellt. Dies schließt die Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein.

Die Gesellschafterin wird über verschiedene Gremien-Sitzungen und Reports regelmäßig über die aktuelle Entwicklung der Gesellschaft in Kenntnis gesetzt. Dies erfolgte in 2024 im Rahmen von sechs Aufsichtsratssitzungen, vier Quartalsberichten sowie monatlicher Berichterstattungen (z.B. durch Versand des Aufsichtsrats-Einseiters).

1.2. Entwicklung der Tochterunternehmen

In den Konzernabschluss der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH wurden im Berichtsjahr wieder die Tochtergesellschaften: Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH, Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH, Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH (MVZ) sowie die Bistro Klinikum Braunschweig GmbH und die skbs.digital GmbH einbezogen. Die Babybauch GmbH wird aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung nach § 296 Abs. 2 HGB nicht im Konzernabschluss dargestellt.

Die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH weist mit ca. 21.300 € (2023: ca. -177.900 €) gegenüber dem Vorjahr ein deutlich verbessertes, positives Jahresergebnis aus. Mit dem Ziel einer energiewirtschaftlichen Optimierung innerhalb des Konzerns Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH wurde die Klinikdienste GmbH ab 01.03.2021 als Energieeinkaufsgesellschaft in den Beschaffungsprozess eingebunden. Mit dem Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH wurde eine Dreiseitigkeitsvereinbarung abgeschlossen. Der Geschäftsbetrieb aller Bistros und Kioske der Bistro Klinikum Braunschweig GmbH wurde zum 29.08.2023 wieder in die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH zurückgeführt (Ausgliederung 2014). Dieser Bereich hatte während der Corona-Krise in den letzten Jahren Verluste generiert, konnte sich aber im Laufe des Jahres 2023 stabilisieren (Wiederöffnung aller Verkaufsstellen im Frühjahr 2023). Weitere Maßnahmen zu einer positiven Entwicklung wurden in 2024 eingeleitet.

Die Bistro Klinikum Braunschweig GmbH weist zum Ende des Geschäftsjahres 2024 ein negatives Jahresergebnis von ca. -5.300 € (2023: ca. 278.500 €) aus. Es fand keine Geschäftstätigkeit in 2024 statt. Das Ergebnis ist im Wesentlichen auf die Rückstellung für die Gebühren der Jahresabschlussprüfung zurückzuführen.

Die Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH weist ein positives Jahresergebnis von ca. 849.100 € (2023: ca. 855.900€) auf. Der Umsatz konnte gegenüber dem Vorjahr deutlich um ca. 42 % gesteigert werden, die Kosten haben sich dementsprechend entwickelt.

Die Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH weist ein positives Jahresergebnis von ca. 53.200 € (2023: ca. -33.800 €) aus. Gegenüber dem Vorjahr ist eine Umsatzsteigerung erzielt worden, die Personalkosten und sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich nicht quotal in gleichem Maße erhöht.

Die skbs.digital GmbH weist einen Überschuss von ca. 16.400 € (2023: ca. 16.100 €) aus. Das Ergebnis entspricht der Wirtschaftsplanung. Die Babybauch GmbH ist seit dem 25.08.2022 eine 100 prozentige Tochter der skbs.digital GmbH. Sie wird aufgrund ihrer untergeordneten Bedeutung nach § 296 Abs. 2 HGB nicht im Konzernabschluss dargestellt.

1.3. Umweltschutz/Arbeitnehmerbelange

Gesundheit und Sicherheit sind im Klinikum sehr präsente Themen. Das Institut für Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit verfolgt das übergeordnete Ziel, die Gesundheit und die körperliche Unversehrtheit aller Beschäftigten im skbs dauerhaft zu erhalten. Neben umfassenden arbeitsmedizinischen ganzheitlichen Vorsorgen und sicherheitstechnischen Leistungen gibt es für unsere Beschäftigten eine Vielzahl an Maßnahmen und Angeboten im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements und der Sozialberatung. Fokusthemen der Sozialberatung sind Konflikte im Team, Resilienz Stärkung und psychische Gesundheit.

Im skbs spielen neben dem Arbeitsschutz auch die Hygienevorschriften eine besondere Rolle. Die hygienischen Kernmaßnahmen sind im hauseigenen Hygienekonzept beschrieben. Im Klinikum gibt es regelmäßige Begehungen durch das Team der Arbeitssicherheit und die hauseigene Hygieneabteilung.

Für Mitarbeiter des skbs stehen ganzheitliche Präventionsangebote und Vorsorgen zur Verfügung (z.B. Darmkrebsscreening). Schwerpunktartig unterstützt das gesamte Institut intensiv das Betriebliche Wiedereingliederungsmanagement, insbesondere bei den Themen Ergonomie, Führungskräftecoaching, Konfliktmanagement am Arbeitsplatz, Generationenkonflikt, Wiedereingliederung nach Krankheit, Prävention am Arbeitsplatz und Rehabilitation.

Die Arbeitsmedizin konnte einige Verträge zur Betreuung externer Unternehmen dazugewinnen. Unter anderem auch Kooperationsverträge mit dem Gemeinde-Unfallversicherungsverband (GuV) und der Feuerwehr Hannover.

Im beruflichen Alltag stoßen die Beschäftigten des skbs immer wieder auf Patienten und Angehörige, die aus unterschiedlichen Gründen ein aggressives oder gewalttätiges Verhalten zeigen. Das Deeskalations-Management konnte über die Stadtgrenzen hinaus mit seiner Expertise unterstützen und führt inzwischen auch Trainings für externe Unternehmen durch.

Der Umweltschutz ist im Klinikum Braunschweig gleichrangig mit anderen Unternehmenszielen. Regelmäßig werden die Mitarbeitenden über die umweltrelevanten Auswirkungen zu beispielsweise Abfällen bei ihren Tätigkeiten durch Schulungen und mit Hilfe des Dokumentenmanagementsystems informiert. Im Klinikum gibt es regelmäßige Begehungen auf den Abfallsammelplätzen und Stationen/ Funktionsbereichen durch das Team des Umweltschutzes.

1.4 Leistungsindikation der Muttergesellschaft

Für den Jahresabschluss ergeben sich folgende wesentliche Größen und finanzielle Leistungsindikatoren:

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2024 896,9 Mio. € (Vorjahr: 776,9 Mio. €), Anlagevermögen ist in Höhe von 701,7 Mio. € (Vorjahr 552,4 Mio. €) ausgewiesen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 7,5 % (Vorjahr: 9,5 %) und unter Einbezug der Sonderposten 37,2 % (Vorjahr:

41,3 %). Das Anlagevermögen ist zu 47,5 % (Vorjahr: 58,0 %) durch Eigenkapital und Fördermittel sowie vollständig durch Eigenkapital, Fördermittel und langfristige Fremdmittel finanziert

Die Gesellschaft weist ein negatives Jahresergebnis von ca. -6,5 Mio. € (Vorjahr: -1,7 Mio. €) aus.

Der Umsatz des Geschäftsjahres beträgt 417,0 Mio. € (Vorjahr: 379,0 Mio. €).

Daraus ergibt sich eine Umsatzrentabilität von -1,6 % (Vorjahr: -0,5 %). Die Personalaufwandsquote beträgt 68,0 % (Vorjahr: 67,9 %). Die Materialaufwandsquote liegt bei 31,4 % (Vorjahr: 31,5 %), jeweils bezogen auf die Betriebsleistung.

1.5 Ertragslage der Muttergesellschaft

Der Abschluss der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH weist ein negatives Jahresergebnis von -6.499.279,59 € aus. Im Vorjahr betrug der Jahresfehlbetrag -1.732.612,23 € €. Damit liegt das Ergebnis um ca. 4,8 Mio. € unter dem des Vorjahres.

Der Ertragszuschuss der Alleingesellschafterin (69,8 Mio.€) hat das Ergebnis positiv beeinflusst.

Bei den Erlösen aus stationären Krankenhausleistungen ergibt sich eine Steigerung um ca. 36,7 Mio. € oder 11,3 % auf 361,8 Mio. €. Bei den DRG-Leistungen ergibt sich gegenüber dem Vorjahr ein Leistungszuwachs um 618 stationäre DRG-Fälle. Weiterhin sind hier periodenfremde Erlöse i.H. 16,5 Mio. € enthalten. Die periodenfremden Erlöse resultieren im Wesentlichen aus der Nachberechnung von Corona Ausgleichen in Höhe von 7,3 Mio. €, von der Berechnung von Liquiditätsausgleichen bis 2023 in Höhe von 5,6 Mio. € und des Pflegeerlöses bis 2023 in Höhe von 1,2 Mio. €.

Dennoch sind dieser Zuwachs und der erhöhte Landesbasisfallwert nicht ausreichend, um die zunehmende Kosten- und Erlösschere zu kompensieren.

Die bilanzierten Forderungen für die Pflegebudgets 2020 bis 2024 haben sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 15,6 Mio. € vermindert.

Für das Jahr 2024 konnte das Pflegebudget bisher noch nicht verhandelt werden, von daher sind die stationären Pflegeaufwendungen weiterhin nicht angemessen refinanziert.

Die einzelnen Erlöspositionen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar: Die Erlöse aus Wahlleistungen sind um ca. 0,2 Mio. € gesunken und die Erlöse aus ambulanten Leistungen haben sich um ca. 1,4 Mio. € erhöht. Diese lassen sich vorrangig durch den Anstieg der Zytostatika (+1,6 Mio. €) erklären. Die Erlöse aus den Nutzungsentgelten der Ärzte haben sich gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Mio. € auf 7,6 Mio. € vermindert. Die sonstigen Umsatzerlöse haben sich um ca. 2,8 Mio. € auf 17,3 Mio. € erhöht. Die Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand haben sich um ca. 10,4 Mio. € auf 6,3 Mio. € vermindert. Dies ist maßgeblich auf das Auslaufen des Finanzausgleichs gem. § 26f KHG zurückzuführen. Die anderen sonstigen betrieblichen Erträge sind um 21,7 Mio. € auf 81,1 Mio. € gestiegen. Diese beinhalten auch den Ertragszuschuss der Alleingesellschafterin i.H.v. ca. 69,8 Mio. € (Vj. 49,9 Mio. €) in 2024, die kaufmännisch vorsichtige Auflösung von Rückstellungen auf 1,1 Mio. € (Vj. 2,6 Mio. €) sowie Erstattung von Versicherungen i.H.v. 7,4 Mio. €.

Die Position Bestandsveränderung durch unfertige Leistungen ist im Vergleich zum Vorjahr um ca. 2,2 Mio. € gestiegen. Dieser Anstieg ergibt sich maßgeblich durch höhere Erlöse aus Überliegern im Vergleich zum Vorjahr. Die übrigen Erlöspositionen zeigen unwesentliche Veränderungen im Vorjahresvergleich.

Insgesamt sind die betrieblichen Erträge mit einem Volumen von rund 505,9 Mio. € um 51,4 Mio. € oder 11,3 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Ursächlich sind hierfür maßgeblich die gestiegenen Erlöse aus Krankenhausleistungen (+ 37,9 Mio. €), der Ertragszuschuss der Alleingesellschafterin (+19,9 Mio. €) in 2024, die realisierten wirtschaftlichen Erfolge aus der Fortführung des skbs.performance Programms und die Erstattung von Versicherungen (+ 2,5 Mio. €).

Mit ca. 283,4 Mio. € stellt der Personalaufwand die größte Aufwandsposition dar. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg um ca. 25,9 Mio. € oder 10,1 % zu verzeichnen. Die Zahl der Vollkräfte hat sich zum Jahresende um ca. 246 auf ca. 3.745 (aktiv und passiv) erhöht, dabei ist die Anzahl der aktiven Vollkräfte um ca. 273 auf ca. 3.383 gestiegen. Der festzustellende Personalkostenanstieg ist primär auf Tarifeinflüsse und die steigende Anzahl der aktiven Vollkräfte zurückzuführen.

Der Umsatz je (aktiver) Vollkraft hat bei gestiegenem Umsatz und steigender Beschäftigung von ca. 121.900 € auf ca. 123.300 € im Berichtsjahr zugenommen. Die Kennziffer Casemixpunkte je Vollkraft ist von ca. 15,9 im Vorjahr auf 14,9 in 2024 gesunken. Die Kennziffer Casemixpunkte je Vollkraft Ärztlicher Dienst (Pflegekraft) ist von 94,97 (42,22) in 2023 auf 94,34 (41,16) in 2024 gesunken. Die Personalaufwandsquote bezogen auf den Umsatz beträgt 68,0 % und ist im Vergleich zum Vorjahr leicht um ca. 0,1 % gestiegen.

Die Materialaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 11,5 Mio. € oder 9,7 % gestiegen und weisen nun ein Volumen von rund 130,8 Mio. € auf.

Die Kostenentwicklung beim medizinischen Bedarf bewegt sich im stationären Bereich parallel zur Leistungsentwicklung. Hier bringt insbesondere die aufgrund der Medizinstrategie gewollte Verschiebung hin zu schwereren „Maximalversorger-DRG“ einen höheren Sachkosteneinsatz und damit einen höheren Aufwand im Bereich Medizinischer Sachbedarf mit sich.

Im ambulanten Bereich macht sich die dynamische Entwicklung im Bereich der ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung (ASV) mit einem gestiegenen Verbrauch bemerkbar. Diesem Verbrauch stehen hier aber direkte auskömmliche Sachkostenerlöse gegenüber.

Weiterhin ist eine Kostensteigerung aufgrund des Umzugs des Standorts Holwedestraße zu verzeichnen. Die Kosten für den Einsatz von pflegerischem Fremdpersonal konnten reduziert werden.

Die Aufwendungen für Wasser und Energie sind im Berichtsjahr geringfügig um ca. 0,2 Mio. € oder 1,6 % auf ca. 10,5 Mio. € gesunken. Dabei sind Strom um 0,2 Mio. € und Wasser/Abwasser um 0,3 Mio. € gestiegen. Fernwärme ist um 0,4 Mio. €, Gas um 0,2 Mio. € und Öl um 0,1 Mio. € gefallen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um ca. 8,7 Mio. € oder 13,5 % auf 72,9 Mio. € gestiegen. Diese Überschreitung wurde maßgeblich durch die Bereiche IT-Wartung, (+ 2,9 Mio. € vs. Vj.), IT-Dienstleistungen (+ 1,0 Mio. € vs. Vj.), Instandhaltung (+ 4,2 Mio. € vs. Vj.), Mieten (+ 0,7 Mio. € vs. Vj.) und Mieten für Gebrauchsgüter (+ 2,2 Mio. € vs. Vj.) verursacht. Die periodenfremden Aufwendungen sind auf ca. 6,1 Mio. € gegenüber 5,3 Mio. € im Vorjahr gestiegen. Maßgeblich handelt es sich um Korrekturen von Ausgangsrechnungen sowie nachträglich erhaltene Eingangsrechnungen.

Das Ergebnis vor ergebniswirksamen Abschreibungen, Steuern und Zinsaufwendungen (EBITDA) beträgt +18,9 Mio. € gegenüber +13,6 Mio. € im Vorjahr.

Die Abschreibungen betragen ca. 18,9 Mio. € und sind zum Vorjahr um 2,9 Mio. € gestiegen. Diese Steigerung resultiert im Wesentlichen aus der Inbetriebnahme des Neubau OST und der Radiologie (inkl. MRT Modul-Container). Aufgrund der Auflösung von Sonderposten werden davon lediglich 8,7

Mio. € ergebniswirksam (im Vorjahr: 6,5 Mio. €). Belastungen im Umfang von ca. 0,3 Mio. € ergaben sich aus der Nutzung geförderter Anlagegüter für ambulante Zwecke. Die zutreffende Ermittlung der Abschreibung wurde in den vergangenen Geschäftsjahren und auch für das abgelaufene Geschäftsjahr 2024 durch den Wirtschaftsprüfer im Rahmen des Jahresabschlusses geprüft und bestätigt. Die Abschreibungen erfolgen unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Die Abschreibungen werden pro rata temporis ermittelt.

Im vergangenen Jahr wurde das Jahresergebnis in Millionenhöhe durch Finanzierungs- und Abschreibungsaufwendungen aus dem Immobilienbereich belastet (Summe Zins- und Abschreibungsbelastung 2024 i.H.v. 21,0 Mio. € zu 12,4 Mio. € in 2023), wie bereits im vergangenen Jahr auch aus der Trennungsrechnung 2023 hervorging. Ebenso wird für 2024 im Nachgang eine Trennungsrechnung aufgestellt, welche die Belastungen des abgelaufenen Jahres feststellt. Es muss festgestellt werden, dass das skbs durch die im bundesweiten Durchschnitt öffentlicher Träger (56%, vgl. RWI Krankenhaus Rating Report 2024) aber auch landesweiten Durchschnitt (45%, vgl. RWI Krankenhaus Rating Report 2024) deutlich geringere Förderquote (nur 37,2%) in Millionenhöhe belastet ist. Bei Annahme einer bundesweiten Förderquote von 56% wäre das Jahresergebnis 2024 des skbs um mehrere Millionen Euro besser ausgefallen, insbesondere durch geringere Abschreibungs- und Zinsbelastungen.

Zinserträge sind auch im Berichtsjahr nur in zu vernachlässigender Höhe angefallen. Die Zinsaufwendungen betragen insgesamt ca. 12,3 Mio. € (Vorjahr: 5,9 Mio. €). Diese sind auf Zinsen für Bank- und Gesellschafterdarlehen zurückzuführen. Die höheren Zinsaufwendungen entsprechen der höheren Verschuldung. Diese sind einerseits durch die wachsenden Kreditaufnahmen für das Zwei-Standorte-Konzept und andererseits durch Liquiditätskredite für vorrangig strukturelle Belastungen im operativen Bereich bedingt. Auch das wieder gestiegene Zinsniveau wirkt sich verstärkend aus. Auch hier muss festgestellt werden, dass das skbs durch die oben genannte niedrige Förderquote von 37,2% gegenüber dem bundesweiten Durchschnitt öffentlicher Krankenhäuser (56%) eine deutlich erhöhte Zinsaufwandsquote ausweist und das Ergebnis hierdurch massiv in Millionenhöhe belastet ist. Bei Annahme einer bundesweiten Förderquote von 56% wäre das Jahresergebnis 2024 des skbs um mehrere Millionen € besser ausgefallen, insbesondere durch die geringere Zinsbelastung.

Der Steueraufwand liegt mit ca. 2,6 Mio. € deutlich über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ergibt sich aufgrund einer Nachzahlung der Besteuerung der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe durch die Betriebsprüfung der Jahre 2015 bis 2019. Dies resultiert hauptsächlich aus einer Nachberechnung aus Erlösen aus Chefarzt-Ambulanzen.

Insgesamt spiegelt sich die wirtschaftliche Entwicklung auch in den Rentabilitätskennzahlen wider. Die Umsatzrentabilität beträgt ca. -1,6 % (Vorjahr ca. -0,5 %). Die bilanzielle Eigenkapitalrentabilität liegt bei rund 9,6 % gegenüber ca. -2,3 % im Vorjahr.

Der Vergleich mit dem Wirtschaftsplan 2024 zeigt beim Umsatz eine Unterschreitung um ca. 0,2 Mio. €. Hierin sind weitere Erlöse aus Vorjahren berücksichtigt, z.B. Corona-Ausgleiche sowie Ausgleichs für Liquidität und Kinderzuschläge. Die Summe der betrieblichen Erlöse und Erträge liegt insgesamt um ca. 66,1 Mio. € über der Planung für 2024.

Bei den Personalaufwendungen wird die Planung um ca. 4,7 Mio. € unterschritten, was u.a. auf den Einsatz von Arbeitnehmerüberlassung im Bereich des Pflegedienstes zurückzuführen ist. Die Kosten dafür sind nicht im Personalaufwand, sondern im Wirtschaftsbedarf enthalten. Die Materialaufwendungen überschreiten die Planung um ca. 2,3 Mio. €. Hier konnten in einigen Bereichen durch strukturierte Paketeinkäufe erhebliche Einsparungen generiert werden.

Aufwandserhöhend wirkten sich hingegen ungeplante Preissteigerungen, insbesondere bei Produkten mit geopolitisch bedingten Lieferschwierigkeiten aus. Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wird die Planung um ca. 8,6 Mio. € überschritten. Die Entwicklung der hierin enthaltenen Konten „IT Wartung“ und „IT-Dienstleistungen“ spiegelt die Folgen der immer stärker zunehmenden Digitalisierung im Klinikum wider. Diese gestaltet sich, auch aufgrund gestiegener gesetzlicher Vorgaben, in den Bereichen IT-Sicherheit, Personal und Patientenmanagement dynamischer als geplant. Die erhebliche Aufwandssteigerung des durch die IT-Hersteller erzwungenen Wechsels auf Cloudanwendungen ist in der allgemeinen Fallwertsteigerung (LBFW) nicht berücksichtigt. Im Wirtschaftsplan für 2024 war ein Jahresergebnis von -53,5 Mio. € angestrebt. In diesem Ergebnis war ein pauschaler Restrukturierungsbeitrag i.H.v. 5,0 Mio. € enthalten, das Wirtschaftsplanergebnis vor Restrukturierungsbeitrag betrug -58,5 Mio. €. Zum Zeitpunkt der Planung wurden Annahmen getroffen, da entsprechende Rechtsprechung oder Veränderungswerte erst unterjährig in 2024 final festgelegt wurden. Aufgrund des Ertragszuschusses der Gesellschafterin i.H.v. 69,8 Mio. € wurde ein Ergebnis von -6,5 Mio. € erzielt.

1.6 Finanzlage der Muttergesellschaft

Die Finanzlage des Klinikums kann auch im Berichtsjahr als gesichert bezeichnet werden. Unter den liquiden Mitteln werden zum 31. Dezember 2024 ca. 4,6 Mio. € ausgewiesen, die allerdings nicht in vollem Umfang zur freien Verfügung der Gesellschaft stehen.

Aufgrund des mit der Stadt Braunschweig aktualisierten Rahmenvertrags und 18. Ergänzungsvertrags über die Bereitstellung von kurzfristigen Finanzierungsmitteln beläuft sich die operative Linie auf 30 Mio. € bis zum 30.04.2026. Der Cashpool-Vertrag wird nach Liquiditätsbedarf fortlaufend monatlich neu mit der Trägerin verhandelt. Weiterhin steht zur Finanzierung der strukturellen Belastungen eine strukturelle Linie (z.B. Vorfinanzierung des Pflegebudgets) i.H.v. 50 Mio. € aktuell bis zum 30.04.2026 zur Verfügung.

Zur Finanzierung der lfd. Baumaßnahmen hat die Gesellschafterin langfristige Darlehen mit einem Restbestand zum 31. Dezember 2024 von ca. 370,0 Mio. € gewährt, hinzu kommt ein Bankdarlehen mit einem Restbestand von ca. 30,5 Mio. €. Weiterhin besteht aufgrund des o.g. Rahmenvertrags mit der aktuellen 18. Ergänzung eine investive Linie zur Zwischenfinanzierung i.H.v. 65 Mio. € bis zum 30.04.2026.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind mit ca. 50,1 Mio. € im Vorjahresvergleich um ca. 6,3 Mio. € gestiegen. Der Forderungsanstieg ist u.a. auf erhöhte Forderungen gegenüber Kassen und Sonstigen (+3,5 Mio. €) zurückzuführen. Die zutreffende Ermittlung der Forderungen wurde in den vergangenen Geschäftsjahren und auch für das abgelaufene Geschäftsjahr 2024 durch den Wirtschaftsprüfer im Rahmen des Jahresabschlusses geprüft und bestätigt. Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert unter Abzug von Wertberichtigungen angesetzt.

1.7 Vermögenslage der Muttergesellschaft

Die Bilanzsumme des Klinikums ist in 2024 um ca. 120,1 Mio. € auf 896,9 Mio. € gestiegen. Die Veränderung lässt sich im Wesentlichen durch die im Berichtsjahr getätigten Investitionen in die Anlagen im Bau von 155,7 Mio. € erklären. Davon gehören 0,1 Mio. € nicht auf das Zwei-Standorte-Konzept. Die Abschreibungen von ca. 18,9 Mio. € wirken gegenläufig. Insgesamt erklärt sich der

Anstieg der Bilanzsumme vorwiegend aus der Zunahme des Anlagevermögens (+149,3 Mio. €), diesem steht die Abnahme des Umlaufvermögens (-29,5 Mio. €) entgegen.

Das Vorratsvermögen ist gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Mio. € gestiegen.

Die zum 31. Dezember 2024 ausgewiesene Position Forderungen an den Krankenhausträger (26,6 Mio. €) weist im Wesentlichen den von der Stadt Braunschweig beschlossenen Ertragszuschuss sowie die Cashpool-Vereinbarung über Fördermittel aus.

Hinsichtlich der Veränderungen der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und der Flüssigen Mittel wird auf die Ausführungen zur Finanzlage verwiesen. Hinzuweisen ist auch auf den Rückgang der Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht um ca. 15,3 Mio. € auf ca. 79,4 Mio. €, der sich vorrangig aus dem Rückgang der Forderungen nach § 9 Abs. 1 KHG i.H.v. ca. -15,1 Mio. € ergibt. Die Forderungen aus dem Pflegebudget (ca. -15,6 Mio. €) haben sich reduziert und die sonstigen Forderungen nach dem KHG (ca. +17,4 Mio. €) erhöht. Die sonstigen Vermögensgegenstände weisen einen Rückgang von ca. 0,5 Mio. € aus, dieser ergibt sich u.a. im Bereich der Forderungen der Ausbildungszuschläge i.H.v. ca. -0,4 Mio. €.

Insgesamt weist das Klinikum Eigenkapital im Umfang von 67,5 Mio. € aufgrund des Jahresergebnisses von -6.499.279,59 € aus. Die bilanzielle Eigenkapitalquote bezogen auf die Bilanzsumme ist im Vorjahresvergleich von 9,5 % auf 7,5 % gesunken. Der Rückgang ergibt sich aus dem Anstieg der Bilanzsumme. Zu bemerken ist, dass Gewinne seit Bestehen der Gesellschaft dem Eigenkapital zugeführt werden. So betragen die Gewinnrücklagen ca. 28,5 Mio. €. Diese sind durch den Verlustvortrag vollständig aufgebraucht.

Das Anlagevermögen ist zu ca. 47,5 % durch Eigenkapital und Fördermittel (Sonderposten) sowie vollständig durch Eigenkapital, Fördermittel (Sonderposten) und langfristige Fremdmittel finanziert.

Für erkennbare Risiken wurde wie in den Vorjahren durch den Wirtschaftsprüfer testiert Rückstellungen in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag gebildet. Die zutreffende Ermittlung der Rückstellungshöhe wurde auch für das abgelaufene Geschäftsjahr 2024 durch den Wirtschaftsprüfer im Rahmen des Jahresabschlusses geprüft. Die Rückstellungen betragen insgesamt ca. 26,9 Mio. € und sind im Vorjahresvergleich um ca. 2,1 Mio. € gestiegen. Die Veränderung erklärt sich vorrangig durch die Veränderung der Rückstellung für die Steuernachzahlung (ca. +2,0 Mio. €), durch Rückstellungen aus nicht genommenem Urlaub (ca. +1,0 Mio. €), für MDK-Risiken (ca. -0,4 Mio. €), Rückstellungen für Mehrarbeitsstunden (ca. +0,5 Mio. €) und für Altersteilzeit (ca. -0,8 Mio. €).

1.8 Investitionen

Das Anlagevermögen des Klinikums weist Zugänge im Umfang von ca. 168,2 Mio. € auf. Hiervon entfallen ca. 155,7 Mio. € auf Baumaßnahmen, insbesondere Baumaßnahmen am Standort Salzdahlumer Straße.

Die Anschaffungskosten für das bewegliche Anlagevermögen, insbesondere für die Beschaffung medizinischer Geräte, betrugen ca. 14,7 Mio. €. Des Weiteren wurde für den Bereich IT immaterielles Anlagevermögen im Umfang von ca. 1,1 Mio. € beschafft.

Das Gesamtbudget des Zwei-Standorte-Konzepts beläuft sich auf 803,2 Mio. €. Davon ist per Ende 2024 ein Betrag von 585,7 Mio. € erfasst worden.

Das Zwei-Standorte-Konzept stellt für das Klinikum das größte Investitionsvorhaben der vergangenen Jahre dar. Der erste Spatenstich fand 2006 am Standort Celler Straße statt. Im Jahr 2016 wurden dort die letzten Arbeiten des 1. Bauabschnitts abgeschlossen. Finanziert wurde dieser 1. Bauabschnitt durch das Land Niedersachsen mit einem Festbetrag in Höhe von 43 Mio. €. Das Klinikum Braunschweig steuerte Eigenmittel in Höhe von rund 41,5 Mio. € bei. Der Finanzierungsbedarf konnte durch Refinanzierungsmittel aus Vorjahren bereitgestellt werden.

Mit dem 2. Bauabschnitt wurde 2014 begonnen. Hier standen primär Baumaßnahmen am Standort Salzdahlumer Straße und die Zusammenlegung der Kliniken auf 2 Standorte im Vordergrund. Die Baumaßnahmen wurden mit dem Bezug des Neubau Ost erfolgreich umgesetzt.

Daneben wurden in 2024 pauschale Fördermittel des Landes Niedersachsen nach § 9 Abs. 3 KHG in Höhe von ca. 6,0 Mio. € für (Wieder-)Beschaffungen von kurzfristigen Anlagegütern sowie kleine bauliche Maßnahmen zur Verfügung gestellt.

1.9 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns

Die Ausführungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Mutterunternehmens gelten entsprechend auch für den Konzern, da die Tochterunternehmen aus Konzernsicht insgesamt von untergeordneter Bedeutung sind.

Unterschiede ergeben sich insbesondere aus der Anwendung der Rechnungslegungsvorschriften der KHBV im Einzelabschluss des Mutterunternehmens und der HGB-Vorschriften für den Konzernabschluss. Anders als im Einzelabschluss des Mutterunternehmens wird in dem nach HGB aufgestellten Konzernabschluss der Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung nach KHBV in Höhe von 11,8 Mio. € (Vorjahr: 11,8 Mio. €) mit dem Eigenkapital verrechnet.

Für den Konzernabschluss ergeben sich somit folgende wesentliche Größen und finanzielle Leistungsindikatoren:

Der Konzern weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von -5,6 Mio. € (Vorjahr: - 0,8 Mio. €) aus.

Die Konzernbilanzsumme zum Stichtag beträgt 901,6 Mio. € (Vorjahr: 780,0 Mio. €), das Anlagevermögen wird in Höhe von 711,2 Mio. € (Vorjahr: 562,6 Mio. €) ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote beträgt 7,2 % (Vorjahr: 9,0 %).

Das Anlagevermögen ist zu 46,5 % durch Eigenkapital und Fördermittel und in voller Höhe durch Eigenkapital, Fördermittel und langfristige Fremdmittel finanziert.

Der Konzernumsatz des Geschäftsjahres beträgt 437,6 Mio. € (Vorjahr: 395,0 Mio. €). Daraus ergibt sich eine Umsatzrentabilität des Konzerns von -1,3 % (Vorjahr: -0,2 %). Die Personalaufwandsquote beträgt 72,9 % (Vorjahr: 72,6 %). Die Materialaufwandsquote liegt bei 25,8 %, gegenüber 26,7 % im Vorjahr.

Hinsichtlich der Entwicklung und Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Vorjahresvergleich gelten die Ausführungen zum Mutterunternehmen entsprechend.

2 Chancen- und Risikobericht

Die bestehenden Chancen und Risiken für den Konzern ergeben sich im Wesentlichen aus den Chancen und Risiken der Muttergesellschaft.

Auf Basis der aktuellen Rahmenbedingungen im gesundheitspolitischen Bereich (das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) ist am 12.12.2024 Inkrafttreten) wurde unter zu Hilfenahme der Leistungsgruppen aus NRW in 2024 eine Medizinstrategie für die kommenden Jahre entwickelt. Dabei wurde das Leistungsangebot detailliert betrachtet und auf das Zielbild eines Level 3 Versorgers hin optimiert.

Diese Medizinstrategie wurde durch einen externen Berater begutachtet. Der Aufsichtsrat hat die Medizinstrategie des skbs zustimmend zur Kenntnis genommen und sie wurde von der Gesellschafterversammlung beschlossen.

Bis zur Umsetzung der Krankenhausreform (voraussichtlich frühestens 2029) besteht in dieser Konvergenzphase eine fortdauernde finanzielle Unterdeckung des Klinikums. Diese wurde im Rahmen einer Mehrjahresplanung beziffert und im Rat der Stadt Braunschweig verabschiedet.

Damit wurden die prognostizierten Jahresergebnisse im Rahmen der Haushaltsplanung der Stadt Braunschweig berücksichtigt.

Die Umsetzung der Medizinstrategie wird durch ein neues Ergebnis-Verbesserungs-Programm flankiert. Die Maßnahmen und der Stand der Umsetzung der Medizinstrategie soll durch einen externen Berater bewertet und dem Aufsichtsrat regelmäßig vorgestellt werden.

Den gravierenden Auswirkungen der auch in 2024 nachwirkenden COVID-19-Pandemie (u.a. Verhandlungsstau mit verzögertem Zufluss der Refinanzierung des Pflegebudget) und den Auswirkungen des Ukraine-Krieges (Preis-/ Zinssteigerungen, Unterbrechung von Lieferketten, Lieferverzügen, etc.) wurden durch unterschiedliche Maßnahmen zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage gegengesteuert. Diese Aktivitäten werden in 2025 kontinuierlich fortgeführt und erweitert.

Nach wie vor kommt der Entwicklung des stationären Budgets des Klinikums im Leistungsbereich des KHEntgG, die maßgeblich vom Landesbasisfallwert abhängt, besondere Bedeutung zu. Der Landesbasisfallwert ist in 2024 von 3.995,38 € auf 4.206,94 € um 211,56 € oder um ca. 5,30 % gestiegen. Hieraus ergeben sich keine neuen finanziellen Spielräume.

Da seit Jahren Kostensteigerungen, insbesondere durch tarifliche Veränderungen im Personalbereich, nicht über entsprechende Anhebungen der Vergütungen ausgeglichen werden konnten, hatte sich bereits in der Vergangenheit eine sogenannte „Tarif-Erlösschere“ aufgebaut. Durch die Anhebung des Landesbasisfallwertes in 2020 um ca. 3,8 %, in 2021 um ca. 2,1 %, in 2022 um ca. 2,3 %, in 2023 um ca. 4,4 % und 2024 um ca. 5,3 % konnte der bestehenden Unterfinanzierung nur unzureichend entgegengewirkt werden.

Die für 2024 gegenüber dem Vorjahr geplante Leistungssteigerung konnte in Summe nicht vollständig erreicht werden. In den Bereichen Entgelte aus BPfIV/ PEPP- und Pflegebudget liegen die Erlöse nahezu auf Planniveau. Bei den DRG-Erlösen konnte aufgrund der bereits beschriebenen Rahmenbedingungen das geplante Ergebnis nicht realisiert werden. Auch in 2025 ist davon auszugehen, dass die Rahmenbedingungen weiterhin keine Ergebnisverbesserung durch Leistungssteigerungen zulassen. Die Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen ändern sich aufgrund der Neuerungen im Zuge der Krankenhausfinanzierung und weitergehenden Ambulantisierung maßgeblich. Die aktive Auseinandersetzung mit den neuen Gegebenheiten und Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen sind bedeutend für die Zukunft des Klinikums.

Bedeutsam für die wirtschaftliche Lage des Mutterunternehmens und des Konzerns sind die zum Teil noch ausstehende Pflegeerlöse seit 2020. Das Jahr 2024 ist bislang noch nicht verhandelt worden, von daher werden die stationären Pflegeaufwendungen weiterhin nicht angemessen refinanziert. Für die vereinbarten Pflegebudgets 2020 bis 2022 bestehen weiterhin Restforderungen. Die Budgetverhandlung im Bereich der Somatik für das Jahr 2023 sind in Verhandlung, eine vorläufige Vereinbarung ist Anfang 2025 getroffen worden. Das Jahr 2024 ist bislang noch nicht verhandelt worden. Aus der fehlenden Refinanzierung der stationären Pflegeaufwendungen ergibt sich ein erheblicher zusätzlicher Liquiditätsbedarf, der vorfinanziert werden muss.

Aufgrund des Ukraine-Krieges haben sich nicht nur Lieferengpässe von benötigten Gütern ergeben, die daraus resultierenden Preis- und Zinsanstiege haben das Kostengefüge nachhaltig erhöht. Nicht nur das steigende Preisniveau, sondern auch die Erhöhung des Zinsniveaus belasten die Kostenseite. Dies stellt insbesondere vor dem Hintergrund des hohen Investitionsvolumens für das Zwei-Standorte-Konzepts ein Risiko dar, da die Investitionen nur unzureichend mit Fördermitteln gegenfinanziert sind. Diese Kosten sind in der Landesbasisfallwertentwicklung nicht berücksichtigt und belasten damit direkt das Ergebnis.

Aus diesen Gründen müssen die Kosten fortlaufend weiter reduziert werden, um die wirtschaftliche Situation in 2025 und den Folgejahren zu verbessern. Ein in 2019 bis 2023 durchgeführtes skbs.performance Programm hat einen Ergebniseffekt in zweistelliger Millionenhöhe erzielt. Die aus dem Programm erzielten Effekte wirken auch nachhaltig positiv in den Folgejahren fort. In diesem Zusammenhang wurde das Projektmanagement im Klinikum grundlegend angepasst. Die Restrukturierungen befinden sich weiterhin in Umsetzung, aktuell wurde der Projektprozess neu aufgesetzt. Durch den internen Know-how-Aufbau werden Beratungsleistungen weiter reduziert, beispielsweise durch den personellen Aufbau im Bereich des Projektmanagements, der Finanzplanung und der IT-Betreuung.

Risiken ergeben sich grundsätzlich aus der weiteren Entwicklung der Personal- und Sachkosten, die nicht auskömmlich gegenfinanziert werden, ebenso aus der Erfüllung des Versorgungsauftrages als Maximalversorger, den operativen Problemen aufgrund der andauernden umfangreichen baulichen Tätigkeiten sowie den in Umbruch befindlichen weitreichenden Strukturänderungen für den Gesundheitsbereich, deren Auswirkungen noch nicht final absehbar sind.

Der für 2024 geplante Umzug des Standorts in der Holwedestraße in die neue Zentralklinik an der Salzdahlumer Straße ist im Dezember 2024 erfolgreich umgesetzt worden. Aufgrund des Umzugsdatums werden Kosteneinsparungen und Synergien frühestens im Jahr 2026 sichtbar. Es ist zu berücksichtigen, dass durch die Aufgabe noch Folgekosten in 2025 (z.B. Kosten für das Auf- und Abräumen) entstehen werden. Außerdem müssen die Gebäude und Grundstücke bis zur Veräußerung bewirtschaftet (Heizung, Sicherheitskontrollen, Straßenreinigung, Grundsteuer usw.) werden, was weitere laufende Kosten mit sich bringt.

Die Stellenbesetzung, insbesondere im Bereich der Pflege, hat sich im Jahr 2024 weiter positiv entwickelt. Mittlerweile werden konstant über 100 Bewerbungen pro Monat generiert. Die Marktsituation für die Gewinnung von Pflegekräften gestaltet sich – sowohl regional als auch überregional – für einen Maximalversorger weiterhin vorteilhaft. Herausfordernder stellt sich hingegen die Situation im ärztlichen Bereich dar, insbesondere ab Facharztniveau. Ein zentrales Risiko für alle Kernzielgruppen – sowohl in der Pflege als auch in dem ärztlichen Dienst und der Verwaltung – bleibt der demographische Wandel. Dieser wirkt sich sowohl durch den Abgang erfahrener Fachkräfte als auch durch die erschwerte Gewinnung neuer Mitarbeitender negativ auf die

Personalverfügbarkeit aus. Zur Risikominimierung wurde ein gezieltes Projekt initiiert, das strategische und operative Maßnahmen zur Personalgewinnung definiert und implementiert.

Über das bereits in 2019 neu eingerichtete und in 2024 aktualisierte Mitarbeiterportal „myskbs“ erhalten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kontinuierlich und ohne Zeitverzug aktuelle Informationen zu unterschiedlichsten aktuellen Themen. Den Mitarbeitenden stehen zudem stets aktuelle Handlungsrichtlinien zur Verfügung. Über das hauseigene Bildungszentrum steht ein breitgefächertes Fortbildungsprogramm zur Verfügung. Pflichtschulungen können zeitlich unabhängig von allen Mitarbeitenden über ein E-Learning-Portal absolviert werden.

Im Personalmanagementsystem „Workday“, das in 2023 eingeführt wurde, finden sich zahlreiche digitale Prozesse rund um das Personalwesen. Das System wird stetig ausgebaut mit dem Ziel, als primäres Personalmanagementsystem sämtliche Personalvorgänge in einem digitalen System abzubilden. Diese Maßnahmen dienen der Mitarbeiterbindung und fortlaufenden Prozessverbesserung.

Im Zuge der Durchführung der weiteren Baumaßnahme des 2. BA am Standort Salzdahlumer Straße hat sich bereits in 2016 herausgestellt, dass die etwa 10 Jahre alte Bauplanung nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen des Klinikums entspricht. So haben sich organisatorische, konzeptionelle und wirtschaftliche Mängel ergeben, die eine neue Konzeption erforderlich machte. Da die notwendigen Planungsänderungen nicht im laufenden Betrieb erfolgen konnten, wurde in 2016 eine Unterbrechung der Baumaßnahme beschlossen, um die noch verbleibenden Möglichkeiten für eine konzeptionelle Aktualisierung zu nutzen. Ein grundsätzliches Konzept für eine zukunftsorientierte Planung wurde aufgestellt und mit den zuständigen Behörden abgestimmt. Bereits im Jahr 2019 konnte mit der Fortführung der Baumaßnahmen begonnen werden.

In Bezug auf die Errichtung einer Hochgarage am Standort Salzdahlumer Straße wurden in 2020 ein Bau- und Betriebsvertrag, ein Erbbaurechtsvertrag mit einer Laufzeit von 40 Jahren und ein Bewirtschaftungsvertrag über die bereits vorhandenen Parkflächen des Klinikums geschlossen. In 2021 wurde die Hochgarage fertiggestellt.

Mit dem Ziel der Fortführung der Baumaßnahmen zur Realisierung der Zwei-Standorte-Planung wurden seit 2016 diverse Gespräche mit den zuständigen Behörden geführt und die Fortschreibung des Förderantrags beantragt.

Für die Investitionsmaßnahme „Betriebsstellenzusammenführung 3 auf 2 Standorte, 2. und 3. BA“ betragen gemäß Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums vom 29. Juni 2023 die voraussichtlichen förderungsfähigen Kosten nach §9.1 KHG ca. 263,0 Mio. €. Im Verlauf des Projekts konnte bereits eine Fördermittelerhöhung auf 299,1 Mio. € erreicht werden. Einschließlich des jüngsten Förderbescheids vom 22. November 2024 wurden Fördermittel in Höhe von 199,9 Mio. € bewilligt.

Das mit Abstand größte und bereits eingetretene Risiko bei der Durchführung der Bauprojekte ergibt sich durch eintretende Zeitverzögerungen in einzelnen Bauabschnitten. Teilweise können spezielle Leistungen nicht wie vorgesehen beauftragt werden, da keine und nur zu unzureichende entsprechenden Angebote fristgerecht für die gestellten Ausschreibungen eingehen. Das Gegensteuern, um dennoch das Ziel zu erreichen, erfordert einen stetig wachsenden zeitlichen und finanziellen Aufwand. Nach derzeitigem Stand ist eine Trendwende nicht erkennbar.

Risiken in Bezug auf Finanzinstrumente sowie Preisänderungs- und Ausfallrisiken sind aufgrund der im Wesentlichen in öffentlicher Trägerschaft stehenden Kostenträger und der ausschließlichen Fakturierung in Euro überschaubar.

Um Zinsänderungen bei der Finanzierung des Zwei-Standorte-Konzepts optimal zu gestalten, besteht ein regelmäßiger Austausch in einem städtischen Arbeitskreis „AG-Treasury“. Kreditaufnahmen des Klinikums liefen bisher über die Stadt Braunschweig im Rahmen der Experimentierklausel. Ab dem Jahr 2025 hat der niedersächsische Landtag eine Änderung des niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) beschlossen. Dabei wurde die Konzernfinanzierung (bisher: Experimentierklausel) dauerhaft im NKomVG verankert. Nach der neuen Regelung sind sowohl Aufnahmen von Investitions- als auch Liquiditätskrediten möglich, diese setzen aber einen Ratsbeschluss voraus. Auch in 2025 und den Folgejahren ist die Aufnahme weiterer langfristiger Investitionsdarlehen gemäß den investiven Ausgaben notwendig.

Zur Deckung des entstehenden Liquiditätsbedarfs im operativen, strukturellen und investiven Bereich besteht mit der Stadt Braunschweig als Träger des Klinikums eine Cashpool-Vereinbarung. Mit Wirkung ab dem 01. April 2023 besteht ein aktualisierter Rahmenvertrag mit derzeit achtzehn Änderungsverträgen und einer Laufzeit bis zum 30. April 2026. Weitere Beantragungen für Verlängerungen sind mit jeweils monatlicher Beantragung über den 30.04.2026 hinaus vorgesehen.

3 Prognosebericht

In den letzten Jahren haben sich die Rahmenbedingungen für die deutschen Krankenhäuser entscheidend gewandelt. Durch die Pandemie ist eine grundlegende Veränderung des Gesundheitswesens erfolgt. Die deutlich gesunkenen stationären Fallzahlen im deutschen Gesundheitswesen werden aller Voraussicht nach nicht mehr umkehrbar sein. Der Krieg in Europa hat zu einem deutlichen Kostenanstieg in vielen Bereichen geführt, hier ist vor allem auch der Baubereich betroffen. Eine deutlich gestiegene Inflation hat langfristige Kostensteigerungen zur Folge, was insbesondere auch Materialaufwendungen betrifft. Maßgebliche Tarifsteigerungen belasten die Personalaufwendungen als größten Kostenblock eines Krankenhauses nachhaltig, die Steigerungen werden nur erheblich verzögert und teilweise unzureichend refinanziert. Das gestiegene Zinsniveau wird sich daher auch in den Folgejahren nachhaltig auf das Ergebnis auswirken.

Die Krankenhausreform ist gemäß Beschluss des Bundesrats vom 22.11.2024 mit der endgültigen Verabschiedung des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) zum 01.01.2025 in Kraft getreten. Dies stellt den Startschuss für einen weitreichenden Umbau der stationären Versorgung dar. Die genauen strukturellen und wirtschaftlichen Effekte der geplanten Reform sind weiterhin unklar. Die Krankenhausreform, die sich für das skbs als Maximalversorger als finanziell vorteilhaft erweisen sollte, wird sich aufgrund langer Übergangsfristen dennoch erst in einigen Jahren vollumfänglich bemerkbar machen. Die strukturelle Unterfinanzierung bleibt bis dahin bestehen und führt in den nächsten Jahren weiterhin zu erheblichen Belastungen.

Eine Umfrage der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft in 2024 hat ergeben, dass weiterhin mehr als die Hälfte (56 Prozent) der Krankenhäuser in Niedersachsen ihre wirtschaftliche Existenz bis zum Wirksamwerden der geplanten Krankenhausreform als gefährdet ansehen.

Die Gewinnung von Fachpersonal insbesondere im pflegerischen Bereich ist eine andauernde Herausforderung. Zusätzlich verschärft durch geänderte Personalstrukturvorgaben des Gesetzgebers, die einen höheren Personalbedarf bedingen.

Mögliche Auswirkungen der aktuellen geopolitischen Entwicklungen auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind nicht absehbar.

Die Wirtschaftsplanung geht für das Klinikum für das Jahr 2025 von einem negativen Jahresergebnis von -78,3 Mio. € aus. Durch den laufenden Fortschritt im Rahmen der Baumaßnahmen des Zwei-Standorte-Konzepts steigt die Belastung des Jahresergebnis aus dem Immobilienbereich (wie bereits in der Vergangenheit durch die Trennungsrechnung festgestellt) im laufenden Jahr weiter, da Zinsaufwendungen und Abschreibungen entsprechend weiterwachsen. Im vergangenen Jahr wurde ein Handbuch für die Trennungsrechnung erstellt, um die Methodik noch weiter zu präzisieren. Hierbei wurde ein strukturierter Prozess implementiert, der in Abstimmung mit der Stadt Braunschweig entwickelt und im Aufsichtsrat dargestellt und beschlossen wurde. Mit dem Jahresabschluss 2025 wird diese Methodik erstmalig zur Anwendung kommen. Das Klinikum erhält für 2025 bereits eine monatliche ratierte finanzielle Unterstützung der Alleingesellschafterin.

Der Wirtschaftsplan 2025 unterstellt für das Klinikum einen Umsatz von ca. 459,7 Mio. €, der um ca. 42,8 Mio. € über dem in 2024 erreichten Umsatz liegt. Unter Einbeziehung des Pflegebudgets (ab 2020 neue Refinanzierungslogik) liegt der Erlösplanung ein Leistungsbudget von 54.815 voll- und teilstationären Casemixpunkten zugrunde. Dieser Wert unterschreitet die Planung des Vorjahres um ca. 1.200 Casemixpunkte und berücksichtigt die aktuelle Markt- und Leistungsentwicklung.

Die für 2025 geplante Personalaufwandsquote bezogen auf den Umsatz liegt bei 70,0 %. Dies entspricht in Bezug auf die Ist-Personalkosten 2024 einer Steigerung von 11,9%. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in der Planung für 2025 aufgrund der seinerzeit laufenden Tarifverhandlungen von einer Personalkostensteigerung von 10 % im Ärztlichen Dienst (Marburger Bund) und den nicht ärztlichen Dienst (TVÖD-VKA) von 5% ausgegangen wurde. Zum Zeitpunkt der Planung lagen noch keine geeinten Tarifsteigerungen vor, sodass von Annahmen auszugehen war. Die Einigung des Marburger Bundes und der VKA liegen innerhalb der vorgenommenen Planung. Im Rahmen der Tarifverhandlungen TVÖD liegt aktuell noch kein Ergebnis vor, da hier die Schlichtung eingeleitet wurde.

Die Materialaufwandsquote beträgt 31,4 % und liegt damit 4,7 % höher als der Istwert 2024.

Die Planung für 2025 unterstellt ein Ergebnis vor ergebniswirksamen Abschreibungen, Steuern und Zinsen (EBITDA) von ca. -50,3 Mio. €. Dieser Wert liegt um ca. 69,2 Mio. € unter dem im Berichtsjahr erreichten Ansatz. Zu berücksichtigen ist hier der Ertragszuschuss der Gesellschafterin i.H.v. 69,8 Mio. € für das Jahr 2024.

Die Wirtschaftsplanung 2025 für den Konzern weist aufgrund der weiterhin sehr herausfordernden und schwierigen Rahmenbedingungen sowie der hohen Belastungen des skbs durch Abschreibungs- und Zinsaufwendungen ein negatives Jahresergebnis von ca. -77,9 Mio. € aus. Für alle Tochterunternehmen werden positive Jahresergebnisse geplant. Hier werden moderate Umsatzanstiege eingeplant, die die entsprechenden Kostenentwicklungen ausgleichen und zu stabilen Ergebnissen führen sollen.

Die Wirtschaftsplanung für das Klinikum berücksichtigt die wesentlichen zum Planungszeitpunkt im Herbst des vergangenen Jahres erwarteten Veränderungen. Auch die bis zur Aufstellung des Wirtschaftsplanes für 2025 bekannten ordnungspolitischen Vorgaben für das Planjahr wurden berücksichtigt. Hinsichtlich des Landesbasisfallwertes wurde für das Geschäftsjahr ein Betrag von 4.522,46 € planerisch berücksichtigt. Dabei wurde nach der aktuellen Informationslage zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanung (September 2024) unterstellt, dass über das KHVG eine vollständige Refinanzierung der Tariflohnsteigerungen über die Anpassung des Landesbasisfallwertes in Anwendung des vollen Orientierungswertes umgesetzt wird. Der vorläufige Landesbasisfallwert beläuft sich für 2024 auf 4.386,27 €. Eine Verhandlung über die zu berücksichtigenden Tarifeffekte 2025 kann erst nach Abschluss der Verhandlungen zwischen verdi

und dem VKA erfolgen. Danach kann die Abstimmung zwischen der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft und den niedersächsischen Krankenkassen erfolgen, um den Abschluss in den LBFW für Niedersachsen zu überführen. Es wird von einem Zufluss der bis zur Neubestimmung entstandenen Differenz über einen anteilig erhöhten Landesbasisfallwert für die Restlaufzeit in 2025 ausgegangen. Erfahrungen zur Umsetzung liegen aufgrund der erstmaligen Anwendung in 2025 jedoch nicht vor. Unabhängig davon bleibt jedoch erneut festzuhalten, dass die Kliniken wieder in eine Vorfinanzierung der Tarifsteigerungen gezwungen werden.

Die von Bund und Ländern geplante Krankenhausreform ist in ihrer genauen Ausgestaltung weiterhin ungewiss und bietet den Krankenhäusern weiterhin keine finale Planungssicherheit. Die in 2024 vom skbs entwickelte Medizinstrategie bietet auf Basis der bisher vorliegenden Informationen die Grundlage, um dem Versorgungsauftrag bestmöglich und wirtschaftlich optimiert nachzukommen.

Die aktuell vorliegenden Daten zur wirtschaftlichen Lage zeigen für 2025 hinsichtlich der Leistungs-, Ertrags- und Aufwandsentwicklung im Vergleich zur Planung bisher keine unerwarteten Abweichungen. Jedoch ist anzumerken, dass aufgrund der noch nicht vorhersehbaren politischen Veränderungen auf Bundesebene im weiteren Jahresverlauf entsprechende Abweichungen zu den zugrundeliegenden Annahmen entstehen können.

Der Medizinische Sachbedarf als größte Position des Materialaufwands entwickelt sich in den ersten Monaten 2025 planmäßig zum Niveau der Leistungserbringung. Die im Rahmen der Medizinstrategie verstärkte Umsteuerung hin zu schwereren erlösstärkeren DRG verursachen zwangsläufig höhere Sachkosten. Weiterhin werden durch die strukturierten Einkaufsaktivitäten zusätzliche Einsparungen realisiert.

Durch die Auflassung des Standortes Holwedestraße im Dezember 2024 sowie durch die zeitgleich durchgeführten Umsiedlungen am Standort Salzdahlumer Straße und durch die Inbetriebnahme des Gebäudeteil Ost (erster Teil der neuen Zentralklinik) erbringt das skbs seine Leistungen nun an zwei Standorten: Dem Standort Salzdahlumer Straße und dem Standort Celler Straße. Der mit dieser Übersiedlung einhergehende Change Prozess wird mindestens das gesamte Jahr 2025 andauern. In Folge wird davon ausgegangen, dass sich wesentliche Effizienzgewinne, Leistungserhöhungen und Kostensenkungen realisieren lassen.

Für 2025 wird für die Baumaßnahmen im Rahmen des Zwei-Standorte-Konzepts ein Fremdfinanzierungsbedarf von rd. 90 Mio. € erwartet. Die kalkulierten Gesamtkosten für das Zwei-Standorte-Konzept mit ergänzenden Infrastrukturmaßnahmen und Changemanagement-Projekten belaufen sich nach aktuellem Stand auf ca. 803 Mio. €.

Zur Finanzierung der Baumaßnahmen sollen weitere Gesellschafter- bzw. Finanzmarktdarlehen aufgenommen werden.

Unabhängig davon wird darauf hingewiesen, dass die tatsächliche Entwicklung von unseren Erwartungen abweichen kann.

Der Niedersächsische Krankenhausplan weist seit dem 1. Januar 2017 für das Klinikum Braunschweig 1.475 vollstationäre und 24 teilstationäre Betten aus.

Aufgrund der hohen und langwierigen Verzögerung der Budgetverhandlungen und ausstehenden Refinanzierungen der Pflegebudgets seit 2020 ist davon auszugehen, dass auch längerfristig von

einem erheblich zusätzlichen Liquiditätsbedarf auszugehen ist, auch wenn die gesetzliche Regelung (KHPfIEG) ab dem Vereinbarungszeitraum 2026 vorsieht, dass dann jeweils bis zum 31. Juli des laufenden Jahres eine Vereinbarung vorliegen soll.

Die Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH befindet sich weiterhin in einer angespannten Liquiditätslage. Diese resultiert insbesondere aus den Nachwirkungen der Corona-Pandemie, Kostensteigerungen bedingt durch den Ukraine-Krieg und einer Deckungslücke der Personal- und Sachkosten durch das Budget des Klinikums. Mit der Corona-Pandemie erfolgte ein anhaltender Rückgang der stationären Behandlungsfälle. Zudem wirken sich der Fachkräftemangel im Pflegebereich als auch Personalausfälle sowie die nicht refinanzierten Aufwendungen (Zinsen und Abschreibungen) für das Zwei-Standorte-Konzept belastend auf das Klinikum aus.

Das Klinikum Braunschweig ist als Teil des Konzerns der Stadt Braunschweig in deren Liquiditätsverbund (Cashpool) einbezogen. Gemäß der Neufassung des Vertrags über die gemeinsame Geldanlage und die gegenseitige Bereitstellung von kurzfristigen Finanzierungsmitteln (nachfolgend Cashpool-Vertrag) vom 22. März 2023 beträgt der Höchstbetrag des zugunsten der Cashpooleinheit bereitzustellenden Liquiditätskredits für das operative Geschäft 1 Mio. €, der mit der 1. Ergänzungsvereinbarung ebenfalls vom 22. März 2023 auf 125 Mio. € erhöht wurde. Zwischenzeitlich stand eine Gesamthöhe von 160 Mio. € zur Verfügung. Mit der 18. Ergänzungsvereinbarung zum Cashpool-Vertrag vom 30. April 2025 wurde der Höchstbetrag bis zum 30. April 2026 auf 145 Mio. € abgesenkt. Dieser unterteilt sich in eine strukturelle Linie in Höhe von bis zu 50 Mio. € zur Zwischenfinanzierung struktureller Defizite (Vorfinanzierung Pflegebudget, Corona-Mehrkostenausgleich und -Mindererlösausgleich), eine operative Linie in Höhe von bis zu 30 Mio. € zur Überbrückung betriebsbedingter Liquiditätsengpässe und eine investive Linie in Höhe von bis zu 65 Mio. € zur Zwischenfinanzierung von Investitionsmaßnahmen. Die Cashpool-Ergänzungsverträge werden monatlich beantragt und verlängert, um die Liquidität jeweils für die folgenden zwölf Monate zu sichern.

Für den im Wirtschaftsplan 2024 ausgewiesenen Verlust erfolgte in 2024 eine Auszahlung als Verlustausgleich i.H.v. rd. 53,4 Mio. €, die teils als ratierliche monatliche Zahlungen sowie durch eine Einmalzahlung im September 2024 erfolgt ist. Mit der Ergebnisprognose Q3/2024 hat das Klinikum einen zusätzlichen Verlust i.H.v. rd. 16,4 Mio. € ausgewiesen. Die Stadt Braunschweig wird diesen Verlust vorbehaltlich der Leistungsfähigkeit und Finanzierbarkeit durch den städtischen Haushalt übernehmen. Für den im Jahresabschluss 2024 verbleibenden Verlust i.H.v. rd. 6,5 Mio. € soll gemäß dem Beschluss des Rates der Stadt Braunschweig ein weiterer Ausgleich erfolgen.

Hinsichtlich des im Wirtschaftsplan 2025 ausgewiesenen Verlustes in Höhe von EUR 78,6 Mio. sind im Haushaltsplan 2025/2026 der Stadt Braunschweig Verlustausgleichszahlungen in Höhe von EUR 78,3 Mio. veranschlagt, die dem Klinikum seit Januar 2025 ratierlich in Höhe von EUR 6,5 Mio. pro Monat ausgezahlt werden. Darüber hinausgehende Verlustausgleiche bedürfen eines entsprechenden Ratsbeschlusses. Das Land Niedersachsen hat als zuständige Kommunalaufsicht den Doppelhaushalt der Stadt Braunschweig für die Jahre 2025 und 2026 ohne Auflagen genehmigt.

Die Zahlungsfähigkeit des Klinikums und folglich die Fortführung der Unternehmenstätigkeit sind abhängig von der finanziellen Unterstützung der Alleingesellschafterin Stadt Braunschweig. Durch die finanzielle Unterstützung der Stadt ist die Liquidität des Klinikums nach der zugrundeliegenden Planung für den Prognosezeitraum sichergestellt.

Sofern es zu Abweichungen hinsichtlich der Planungsannahmen mit negativen Auswirkungen auf die Zahlungsfähigkeit kommt und ergänzende Finanzierungsvereinbarungen nicht getroffen werden, wäre der Bestand der Gesellschaft gefährdet.

Diese Ereignisse und Gegebenheiten zeigen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und die ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt.

Braunschweig, 30.05.2025



Dr. med. Andreas Goepfert
Geschäftsführer

Babybauch GmbH, Braunschweig
Bilanz zum 31. Dezember 2024

AKTIVSEITE

	31.12.2024		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	48.950,00		12.100,00
2. Geleistete Anzahlungen	<u>0,00</u>		<u>33.400,00</u>
		48.950,00	45.500,00
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.217,76		0,00
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>30.400,00</u>		<u>22.672,05</u>
		33.617,76	22.672,05
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		<u>15.529,27</u>	<u>66.574,48</u>
		49.147,03	89.246,53
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		2.396,69	2.512,31
		100.493,72	137.258,84

Vonof

PASSIVSEITE

	31.12.2024		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag		14.140,12	9.998,26
III. Jahresüberschuss		<u>510,35</u>	<u>4.141,86</u>
		39.650,47	39.140,12
B. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Steuerrückstellungen	9.020,00		8.850,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>6.188,00</u>		<u>5.100,00</u>
		15.208,00	13.950,00
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.368,71		41.669,99
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	28.789,62		12.098,73
3. Sonstige Verbindlichkeiten	14.476,92		30.400,00
- davon aus Steuern: EUR 13.526,92 (Vj.: EUR 30.400,00)	<u></u>		<u></u>
		45.635,25	84.168,72
		100.493,72	137.258,84



Babybauch GmbH, Braunschweig
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	2024 EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	122.448,00	190.928,40
2. Aufwendungen für bezogene Leistungen	(32.951,79)	(36.209,96)
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	(16.550,00)	(24.199,81)
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(72.454,80)	(124.704,31)
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	264,37	241,74
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(5,69)	(0,46)
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(239,74)	(1.913,74)
8. Jahresüberschuss	510,35	4.141,86



Bistro Klinikum Braunschweig GmbH, Braunschweig
Bilanz zum 31. Dezember 2024

AKTIVSEITE			
	31.12.2024		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
Sonstige Vermögensgegenstände		1.007,23	0,00
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		<u>18.826,95</u>	<u>30.833,40</u>
		19.834,18	30.833,40
		19.834,18	30.833,40



PASSIVSEITE			
	31.12.2024		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		25.000,00	25.000,00
II. Verlustvortrag		(5.100,00)	(283.566,36)
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss		<u>(5.265,82)</u>	<u>278.466,36</u>
		14.634,18	19.900,00
B. RÜCKSTELLUNGEN			
Sonstige Rückstellungen		5.200,00	5.100,00
C. VERBINDLICHKEITEN			
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		0,00	5.833,40
		19.834,18	30.833,40



Bistro Klinikum Braunschweig GmbH, Braunschweig
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	2024	Vorjahr
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	0,00	752.477,71
2. Sonstige betriebliche Erträge	0,00	473.544,20
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	<u>0,00</u>	<u>(362.346,15)</u>
		0,00
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	0,00	(351.527,56)
b) Soziale Abgaben	<u>0,00</u>	<u>(77.868,01)</u>
		0,00
5. Abschreibungen auf Sachanlagen		0,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(5.410,80)	(19.068,67)
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	145,01	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(0,03)	(10.459,15)
- davon an verbundene Unternehmen: EUR 0,00 (Vj.: EUR 10.459,15)		
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>0,00</u>	<u>(3.352,78)</u>
10. Ergebnis nach Steuern	<u>(5.265,82)</u>	<u>278.466,36</u>
11. Jahresfehlbetrag/-überschuss	<u>(5.265,82)</u>	<u>278.466,36</u>



Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH, Braunschweig
Bilanz zum 31. Dezember 2024

A K T I V A	31.12.2024		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Geschäfts- oder Firmenwert		317.966,00	354.654,00
II. Sachanlagen			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		<u>411.353,00</u>	<u>452.038,00</u>
		729.319,00	806.692,00
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte		77.289,85	67.992,33
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	882.239,83		949.762,39
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	668,13		5.833,40
3. Forderungen gegen Gesellschafter	2.710.387,60		2.311.946,11
4. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>67.320,61</u>		<u>64.382,37</u>
		3.660.616,17	3.331.924,27
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		<u>208.780,31</u>	<u>672.920,41</u>
		3.946.686,33	4.072.837,01
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		3.159,45	5.265,75
		4.679.164,78	4.884.794,76



PASSIVA			
	31.12.2024		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		25.650,00	25.650,00
II. Gewinnvortrag		1.136.196,55	1.314.070,83
III. Jahresfehlbetrag/-überschuss		<u>21.284,54</u>	<u>(177.874,28)</u>
		1.183.131,09	1.161.846,55
B. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Steuerrückstellungen	200.034,39		198.342,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>424.190,01</u>		<u>602.130,33</u>
		624.224,40	800.472,33
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.007.922,23		436.387,18
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	347.625,78		1.302.509,18
3. Sonstige Verbindlichkeiten	1.516.261,28		1.183.579,52
- davon aus Steuern: EUR 271.954,02 (Vj.: EUR 136.097,76)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 47.019,79 (Vj.: EUR 36.454,03)			
	<u></u>	<u>2.871.809,29</u>	<u>2.922.475,88</u>
		4.679.164,78	4.884.794,76

Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH, Braunschweig
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	2024		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		29.988.991,92	25.713.966,01
2. Sonstige betriebliche Erträge		167.127,76	1.317.406,63
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	(6.379.288,53)		(6.552.564,68)
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>(581.089,29)</u>		<u>(133.776,15)</u>
		(6.960.377,82)	(6.686.340,83)
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	(18.474.087,83)		(16.312.959,12)
b) Soziale Abgaben	<u>(3.797.235,87)</u>		<u>(3.387.065,94)</u>
		(22.271.323,70)	(19.700.025,06)
5. Abschreibungen auf Sachanlagen		(225.910,66)	(180.110,95)
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		(691.858,25)	(533.834,53)
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		13.400,14	3.880,90
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		(4.759,49)	(4.258,67)
- davon an verbundene Unternehmen: EUR 4.759,49 (Vj.: EUR 4.258,67)			
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		<u>11.965,31</u>	<u>(105.141,78)</u>
10. Ergebnis nach Steuern		27.255,21	(174.458,28)
11. Sonstige Steuern		<u>(5.970,67)</u>	<u>(3.416,00)</u>
12. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		<u>21.284,54</u>	<u>(177.874,28)</u>



Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH, Braunschweig

L A G E B E R I C H T

FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2024

Vorbemerkung

Die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH ist ein Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH und wird als solche in den Konzernabschluss der Muttergesellschaft einbezogen. Aufgrund der Größenkriterien des § 267 HGB handelt es sich bei der Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH um eine mittelgroße Kapitalgesellschaft, für die ein separater Lagebericht aufzustellen ist.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1.1 Allgemeiner Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Als Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH erbringt die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH diverse Dienstleistungen für das Mutterunternehmen. Hierzu zählen neben allgemeinen Unterhaltsreinigungen auch Glasreinigungen, Transportdienste sowie der Haus- und Hofdienst. Daneben werden Mitarbeiter/-innen der Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH in den Informationen des Klinikums, den Spülküchen sowie als Menüassistenten/-innen auf den Stationen eingesetzt. Dienstleistungen für Konzernfremde nehmen seit 2014 einen kontinuierlich steigenden Anteil an, da nach und nach Reinigungsleistungen für Verwaltungsgebäude, Schulen der Stadt Braunschweig und auch für die Stadtbad Braunschweig Sport und Freizeit GmbH erbracht werden.

Die Nachfrage nach Dienstleistungen mit dem Schwerpunkt der Unterhaltsreinigung entwickelt sich seit Jahren mit stabilen Zuwächsen. An der Wettbewerbssituation und der Marktstellung des Unternehmens hat sich im Vergleich mit dem Vorjahr nichts Wesentliches geändert.

Durch Gründung der Bistro Klinikum Braunschweig GmbH zum 01. Januar 2014 wurde der Betrieb der Bistros und Kioske an den Standorten des Städtischen Klinikums Braunschweig von der Klinikdienste GmbH in diese neue Gesellschaft übertragen.

Der Geschäftsbetrieb aller Bistros und Kioske der Bistro Klinikum Braunschweig GmbH wurde zum 29.08.2023 wieder in die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH zurückgeführt. Alle Aktiva und Passiva der Bistro Klinikum Braunschweig GmbH wurden an die nachfolgende Gesellschaft verkauft, alle Erlöse und Kosten der bisherigen Bistro Klinikum Braunschweig GmbH werden über die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH abgebildet.

Der Geschäftsbetrieb des Geschäftsbereichs Bistro umfasst folgende Dienstleistungen: Bisto Standort Celler Straße und Salzdahlumer Straße jeweils mit Kioskbetrieb, Wasserwelt, Automaten, Catering, Lieferservice für Mitarbeiter.

Die Zahl der aktiv beschäftigten Vollkräfte liegt zum Jahresende 2024 bei 579 VK.

Mit dem Ziel einer energiewirtschaftlichen Optimierung und der damit verbundenen Erschließung eines potentiellen Einsparvolumens innerhalb des Konzerns Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH wurde die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH ab 01.03.2021 als Energieeinkaufsgesellschaft in den Beschaffungsprozess eingebunden und zwischen dem Elektrizitätsversorgungsunternehmen und der Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH anstelle der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH eine Dreiseitigkeitsvereinbarung abgeschlossen.

Das Unternehmen war in der Vergangenheit durch einen Wachstumsprozess gekennzeichnet mit nahezu stetiger Ausweitung der für die Muttergesellschaft und für die Stadt Braunschweig zu erbringenden Leistungen. Infolge der im Frühjahr 2020 beginnenden COVID-19-Pandemie mussten allerdings in 2021 leichte Rückgänge des von der Muttergesellschaft beauftragten Leistungsvolumens hingenommen werden. Seit 2022 wurden hier nun wieder Umsatzanstiege erzielt. Weiter zugenommen haben auch Leistungen für die Stadt Braunschweig und deren Tochtergesellschaften.

Dies bildet sich auch in den Umsatzerlösen ab, die im Jahr 2024 um ca. 4,3 Mio. € auf ca. 30,0 Mio. € und damit um 16,6 % gestiegen sind. Der Anstieg der Umsatzerlöse ergibt sich vorrangig aus einer positiven Geschäftsentwicklung im Bereich der Reinigung sowie dem Anstieg aus den Erträgen aus dem Stromverkauf um rd. 0,5 Mio. €. Die Leistungen für die Muttergesellschaft sind um ca. 2,6 Mio. € und für die Stadt Braunschweig sowie deren Tochtergesellschaften um ca. 1,6 Mio. € gestiegen.

1.2 Leistungsindikation

Für den Jahresabschluss ergeben sich folgende wesentliche Größen und finanzielle Leistungsindikatoren:

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2024 4.679 T€ (Vorjahr: 4.885 T€). Anlagevermögen ist in Höhe von 729 T€ (Vorjahr: 807 T€) ausgewiesen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 25,3 % (Vorjahr: 23,8 %). Das Anlagevermögen ist unverändert vollständig durch Eigenkapital finanziert.

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss von 21 T€ (Vorjahr: Jahresfehlbetrag -178 T€) aus.

Der Umsatz beträgt 30,0 Mio. € (Vorjahr: 25,7 Mio. €). Daraus ergibt sich eine Umsatzrentabilität von 0,1 % (Vorjahr: -0,7 %). Die Personalaufwandquote beträgt 74,3 % (Vorjahr: 76,6 %). Die Materialaufwandquote beträgt 21,8 % (Vorjahr: 26,0 %).

1.3 Ertragslage

Der Abschluss der Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH weist einen Jahresüberschuss von 21.284,54 € aus. Damit liegt das Ergebnis um ca. 199.200 € über dem Vorjahr und ca. 12.700 € unter der Wirtschaftsplanung für 2024. Maßgeblich für die Abweichung zum Vorjahresergebnis ist die Reintegration des Geschäftsbetriebs aller Bistros und Kioske zum 30.08.2023 in die Gesellschaft.

Die Analyse der Ertragslage zeigt, dass die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um 16,6 % gestiegen sind, während der Personalaufwand um 13,1 % zugenommen hat. Die Materialaufwendungen haben sich um 4 % erhöht. Während die Lebensmittel um rd. 390 T€ zugenommen haben, sind die Stromkosten um rd. 640 T€ gefallen.

Die periodenfremden Aufwendungen betragen rd. 438 T€ und resultieren vorrangig aus einer Nachberechnung für Strom. Die periodenfremden Erträgen i.H.v. rd. 590 T€ ergeben sich ebenfalls fast ausschließlich aus Erträgen aus Strom.

Die Gewinn- und Verlustrechnung zeigt für 2024 keine unerwarteten Entwicklungen.

1.4 Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft zeigt in 2024 weiterhin eine stabile Entwicklung. Die Forderungen an den Gesellschafter haben um ca. 398.400 € zugenommen und die

Gesellschaft verfügt über liquide Mittel im Umfang von ca. 209.000 €. Hier ergibt sich ein Rückgang um ca. 464.000 € im Vorjahresvergleich.

Die seitens der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH eingeräumte Kreditlinie von 300.000 € wurde von der Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH zum Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommen.

Seitens der Gesellschaft wurde in 2024 eine Kreditlinie von bis zu 1 Mio. € (je nach Verfügbarkeit bei der Gesellschaft) für die Muttergesellschaft Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH eingerichtet. Diese wurde seitens der Muttergesellschaft in 2024 nicht in Anspruch genommen.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist stabil und unauffällig.

Die Gesellschaft erzielt ihre Umsatzerlöse in wesentlichem Umfang aus Dienstleistungen gegenüber der Alleingesellschafterin Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH. Das Klinikum befindet sich in einer angespannten Liquiditätslage. Die Zahlungsfähigkeit und die Fortführung der Unternehmenstätigkeit des Klinikums sind wiederum abhängig von der finanziellen Unterstützung der Alleingesellschafterin der Stadt Braunschweig. Durch die finanzielle Unterstützung der Stadt ist die Liquidität des Klinikums nach der zugrunde liegenden Planung für den Prognosezeitraum sichergestellt. Demzufolge wurde auch der Jahresabschluss der Gesellschaft unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt. Sofern es auf Seiten des Klinikums zu Abweichungen hinsichtlich der Planungsannahmen mit negativen Auswirkungen auf die Zahlungsfähigkeit kommt und ergänzende Finanzierungsvereinbarungen nicht getroffen werden, wäre der Bestand des Klinikums und somit der Bestand der Gesellschaft gefährdet.

Diese Ereignisse und Gegebenheiten zeigen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und die ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt.

1.5 Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH ist im Berichtsjahr 2024 um ca. 205.600 € auf 4.679.164,78 € gefallen.

Die Veränderungen resultieren auf der Aktivseite im Wesentlichen aus dem Rückgang der Immateriellen Vermögensgegenstände (- ca. 36.700 €), die Sachanlagen haben sich um ca. 40.700 € und die Summe der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um ca. 67.500 € und das Bankguthaben hat sich um ca. 469.200 € vermindert. Die Summe der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind um ca. 328.700 € gestiegen.

Auf der Passivseite sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um ca. 571.500 € gestiegen und die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter um ca. 954.900 € gesunken. Die sonstigen Verbindlichkeiten sind um ca. 332.700 € gestiegen. Gleichzeitig hat das Eigenkapital um den Jahresüberschuss von rd. 21.300 € zugenommen. Daneben sind die Rückstellungen um ca. 176.200 € gesunken, vorrangig über eine Anpassung der Personalarückstellungen.

Die Eigenkapitalquote erhöht sich bei gleichzeitigem Rückgang der Bilanzsumme auf 25,3 % gegenüber 23,8 % im Vorjahr.

1.6 Investitionen

Neben fortlaufenden Ersatzbeschaffungen wurde im Geschäftsjahr ein LKW sowie eine große gewerbliche Waschmaschine angeschafft.

2. Chancen- und Risikomanagement

Neben dem allgemeinen Geschäftsrisiko und den sich aus den Auswirkungen des Ukraine-Krieges (Preissteigerungen durch Kostensteigerungen beim Materialeinkauf) ergebenden Risiken sind derzeit keine weiteren von wesentlicher Bedeutung zu erkennen.

Die Auftragslage wird auch weiterhin von der Nachfrage nach Dienstleistungen durch die Muttergesellschaft und die Stadt Braunschweig bestimmt.

Aufgrund der anhaltenden Anforderungen an die Hygiene ist auch weiterhin nicht mit einem Rückgang des Auftragsvolumens für die Muttergesellschaft zu rechnen. Zudem ergeben sich bei der Muttergesellschaft, bedingt durch den Baufortschritt, immer wieder neue Aufgaben mit entsprechenden Entwicklungspotenzialen. Auch die für die Stadt Braunschweig und ihre Tochtergesellschaften zu erbringenden Leistungen, also die Unterhaltsreinigung von Kindergärten und städtischen Bädern sowie der Stadthalle und der Volkswagenhalle konnten nochmals weiter ausgebaut werden.

Es wird mit einer kontinuierlichen Weiterentwicklung im Bereich der Reinigungstätigkeiten gerechnet.

Nach Übernahme des Geschäftsbetriebs aller Bistros des Klinikums (in 2023) wurde im Dezember 2024 ein Projekt zur Optimierung des Geschäftsbetriebs gestartet. Ziel des Projekts ist es, die Leistungsfähigkeit in allen Bereichen zu verbessern.

Ausfallrisiken bei den Forderungen bestehen nicht, da wirtschaftlich relevante Geschäftsbeziehungen nur mit der Muttergesellschaft und der Stadt Braunschweig bestehen.

Die Nachbesetzung freier Stellen gestaltet sich fortwährend schwierig. Es ist davon auszugehen, dass offene Stellen auch weiterhin nur mit erheblicher Verzögerung besetzt werden können. Zur Kompensation soll -wie bereits praktiziert- übergangsweise auf das bestehende Personal zurückgegriffen werden.

Es wird davon ausgegangen, dass die Sachaufwendungen wie bisher eine eher untergeordnete Rolle spielen.

3. Prognosebericht

Insgesamt geht die Wirtschaftsplanung für 2025 von einem positiven Gesamtergebnis von 38.800 € aus. Aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht der Planansatz 2025 von einem Umsatz von ca. 28,7 Mio. €. Dies entspricht zwar einem Rückgang i.H.v. ca. 1,3 Mio. € zum erzielten Umsatz in 2024. Für das Planjahr 2025 wird aber von einem geringeren Erlösanteil für Stromkosten ausgegangen. Die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH sind als Energieeinkaufsgesellschaft in den Beschaffungsprozess des Konzerns Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH eingebunden.

Aufgrund der aktuellen Geschäftsentwicklung wird davon ausgegangen, dass das für 2025 im Wirtschaftsplan ausgewiesene Ergebnis erreicht wird.

4. Sonstige Informationen

Erklärung nach § 289f Abs. 4 HGB.

Die Klinikum Braunschweig Klinikdienste GmbH, Braunschweig hält an dem Ziel fest, jeweils 50 % der Führungskräfte der zweiten und dritten Ebene mit Frauen zu besetzen. Der aktuelle Status Ende 2024 beträgt 100 % für die zweite Ebene und 71,8 % Frauenanteil für die dritte Ebene und liegt damit auf dem Niveau der Vorjahre. Die Geschäftsführung besteht unverändert aus zwei männlichen Personen. Hier gilt unser Bestreben der Kontinuität, sodass hier keine Ziele für einen Frauenanteil definiert sind. Für den Aufsichtsrat wurden keine Zielfestlegungen vorgenommen, da noch kein Aufsichtsrat besteht.

Braunschweig, 31. März 2025



Jörg Reinhardt
Geschäftsführer

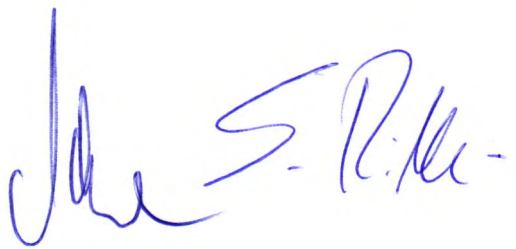


Thorsten Keune
Geschäftsführer

Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH, Braunschweig
Bilanz zum 31. Dezember 2024

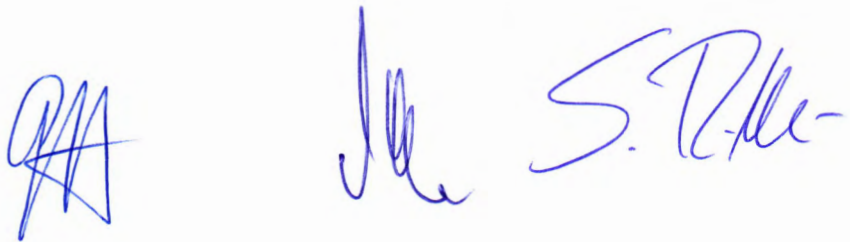
AKTIVSEITE

	31.12.2024	Vorjahr
	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
Sachanlagen	3,00	3,00
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	230.714,83	283.581,01
- davon gegen Gesellschafter:		
EUR 230.714,83 (Vj.: EUR 283.581,01)		
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>25.936,51</u>	<u>44.527,97</u>
	256.651,34	328.108,98
II. Guthaben bei Kreditinstituten	243.986,50	45.664,72
	500.640,84	373.776,70

PASSIVSEITE

	31.12.2024		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		26.000,00	26.000,00
II. Verlust-/Gewinnvortrag		(8.324,50)	25.466,85
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		<u>53.206,86</u>	<u>(33.791,35)</u>
		70.882,36	17.675,50
B. RÜCKSTELLUNGEN			
Sonstige Rückstellungen		77.612,28	61.499,30
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	226.332,82		174.685,05
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3,27		11.891,63
- davon gegenüber Gesellschafter: EUR 3,27 (Vj.: EUR 11.891,63)			
3. Sonstige Verbindlichkeiten	125.810,11		108.025,22
- davon aus Steuern: EUR 8.962,31 (Vj.: EUR 10.423,11)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 4.565,12 (Vj.: EUR 3.546,10)			
		<u>352.146,20</u>	<u>294.601,90</u>
		500.640,84	373.776,70



Klinikum Braunschweig Textilservice GmbH, Braunschweig
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	2024	Vorjahr
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	3.963.493,30	3.581.098,58
2. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	(571.661,04)	(435.114,05)
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>(924.554,26)</u>	<u>(923.931,84)</u>
	(1.496.215,30)	(1.359.045,89)
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	(1.732.512,71)	(1.591.085,83)
b) Soziale Abgaben	<u>(351.202,56)</u>	<u>(335.202,04)</u>
	(2.083.715,27)	(1.926.287,87)
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(331.160,74)	(330.149,71)
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	769,74	593,54
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>35,13</u>	<u>0,00</u>
7. Ergebnis nach Steuern = Jahresfehlbetrag	<u>53.206,86</u>	<u>(33.791,35)</u>

Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH, Braunschweig
Bilanz zum 31. Dezember 2024

AKTIVSEITE	31.12.2024		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.999,00		0,00
2. Geschäfts- oder Firmenwert	<u>8.945.790,00</u>		<u>9.393.790,00</u>
		8.947.789,00	9.393.790,00
II. Sachanlagen			
1. Technische Anlagen und Maschinen	123.710,00		151.720,00
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>252.421,00</u>		<u>315.150,00</u>
		376.131,00	466.870,00
III. Finanzanlagen			
Beteiligungen		<u>500,00</u>	<u>500,00</u>
		9.324.420,00	9.861.160,00
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1.915.838,42		1.084.065,62
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>3.905.689,61</u>		<u>3.556.175,56</u>
		5.821.528,03	4.640.241,18
II. Guthaben bei Kreditinstituten		<u>909.768,52</u>	<u>940.268,19</u>
		6.731.296,55	5.580.509,37
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		<u>8.210,32</u>	<u>14.082,00</u>
		16.063.926,87	15.455.751,37

PASSIVSEITE			
	31.12.2024		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		300.000,00	300.000,00
II. Gewinnrücklagen		2.238.366,10	2.238.366,10
III. Gewinnvortrag		5.039.458,31	4.183.513,95
IV. Jahresüberschuss		<u>849.105,93</u>	<u>855.944,36</u>
		8.426.930,34	7.577.824,41
B. RÜCKSTELLUNGEN			
Sonstige Rückstellungen		811.297,53	598.330,01
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	47.153,26		42.487,32
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	754.753,47		498.501,28
3. Sonstige Verbindlichkeiten	6.023.792,27		6.738.608,35
- davon aus Steuern: EUR 99.604,30 (Vj.: EUR 103.031,18)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 8.321,28 (Vj.: EUR 21.410,63)			
		<u>6.825.699,00</u>	<u>7.279.596,95</u>
		16.063.926,87	15.455.751,37

Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH, Braunschweig
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	2024	Vorjahr
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	13.938.526,57	9.803.390,86
2. Sonstige betriebliche Erträge	68.201,18	97.977,94
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	(866.352,12)	(790.269,72)
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>(1.117.781,40)</u>	<u>(990.065,83)</u>
	(1.984.133,52)	(1.780.335,55)
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	(7.645.828,28)	(5.234.050,70)
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	(1.126.310,97)	(674.671,00)
- davon für Altersversorgung: EUR 51.973,67 (Vj.: EUR 46.604,25)		
	<u>(8.772.139,25)</u>	<u>(5.908.721,70)</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(557.419,44)	(217.256,11)
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(1.645.161,80)	(1.109.831,03)
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	129.530,95	33.390,78
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>(328.298,76)</u>	<u>(62.670,83)</u>
9. Ergebnis nach Steuern = Jahresüberschuss	<u>849.105,93</u>	<u>855.944,36</u>

**Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig
GmbH, Braunschweig**

L A G E B E R I C H T

**FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR
VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2024**

Vorbemerkung

Die Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH ist ein Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH und wird als solche in den Konzernabschluss der Muttergesellschaft einbezogen. Aufgrund der Größenkriterien des § 267 HGB handelt es sich bei der Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH um eine mittelgroße Kapitalgesellschaft, für die ein separater Lagebericht aufzustellen ist.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs

1.1 Allgemeiner Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

Als Tochterunternehmen der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH erbringt die Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH diverse ambulante Leistungen für das Mutterunternehmen. Hierzu zählen ambulante Leistungen in den Bereichen der Onkologie, der Kinderonkologie, der Pathologie, der Radioonkologie, der Psychotherapie, der ZEM, der Nuklearmedizin, der Neurochirurgie, der Anästhesie, der Gastroenterologie, der Pneumologie, der Kardiologie, der Allgemeinmedizin sowie der ambulanten spezialfachärztlichen Versorgung.

Die Nachfrage nach ambulanten Behandlungsmöglichkeiten entwickelt sich seit Jahren konstant positiv. Auf der einen Seite möchte der im Klinikum behandelte Patient sich vor oder nach seiner Operation in Krankenhausnähe (idealerweise vom gleichen Arzt) weiter behandeln lassen. Auf der anderen Seite verlagern sich stationäre Leistungen zunehmend in den ambulanten Bereich. Sofern der entsprechende Kassensitz vorliegt, werden die ambulanten Behandlungsleistungen im MVZ durchgeführt und abgerechnet. Der Patient und die Abrechenbarkeit verbleiben somit im Konzern des Klinikums erhalten.

Der Gesetzgeber überarbeitet aktuell die Krankenhausfinanzierung und möchte dabei den teuren Krankenhausaufenthalt verkürzen oder vermeiden und damit Kosten einsparen. Die Patientenversorgung im ambulanten Bereich gewinnt durch weitere Verlagerungen an Bedeutung.

Niedergelassene Ärzte bieten vermehrt dem MVZ ihren Kassensitz zum Kauf an. Grund hierfür ist, dass es immer weniger Nachwuchsärzte gibt, die sich mit einer eigenen Praxis selbstständig machen möchten. Damit die Notaufnahmen nicht mit ambulanten Patienten belastet werden, bietet der Kauf eines Kassensitzes eine medizinische, strategische und fachärztliche Komponente.

Durch den Kauf einer onkologischen Gemeinschaftspraxis in Braunschweig hat die Zahl der Mitarbeiter/Innen in 2023 deutlich zugenommen. Diese liegt in 2024 bei rund 92 aktiven Vollkräften (Anzahl Mitarbeiter 121) sowie rund 13 passiven Vollkräften (Anzahl Mitarbeiter 14).

1.2 Leistungsindikation

Für den Jahresabschluss ergeben sich folgende wesentliche Größen und finanzielle Leistungsindikatoren:

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2024 16.064 T€ (Vorjahr: 15.456 T€), Anlagevermögen ist in Höhe von 9.324 T€ (Vorjahr: 9.861 T€) ausgewiesen. Die bilanzielle Eigenkapitalquote beträgt 52,5 % (Vorjahr: 49,0 %). Das Anlagevermögen ist nicht vollständig durch Eigenkapital finanziert.

Die Gesellschaft weist einen Jahresüberschuss von 849 T€ (Vorjahr: 856 T€) aus.

Der Umsatz beträgt 13,9 Mio. € (Vorjahr: 9,8 Mio. €). Daraus ergibt sich eine Umsatzrentabilität von 6,1 % (Vorjahr: 8,7 %). Die Personalaufwandsquote beträgt 62,9 % (Vorjahr: 60,3 %). Die Materialaufwandquote beträgt 14,2 % (Vorjahr: 18,2 %).

1.3 Ertragslage

Der Abschluss der Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH weist einen Jahresüberschuss von 849.105,93 € aus. Damit liegt das Ergebnis um rund 6.800 € unter dem Vorjahr und überschreitet den Ansatz der Wirtschaftsplanung für 2024 um rund 528.500 €.

Die Analyse der Ertragslage zeigt im Vorjahresvergleich einen Umsatzanstieg um 42,2 %. Die Materialaufwendungen sind um 11,4 % gestiegen, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 48,2 % und der Personalaufwand um 48,5 %. Insgesamt spiegelt die Ertragslage durch geeignete Steuerungsmaßnahmen die Wirtschaftsplanung wieder.

Somit zeigt die Gewinn- und Verlustrechnung in 2024 keine unerwarteten Entwicklungen und bildet die Erschließung von weiteren Wirtschaftlichkeitsvorteilen ab. Hingewiesen werden kann noch darauf, dass durch die ambulante Spezialversorgung (ASV) eine verbesserte Produktivität bei den behandelten Patienten erzielt wurde.

1.4 Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft zeigt in 2024 eine stabile Entwicklung. Die Gesellschaft verfügt über liquide Mittel im Umfang von ca. 910 T€. Hier ergibt sich ein geringfügiger Rückgang um ca. 30 T € im Vorjahresvergleich.

Die seitens der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH eingeräumte Kreditlinie von 2 Mio. € wurde zum Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommen.

Seitens der Gesellschaft wurde in 2024 eine Kreditlinie von bis zu 5 Mio. € (je nach Verfügbarkeit bei der Gesellschaft) für die Muttergesellschaft Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH eingerichtet. Diese wurde in 2024 nicht in Anspruch genommen.

Die Finanzlage der Gesellschaft ist stabil und unauffällig.

1.5 Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Medizinische Versorgungszentren am Städtischen Klinikum Braunschweig GmbH ist im Berichtsjahr 2024 um ca. 608.200 € auf 16.063.926,87 € gestiegen.

Die Veränderungen resultieren auf der Aktivseite im Wesentlichen aus dem Rückgang des Geschäfts- und Firmenwertes (- 448.000 €), während die Forderungen aus Lieferungen und

Leistungen um 832.000 € und die sonstigen Vermögensgegenstände um 349.500 € gestiegen sind.

Auf der Passivseite sind die Verbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahr um 453.900 € gesunken. Dieser Rückgang resultiert maßgeblich aus einer Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber dem Pensionsfonds (- 660.600 €). Dies erklärt sich über die Rückzahlung des in 2023 aufgenommen Darlehens beim Pensionsfond der Stadt Braunschweig über 6,5 Mio. €. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter sind währenddessen um 256.300 € angestiegen. Gleichzeitig hat das Eigenkapital um den Jahresüberschuss von ca. 849.100 € zugenommen. Daneben sind die Rückstellungen um ca. 213.000 € gestiegen.

Die Eigenkapitalquote beträgt 52,5 % gegenüber 49,0 % im Vorjahr.

1.6 Investitionen

Im Berichtsjahr wurden keine wesentlichen Investitionen vorgenommen.

2. Chancen- und Risikomanagement

Neben dem allgemeinen Geschäftsrisiko und den sich weiterhin aus Auswirkungen des Ukraine-Krieges (Preissteigerungen) ergebenden Risiken sind derzeit keine weiteren Risiken von wesentlicher Bedeutung zu erkennen.

Das MVZ verzeichnete in 2024 einen steigenden Patientenstrom, der auch aus dem Zukauf weiterer Praxen resultiert. Dabei werden die im Rahmen der ambulanten Spezialversorgung erbrachten Leistungen extrabudgetär vergütet. Dadurch konnte die allgemeine Kostensteigerung überwiegend kompensiert werden.

Ausfallrisiken bei den Forderungen bestehen nicht.

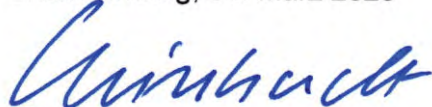
3. Prognosebericht

Insgesamt geht die Wirtschaftsplanung für 2025 von einem positiven Gesamtergebnis von 308.200 € aus. Es wird vorsichtig, den Steuerungsmaßnahmen in der Muttergesellschaft entsprechend, von einer Konsolidierung ausgegangen. Aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht der Planansatz 2025 von einem Umsatz i.H.v. ca. 13,7 Mio. € aus und bewegt sich somit auf dem Niveau von 2024.

Aufgrund der aktuellen Geschäftsentwicklung wird davon ausgegangen, dass das für 2025 im Wirtschaftsplan ausgewiesene Ergebnis erreicht wird.

Es ist davon auszugehen, dass durch die geplante Krankenhausfinanzierung des Gesetzgebers die ambulante Patientenversorgung weiterhin an Bedeutung gewinnt. Das MVZ wird verstärkt in die Medizinstrategie des Klinikums eingebunden, um sinnvolle Ergänzungen des Behandlungsangebotes dem Patienten anbieten zu können.

Braunschweig, 31. März 2025



Jörg Reinhardt
Geschäftsführer



Dr. Christian Taube
Geschäftsführer

skbs.digital GmbH, Braunschweig
Bilanz zum 31. Dezember 2024

A K T I V S E I T E

	31.12.2024		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Sachanlagen			
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.048,00		24.265,00
II. Finanzanlagen			
Anteile an verbundenen Unternehmen		25.000,00	25.000,00
		41.048,00	49.265,00
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	34.147,06		56.921,39
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	28.789,62		12.098,73
3. Forderungen gegen Gesellschafter	506.072,74		1.168.495,23
4. Sonstige Vermögensgegenstände	9.562,29		5.566,87
		578.571,71	1.243.082,22
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		41.241,19	7.769,34
		619.812,90	1.250.851,56
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		88,35	4.412,71
		660.949,25	1.304.529,27



PASSIVSEITE

	31.12.2024		Vorjahr
	EUR	EUR	EUR
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital		25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag		88.499,48	72.405,87
III. Jahresüberschuss		16.354,74	16.093,61
		129.854,22	113.499,48
B. RÜCKSTELLUNGEN			
Sonstige Rückstellungen		139.975,79	74.199,95
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	39.410,99		151.772,32
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	668,13		0,00
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	303.421,08		942.795,37
4. Sonstige Verbindlichkeiten	47.619,04		22.262,15
- davon aus Steuern: EUR 28.200,30 (Vj.: EUR 20.403,53)			
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 15.810,77 (Vj.: EUR 0,00)			
		391.119,24	1.116.829,84
		660.949,25	1.304.529,27

skbs.digital GmbH, Braunschweig
Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024

	2024	Vorjahr
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	3.568.991,29	2.887.899,79
2. Sonstige betriebliche Erträge	68.354,18	44.047,58
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	(321.127,48)	(43.523,04)
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	(1.966.229,32)	(1.226.161,08)
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	(376.199,16)	(248.045,96)
- davon für Altersversorgung:		
EUR 135,90 (Vj.: EUR 0,00)		
	(2.342.428,48)	(1.474.207,04)
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(8.217,00)	(7.678,20)
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(939.628,38)	(1.358.237,02)
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.866,94	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(4.780,91)	(20.559,61)
- davon an verbundene Unternehmen:		
EUR 4.780,78 (Vj.: EUR 20.530,97)		
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(6.675,42)	(11.648,85)
10. Ergebnis nach Steuern	16.354,74	16.093,61
11. Jahresüberschuss	16.354,74	16.093,61



Betreff:

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH
Jahresabschluss 2024 - Entlastung der Geschäftsführung und des
Aufsichtsrates

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

30.06.2025

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung)

Sitzungstermin

03.07.2025

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen, der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2024 Entlastung zu erteilen.

Sachverhalt:

Zur Begründung des Beschlussvorschlages wird auf die Unterlagen zum Jahresabschluss 2024 der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH verwiesen (DS 25-26074).

Die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung obliegt gem. § 15 Ziffer 13 des Gesellschaftsvertrages der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH der Gesellschafterversammlung. Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung des skbs herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Hübner

Anlage/n:

keine

Betreff:

Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH
Jahresabschluss 2024 - Entlastung der Geschäftsführung und des
Aufsichtsrates

Organisationseinheit:

Dezernat VII
20 Fachbereich Finanzen

Datum:

03.07.2025

Beratungsfolge

Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung (Entscheidung)

Sitzungstermin

03.07.2025

Status

Ö

Beschluss:

Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH werden angewiesen, dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2024 Entlastung zu erteilen.

Sachverhalt:

Zur Begründung des Beschlussvorschlages wird auf die Unterlagen zum Jahresabschluss 2024 der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH verwiesen (DS 25-26074).

Der Aufsichtsrat der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH hat in seiner Sitzung am 2. Juli 2025 der Gesellschafterversammlung empfohlen, die Entscheidung über die Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2024 auf den Gremienlauf im dritten Quartal 2025 zu vertragen. Hierzu wird in der Sitzung ergänzend mündlich berichtet.

Die Entlastung des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung obliegt gem. § 15 Ziffer 13 des Gesellschaftsvertrages der Städtisches Klinikum Braunschweig gGmbH der Gesellschafterversammlung. Um eine Stimmbindung der städtischen Vertreter in der Gesellschafterversammlung des skbs herbeizuführen, ist ein Anweisungsbeschluss erforderlich. Gemäß § 6 Ziffer 1 Buchstabe a) der Hauptsatzung der Stadt Braunschweig in der aktuellen Fassung entscheidet hierüber der Ausschuss für Finanzen, Personal und Digitalisierung.

Geiger

Anlage/n:

keine